

Inhaltsverzeichnis

AP Arbeitsprogramm

AP-1	Arbeitsprogramm 2023/24	2
------	-------------------------	---

LAT Leitantrag

LAT-1	Juso- Landesvorstand	Sozial-ökologische Transformation	14
-------	-------------------------	-----------------------------------	----

A Arbeit und Ausbildung

A-1	Jusos Oberpfalz	Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!	22
A-2	Jusos Niederbayern	Reformation des Bundesfreiwilligendienstes (BFD)	24
A-6	Jusos Mittelfranken	Faire und angemessen Bezahlung für Alle: Stopp für unbezahlte und schlechtbezahlte Praktika	27

B Bildung

B-4	Weil Bildung jeden Cent wert ist: Investitionsoffensive jetzt!	29
-----	--	----

D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

D-1	Supermärkte vergesellschaften	32	
D-6	Jusos Schwaben	Pferde sind keine Polizeiausrüstung – Pferdestaffeln bei der Polizei abschaffen!	35

F Feminismus und Gleichstellung

F-5	Jusos Unterfranken	Safer Spaces – Queeres Netzwerk Bayern bleibt	37
-----	-----------------------	---	----

I Internationales und Frieden

I-2	Klare Kante gegen den Angriffskrieg – Eindeutige Position in der Türkeipolitik – Jetzt	39
I-5	Für Frieden, Abrüstung und das Ende von Russlands Angriffskrieg	42

O Organisationspolitik

O-2	Awarenesskonzept Jusos Bayern – Stand 2023	64
-----	--	----

P Partei

P-2	Juso-Landesvorstand	Keine Bühne für rechte Hetze – keine Teilnahme an Podiumsdiskussionen mit der AfD	76
-----	---------------------	---	----

W Wirtschafts- und Finanzpolitik

W-2	Jusos Oberbayern	Grunderbe – weil alle erben sollten, was heute wenigen gehört	78
W-5	Jusos Unterfranken	Wochenendarbeit besser entlohnen – Steuerfreiheit von Sonntagszuschlägen auf Samstag ausweiten, gesetzlicher Anspruch auf Zuschläge für Wochenend-, Nachts- und Feiertagsarbeit	84
W-7	Thesen unserer Generation	– Ein Impulspapier für den Sozialismus	85

INI Initiativanträge

INI-1	Jusos Oberpfalz	Ini Antrag – Volker W. tut versagen nicht weh	87
INI-2	Jusos Oberpfalz	Der Klimakrise sind eure Bauchschmerzen egal – Vorhaben zu neuen Ölförderprojekten stoppen	88
INI-3	Jusos Oberbayern	Ausbildungsgarantie: da geht garantiert noch mehr!	91
INI-4	Jusos Unterfranken	Initiativantrag Selbstbestimmungsgesetz	94
INI-5	Jusos Oberfranken	Die Türkei kann mehr! – Resolution zur Türkeiwahl am 15.05.2023	95

AP Arbeitsprogramm

AP Arbeitsprogramm

AP-1 Arbeitsprogramm 2023/24

2

AP-1

Titel Arbeitsprogramm 2023/24
Antragsteller*innen
Adressat*innen Juso-Landeskonferenz

Arbeitsprogramm 2023/24

1 1. Standortbestimmung

2 Die Jusos Bayern haben den Auftrag aus dem letzten Arbeitsprogramm umgesetzt und sich nach den Wahl-
3 kämpfen der letzten Jahre wieder verstärkt der inhaltlichen Arbeit gewidmet. Der für uns als jugendpolitischer
4 Verband schwierige Übergang, nach der Corona-Zeit wieder präsenter zu werden und vermehrt Veranstal-
5 tungen anzubieten, ist uns gelungen, aber wir müssen auch weiter anpacken und diesen Kurs fortsetzen. Wir
6 wollen die Phase der strukturellen Erneuerung fortsetzen, die zum Ziel hat, durch inhaltlichen Input und kon-
7 krete politische Ansätze mehr junge Menschen für die Mitarbeit in unserem Verband zu begeistern und uns
8 strukturell für die nächsten Jahre gut aufzustellen. Dazu wollen wir den Diskurs über das Impulspapier "Thesen
9 unserer Generation" breit im Verband führen und Möglichkeiten schaffen, die Fragen sowohl in der Breite als
10 auch vor Ort zu diskutieren. Wir werden unseren klaren Kurs der Veränderung der bestehenden Machtver-
11 hältnisse zugunsten einer Demokratisierung aller Lebensbereiche in unserer Gesellschaft fortsetzen.

12 Wir Jusos Bayern verstehen uns als eigenständiger politischer Jugendverband. Wir wollen den Kapitalismus
13 überwinden und für eine bessere Welt kämpfen. Dazu wollen wir politische Veränderungen herbeiführen und
14 Seite an Seite mit linken Kräften kämpfen. Unsere Überzeugung als linker Richtungsverband ist eine sozialisti-
15 sche, feministische und internationalistische, die für eine freie, solidarische und gleichberechtigte Gesellschaft
16 kämpft. Unser Anspruch ist es, in der Diskussion eigene Vorstellungen und Ideen für ein besseres Zusammen-
17 leben zu entwickeln und gleichzeitig die aktuelle Politik aktiv mitzugestalten. Dabei verstehen wir unseren
18 Verband sowohl als Ideenschmiede als auch als Motor für gesellschaftliche Veränderungen. Wir sind Teil der
19 Arbeiter*innenbewegung und Teil der Sozialdemokratie. Für unseren politischen und gesellschaftlichen Ver-
20 änderungswillen ist die SPD unsere zentrale Plattform.

21 Vor uns liegt ein Wahlkampfjahr in Bayern, in dem wir zeigen wollen, dass wir die verändernde Kraft in der
22 Gesellschaft sind. Damit wir das umsetzen können, wollen wir die Genoss*innen aus unserem Verband unter-
23 stützen und sie erfolgreich in den Landtag führen.

24 Wir Jusos Bayern gehen mit dem Motto „Für ein Rotes Bayern“ ins Wahljahr 2023. Unser Ziel ist es, die Mehr-
25 heitsverhältnisse in Bayern zu verändern. Dafür stellen wir einen eigenen Jugendwahlkampf auf die Beine,
26 der sich vor allem auf die Themen Bildung, Mobilität und Wohnen konzentriert. Unser eigenes Jugendwahl-
27 programm bringen wir aktiv in die BayernSPD ein und gestalten den Programmprozess mit.

28 Unsere Kampagne hat einen positiven Grundton, ist nach vorne gerichtet und zeichnet das Bild eines fort-
29 schrittlichen Bayerns. Freiheit, Solidarität, Offenheit und Gerechtigkeit in allen Lebenswelten und Lebensräu-
30 men sind unsere Ziele. Wir wollen wieder mit einem Bus durch Bayern touren. Dazu wird ein Bus gemietet und
31 mit unserem Design beklebt. Zusätzlich wird der Bus immer mit Give-Aways im Kampagnendesign ausgestat-
32 tet, um den Gliederungen vor Ort die Möglichkeit zu geben, unsere Kampagne breit zu streuen. Besonderes
33 Augenmerk legen wir auf die Unterstützung unserer Juso-Kandidat*innen. Dabei muss klar sein, dass nicht
34 jede Kandidatur unter 35 automatisch eine Juso-Kandidatur ist. Wir werden aktive Jusos, die sich bei uns en-
35 gagieren und unsere Inhalte teilen, besonders unterstützen. Um den Austausch unter den Kandidierenden zu
36 gewährleisten, werden wir eine Vernetzungsgruppe einrichten.

37 2. Themenwerkstätten

38 In den Themenwerkstätten wollen wir Wege finden, den Kapitalismus zu überwinden, das Patriarchat zu be-
39 kämpfen und alle Lebensbereiche zu demokratisieren. Unsere grundsätzliche Bestrebung ist es daher, mehr
40 direkte Mitbestimmung auch innerhalb der Partei und des Verbandes zu erreichen. Wir wollen unseren Mitglie-
41 dern ein breites und kostenfreies Bildungsangebot zur Verfügung stellen, damit sie sich aktiv an der Ausrich-
42 tung der Jusos Bayern beteiligen können und so auch Input für den Juso-Bundesverband und die BayernSPD
43 erarbeiten.

44 Unter den Themenwerkstätten wird eine übergreifende Arbeit angestrebt. Dazu gehören Themen wie "War-
45 um sind FLINTA*s besonders von der Klimakrise betroffen" oder "Das Zusammentreffen von Aktivismus und
46 Polizei beim Klimastreik". Um unsere Themenwerkstattleitungen zu stärken und die Zusammenarbeit zu ver-
47 tiefen, wollen wir uns einmal im Quartal zu einem Vernetzungstreffen der Leitungen treffen.

48 Darüber hinaus ist es unser Ziel, die Arbeit außerhalb der Seminarwochenenden durch aktivere Infokanäle
49 zu vertiefen, die perspektivisch auch tagesaktuelle Informationen zu bestimmten Themen an die Mitglieder
50 weitergeben. Zur Aktivierung der Mitglieder soll auch mehr Werbung gemacht werden, damit auch weniger
51 angebundene Mitglieder von Veranstaltungen erfahren. Unser Ziel ist es, langfristig in jedem Themenbereich
52 aktive Mitglieder aus allen Bezirken vertreten zu sehen und insbesondere mehr FLINTA*s zur Teilnahme zu
53 motivieren.

54 Im Folgenden werden die politischen Themen dargelegt, mit welchen sich die Themenwerkstätten im kom-
55 menden Jahr beschäftigen werden. Weiterhin werden die Themenwerkstätten im Laufe des Jahres über neue
56 Projekte entscheiden, die zukünftig relevant für sie werden.

57 a. Feminismus

58 Es gilt auch weiter feministisch und intersektional zu kämpfen. Die weitere Einschränkung des Rechts auf re-
59 produktive Selbstbestimmung schockieren und verdeutlichen die Notwendigkeit eines internationalistischen
60 Zusammenschlusses aller Feminist*innen. 2021 in Polen oder 2022 in den USA oder direkt hier vor unserer
61 Haustüre in Niederbayern, der Oberpfalz, durch den weiterhin aufrechterhaltenen §218 StGB oder die wach-
62 sende Anti-Choice Bewegung.

63 Fast überall auf der Welt haben in den letzten Jahren große feministische Mobilisierungen an patriarchalen
64 gesellschaftlichen Verhältnissen und repressiven Gesetzgebungen gerüttelt, wie die feministische Revolution
65 im Iran oder die Erfolge in Mexiko oder Argentinien beweisen. Diese feministische Internationale gilt es zu
66 nutzen und auch bei uns weiter zu mobilisieren, um in weltweiten FLINTA*streiks ihren Höhepunkt zu finden
67 und damit sowohl die neoliberale Herrschaft als auch die konservative Gegenoffensive frontal herauszufor-
68 dern.

69 Vor allem in Bezug auf TIN*-Feindlichkeit konnten vermehrt Angriffe gegen die gesamte queerfeministische
70 Bewegung festgestellt werden. Diesen wollen wir entschlossen begegnen und dabei vor allem durch Nicht-
71 betroffene Aufklärungsarbeit gegen neurechte Narrative leisten.

72 Unser Feminismus kämpft immer gegen strukturelle Benachteiligung. Unser Ziel ist vor allem die materiel-
73 le Verbesserung der Lebenssituation von FLINTA*s und die Abschaffung struktureller Diskriminierung. Diese
74 Strukturen sind beispielsweise bei der Aufteilung von Care-Arbeit oder bei vor allem weiblicher Altersarmut
75 immer noch massiv vorhanden. Weil materiell benachteiligte Personen aber im politischen Diskurs am we-
76 nigsten sichtbar sind, ist es unsere Aufgabe als jungsozialistischer Verband, genau dieses Positionen wieder
77 stärker aufs Tableau zu heben.

78 Leider bleiben Themen in der Gesundheit wie der kostenlose Zugang zu Verhütungsmitteln, eine Endometri-
79 sestrategie, Zugang zu kostenloser Monatshygiene, gestaffelter Mutterschutz nach Fehlgeburten oder einfa-
80 che Übernahme von Kosten bei Geschlechtsangleichungen aktuell.

81 In unseren Bildungsangeboten werden wir uns in diesem Jahr hauptsächlich damit beschäftigen, warum es
82 allen FLINTA*s im Sozialismus besser gehen könnte und welche aktuellen Bewegungen wir für uns nutzen
83 können und werden.

84 Wir wollen ein Feminismus-Projekt anstoßen, welches einen breiten Diskurs zu aktuellen feministischen und
85 intersektionalen Fragen und Positionierungen im Verband ermöglicht. Wir wollen im Verband weiterhin die
86 Vernetzung von FLINTA*s fördern und diese empoweren. Dazu wollen wir auch in diesem Jahr wieder die FLIN-
87 TA* Konferenz unter dem Motto "FLINTA*s im Sozialismus" stattfinden lassen.

88 Der Feminismusbegriff der Jusos hat sich in den letzten Jahren sehr stark weiterentwickelt und verändert. Uns
 89 ist es wichtig, unseren Feminismusbegriff auch in die SPD zu tragen und Mitstreiter*innen für unseren femi-
 90 nistischen Kampf zu finden. Deshalb möchten wir verstärkt mit der AsF zusammenarbeiten und beispielsweise
 91 gemeinsame offene Veranstaltungen durchführen.

92 b. Umwelt & Energie

93 Im Hinblick auf aktuelle klimapolitische Ereignisse und unserem Verständnis als Jungsozialist*innen, wie die
 94 Klimakrise eingedämmt werden muss, setzen wir uns im kommenden Jahr folgende Schwerpunkte:

95 Die Klimakrise wird Maßnahmen erfordern, die Einschnitte in die Lebensrealitäten der Menschen bedeuten
 96 werden. Gerade weniger vermögende Menschen sind von diesen Einschnitten besonders betroffen. Deshalb
 97 gehen für uns der Kampf gegen den Klimawandel und der Kampf für soziale Gerechtigkeit Hand in Hand.
 98 Die Klimakrise wird primär durch den exzessiven Konsum der global Reichsten 1% verursacht. Wir setzen uns
 99 deshalb dafür ein, dass diese auch den Großteil der finanziellen Kosten der Klimakrise zahlen müssen.

100 Die sozialökologische Transformation ist für uns ein radikaler Wandel, der an die Wurzeln gesellschaftlicher
 101 Macht- und Eigentumsverhältnisse geht. Wichtige Bestandteile für eine radikale sozialökologische Transfor-
 102 mation sind zum einen die Macht- und Eigentumsfragen zu beantworten und zu hinterfragen, wie staatliche
 103 Politik wirken kann. Damit wollen wir uns im kommenden Jahr tiefer auseinandersetzen.

104 Fridays for Future, #lützibleibt, die Letzte Generation – diese Bündnisse haben im vergangenen Jahr Schlag-
 105 zeilen hervorgebracht. Mit verschiedenen Mitteln verfolgen sie dasselbe Ziel: Sie wollen Regierungen zwingen,
 106 Maßnahmen gegen die Klimakrise zu ergreifen. Im kommenden Jahr überlegen wir uns, welchen Platz wir an
 107 der Seite der Klimabewegungen einnehmen wollen. Gemeinsam mit der Themenwerkstatt Inneres, Demo-
 108 kratie und Antifaschismus wollen wir dabei eigene Ziele entwickeln und Gespräche mit Vertreter*innen der
 109 Klimabewegungen führen.

110 "So wie einst die Arbeiterklasse den sozialen Fortschritt erkämpfte, bedarf es heute einer ökologischen Klas-
 111 se, um den Klimawandel aufzuhalten. [...] Die Geschichte der Menschen, hieß es bei Marx und Engels, sei
 112 die Geschichte von Klassenkämpfen. Kommt es nicht zur Entstehung einer ökologischen Klasse [...] wird die
 113 Menschheit keine Zukunft haben." Latour und Schultz haben den Aufschlag zur Diskussion einer ökologischen
 114 Klasse gemacht. Diese Diskussion wollen wir im kommenden Jahr führen.

115 c. Internationales

116 Internationale Politik war, ist und bleibt ein Kern der politischen Arbeit der Jusos Bayern. Unser Ziel – eine so-
 117 zialistische, demokratische und friedliche Gesellschaft – können wir nie erreichen, wenn wir allein auf Deutsch-
 118 land oder Europa blicken. All unsere Bestreben müssen international betrachtet werden.

119 *Delegationsreisen und Bündnisarbeit*

120 Im Jahr 2023 führen wir eine Delegationsreise in Form eines Jugendaustausches nach Polen durch. Dafür steht
 121 die Themenwerkstatt im engen Austausch mit unseren beiden Schwesterorganisationen im Land – der Młoda
 122 Lewica sowie der Federacja Młodych Socjaldemokratów. Mit den Teilnehmer*innen wird eine Publikation zur
 123 Delegationsreise ausgearbeitet. Auch 2024 wollen wir eine Delegationsreise für unsere Mitglieder anbieten.
 124 Die Möglichkeiten dazu werden im Vorstandsjahr sondiert. Mittelfristig wollen wir prüfen, ob eine Delegati-
 125 onsreise nach Kuba umsetzbar ist

126 Die Bündnisarbeit ist ein wichtiger Bestandteil unseres Verbands. Dafür wollen wir nicht nur Genoss*innen aus
 127 anderen Ländern und Organisationen zu unseren Veranstaltungen einladen, sondern auch den aktiven Kon-
 128 takt suchen. Dafür werden die Jusos Bayern unter anderem für alle international relevanten Veranstaltungen
 129 in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein bei Berlin eine Delegation entsenden. Es soll darauf hingearbeitet
 130 werden, die Teilnahmegebühren dafür aus dem Haushalt der Jusos Bayern zu erstatten.

131 Die Jusos Bayern sollen auch mit anderen Partner*innen in den internationalen Austausch treten. Hierbei soll
 132 ein Fokus auf die Weiterführung der Alpen*internationale gelegt werden. Zu diesem Zweck soll mit unseren
 133 Schwesterorganisationen gemeinsam eine Veranstaltung ausgerichtet werden

134 *Projektarbeit – unser Start in die Europawahl 2024*

135 Die Themenwerkstatt widmet sich einem neuen Projekt mit dem Titel "Unsere Vorstellung für ein sozialisti-
136 sches Europa". Dieses soll sich am Aufbau des "Solidaritätsprojekts Ukraine" orientieren. Das Projekt soll die
137 bestehenden europapolitischen Beschlüsse erweitern, überdenken und einen Grundsatzantrag zu den folgen-
138 den Themenbereichen erarbeiten:

- 139 • Auseinandersetzung mit den Herausforderungen, die der aktuelle Zustand der Europäischen Gemein-
140 schaft und insbesondere der Europäischen Union aufbringt: Militarisierung, wachsender Einfluss rech-
141 ter Strukturen, etc.
- 142 • Unsere Vision für ein sozialistisches Europa: Wie müssen die europäischen Strukturen umgebaut wer-
143 den? Wie können die Probleme in Europa effektiv bekämpft werden? Wie können wir gemeinsam auf
144 ein Europa hinarbeiten, das unserem Sozialismusverständnis entspricht?

145 Gleichzeitig ist es schon jetzt wichtig, mögliche Kandidat*innen in den sieben Bezirken aus den Reihen der
146 Jusos zu positionieren, die Delegiertenwahlen in den Ortsvereinen, Unterbezirken sowie Bezirken vorzuberei-
147 ten und uns strategisch bestmöglich zu positionieren. Eine Jugendkampagne wird nur möglich sein mit jungen
148 Kandidat*innen, die die Werte der Jusos Bayern in den Wahlkampf tragen.

149 d. Bildung

150 Die gegenwärtige Bildungspolitik wollen wir nicht an einzelnen Stellen anpassen, sondern mit systemischen
151 Veränderungen für alle verbessern. Wir kämpfen und stehen wir radikale Chancengerechtigkeit ein!

152 Wir begrüßen die zunehmenden öffentlichen Debatten über das Bildungssystem und wollen diese mit unseren
153 Ideen und Vorstellungen prägen. Dazu wollen wir Strategien für die öffentlichkeitswirksame Darstellung und
154 Werbung unserer Inhalte erarbeiten. Ziel ist es, dass die Jusos Bayern als der Verband für gute Bildungspolitik
155 in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

156 Ein grundsätzliches Anliegen ist uns als Jungsozialist*innen aus der Tradition der Arbeiter*innenbewegung
157 heraus die Gleichstellung von Ausbildung und Studium. Diese wollen wir inhaltlich radikal vorantreiben, sowohl
158 im ganzen Verband als auch in der Mutterpartei.

159 In der Vergangenheit konnten wir bereits viele wichtige Beschlusslagen zur Bewältigung von Problemen im Bil-
160 dungsbereich fassen. Besonders hervorzuheben ist der Bildungsteil im Jugendwahlprogramm, der eine mutige
161 und progressive Perspektive für die Bildung in Bayern aufzeigt. Auch in Zukunft wollen wir uns mit spezifischen
162 Fragen und Veränderungen von Bildungspolitik befassen. Hierbei soll dem technologischen Wandel in Form
163 von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz eine besondere Beachtung geschenkt werden. Aber auch die
164 frühkindliche Bildung soll in Zukunft einen höheren Stellenwert haben. Darüber hinaus wollen wir uns in Zu-
165 kunft über die alltäglichen Probleme hinaus mit Bildung aus einer theoretischen Sicht beschäftigen und eine
166 jungsozialistische Vision von Bildung schaffen.

167 Ein übergeordnetes Anliegen im Bereich Bildung ist für uns die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Ausbil-
168 dung. Dazu möchten wir mit allen Kräften Druck auf die Bundesregierung und speziell auf unsere Mutterpartei
169 ausüben, damit unsere Forderung, die im Koalitionsvertrag festgehalten ist, endlich realisiert wird.

170 Die Themenwerkstatt Bildung soll ein offener und pädagogischer Raum für alle sein, die sich mit dem Thema
171 Bildung auseinandersetzen wollen. Dabei wollen wir möglichst viele Personen aus dem Verband auch ohne
172 Funktionen ansprechen und für die TW anwerben.

173 e. Innen, Demokratie und Antifa

174 Die Themenwerkstatt für Innenpolitik, Demokratie und Antifaschismus erarbeitet weiter dringend notwendige
175 Lösungen in diesen drei Bereichen.

176 In der Innenpolitik sehen wir den mit Abstand größten Reformbedarf bei der Polizei. Wir betrachten die Proble-
177 me wie Racial Profiling, rechte Netzwerke, unrechtmäßige Polizeigewalt, fehlende Kontrolle und vieles mehr
178 nicht nur isoliert, sondern hinterfragen die Arbeit der Polizei grundlegend.

179 Gemeinsam mit der Themenwerkstatt Umwelt und Energie gehen wir besonders auf den polizeilichen Umgang
180 mit Klimaaktivismus ein.

181 Zudem erörtern wir das Entstehen von Kriminalität und analysieren dabei gemeinsam mit der Themenwerk-
182 statt Wirtschaft und Soziales besonders die Rolle des Kapitalismus.

183 Unsere Demokratie wird weiter täglich auf verschiedenste Weise von Rechts bedroht. Neben Rechtsradika-
184 len in der Gesellschaft und auch im Staatsdienst besteht das Problem auch durch rechten Populismus, der
185 es regelmäßig in unsere Parlamente schafft – nicht nur durch die AfD, sondern auch durch CSU und Freie
186 Wähler*innen. Wir erarbeiten Lösungen, um all dies effektiv einzudämmen.

187 Wir vernetzen unsere antifaschistische Arbeit bayernweit und darüber hinaus. Wir stellen uns rechten Einstel-
188 lungen überall entschlossen entgegen.

189 Auch weitere Gefahren für unsere Demokratie werden wir angehen. Wir erarbeiten Abwehr-
190 mechanismen gegen Fake-News, Intransparenz und Korruption. Unser Ziel ist demokratische Teilhabe durch alle.

191 f. Wirtschaft & Soziales

192 Wie bereits an vielen Stellen erwähnt, sind das Patriarchat und der Kapitalismus als seine wirtschaftlichen
193 Auswüchse die Ursache der großen und kleinen Probleme in unserer Gesellschaft. Die diversen Krisen, die nun
194 im Jahres-, fast im Monatstakt auftreten, zeigen, dass wir am Kipppunkt des aktuellen Systems angekommen
195 sind. Das kapitalistische Versprechen des "Wohlstands für alle – besseres Leben für alle" wurde in den aktuellen
196 Krisen zum wiederholten Male als Lüge enttarnt: Gewinnmaximierende Konzerne profitierten in der Corona-
197 Krise, Energieversorger profitieren aktuell von der durch den Ukraine-Krieg getriebenen Energiekrise, während
198 immer mehr Menschen von der Sorge geplagt werden, ihr Leben existenziell zu bewältigen.

199 Aus diesem Grund wird unser Fokus im kommenden Jahr sein, ein gerechtes und fortschrittliches Wirtschafts-
200 system zu entwickeln, das unseren jungsozialistischen Werten entspricht und das anzustrebende Ziel der not-
201 wendigen sozialökologischen Transformation darstellt. Durch Zusammenarbeit mit den Themenwerkstätten
202 Feminismus sowie Umwelt & Energie sollen Inklusivität und Nachhaltigkeit unseres Konzeptes sichergestellt
203 werden. Wir möchten unserem Motto "System Change – not Climate Change" ein ernsthaftes Bild geben und
204 die daraus entstehenden Forderungen in die Partei und in die Fraktionen tragen, sodass die Transformati-
205 on die Schritte in die richtige Richtung geht, in der das Wirtschaftssystem den Menschen dient und nicht die
206 Menschen dem Wirtschaftssystem.

207 Da wir in einer globalisierten Welt leben, in der Konzerne weltweit tätig sind, müssen auch wir global denken.
208 Deshalb wollen wir im gemeinsamen Austausch mit den Gewerkschaften über neue Perspektiven diskutieren.
209 Gemeinsam wollen wir mit der Themenwerkstatt Internationales und vor allem im Dialog mit internationa-
210 len Gewerkschaftsorganisationen, insbesondere im europäischen Rahmen, neue Forderungen erarbeiten und
211 neue Organisationsformen der Arbeiter*innenbewegung stärken und diese im Verband nach vorne bringen
212 sowie gegenüber der SPD zu erstreiten.

213 3. Die organisationspolitische Lage

214 Wir starten unser Amtsjahr mit gut 5.900 Mitgliedern. Erstmals seit Jahrzehnten sind wir weniger als 6.000
215 Genoss*innen in Bayern. Binnen eines Jahrzehnts wurden wir mehr als 2.000 Jungsozialist*innen weniger im
216 Freistaat. Unter den Folgen der Covid19-Pandemie leidet die Jugendverbandsarbeit noch immer – strukturell,
217 personell, finanziell. Doch viele Jugendliche haben auch individuell Perspektiven im Bildungssystem oder auf
218 dem Arbeitsmarkt verloren, sind in materielle Not geraten, leiden unter psychischen Erkrankungen, Einsam-
219 keit, sozialen Ängsten oder haben Angehörige verloren. Selten war eine Standortbestimmung von so großen
220 Herausforderungen geprägt, die uns alle auf einmal treffen.

221 Lasst uns den oft geforderten Wiederaufbau in eine andere Richtung nach der Pandemie nutzen. Lasst uns
222 nicht einfach so zurück zum alten "Normal", brechen wir das "Weiter So!" Schaffen wir einen neuen, besseren
223 Verband. Lasst uns diese Landtagswahl nutzen, um über uns hinauszuwachsen. Und vor allem: Lasst uns alle
224 mitnehmen in der Schaffung eines gemeinsamen sozialistisch-demokratischen Zuhauses in Bayern!

225 Mit diesem Arbeitsprogramm beginnt ein Verbandsumbau mit einem **Sofortprogramm**, das in diesem Pro-
226 gramm ausformuliert wird. Dazu gehört auch die Schaffung eines strategisch-organisatorischen mehrjährigen
227 Plans. Dieser soll aufzeigen, wie wir unseren Verband zu einer lebendigen, professionellen und schlagkräftigen
228 Bewegung transformieren, die für Sozialismus, Feminismus, Internationalismus und Antifaschismus kämpft.
229 Auch soll dort unsere Strategie gegenüber der Sozialdemokratie in Bayern sowie den vielen Bewegungen und
230 Organisationen der politischen Linken im Freistaat ausformuliert werden.

231 Verbandsumbau – Sofortprogramm

232 (1) DIE JUSOS BAYERN WERDEN ZUM GRASWURZELVERBAND

233 Die Distanz zwischen Landesverband und Untergliederungen ist zu groß. In der Fläche wollen wir präsent sein
234 und mit einheitlichen, politischen Botschaften auftreten. Wir wollen uns an der Basis und den Bedürfnissen
235 der Verbände vor Ort orientieren. Der Landesverband wird durch mehrere Kommunikationskanäle, Veran-
236 staltungen (nach Möglichkeit auch außerhalb der Zentren) sowie durch das Revival der Rufseminare Präsenz
237 zeigen. **Die Anbindung der eigenen Mitglieder an die Ziele und Kampagnen des Landesverbands wird**
238 **Kern unserer Arbeit werden.** Dafür müssen wir insbesondere die Auszahlung von Fahrtkosten beschleu-
239 nigen. Besonders für Mitglieder aus ländlich geprägten Untergliederungen stellt dies mit die größte Hürde
240 bezüglich Teilnahme an Juso-Veranstaltungen dar. Auch wenn diese Abläufe nicht direkt in unserer Hand lie-
241 gen, werden wir gemeinsam mit dem Büro an einer zeitlich angemessenen Rückerstattung der Fahrtkosten
242 für unsere Mitglieder arbeiten um auf Dauer die Teilnahmemöglichkeiten für unsere Angebote zu ermöglichen
243 und zu garantieren.

244 (2) KAPAZITÄTEN MIT BILDUNGSARBEIT AUFBAUEN

245 Momentan gibt es zu wenig Kapazitäten auf allen Ebenen. Unsere Aktiven sind zu oft in Doppel-, oder Mehr-
246 fachämtern und haben zu viele Aufgaben, um ihren Aufgaben sinnvoll nachzukommen. Wir denken daher
247 in jeder Handlung die Neumitgliederwerbung mit, insbesondere der Landtagswahlkampagne. Zum Kapazitä-
248 tenaufbau gehört auch, Trainings zu organisieren, wie linke Verbandsarbeit funktioniert und Neumitglieder für
249 uns dauerhaft begeistert werden: Medienarbeit, Aktionsformen, Protest, Bündnisarbeit, Handwerkszeug, Rhe-
250 torik – das alles muss in das Bildungsprogramm. **Unser Ziel ist es, die Anzahl an Aktiven auf Landesebene**
251 **deutlich zu erhöhen.**

252 (3) SOZIALISMUS AN JEDEM MILCHKANDL

253 In Bayern gibt es 96 Landkreise und kreisfreie Städte. Handlungsfähig sind wir jedoch nur in wenigen da-
254 von, meist Großstädte, selten in ländlichen Räumen. Unser Anspruch ist es, unsere Kampagnen in der Fläche
255 durchzusetzen und jungen Menschen im ganzen Land ein alternatives, linkes Zuhause geben zu können. **Unser**
256 **Ziel ist es, in allen 96 Landkreisen und kreisfreien Städten einen aktiven Kreisverbands- bzw. Unterbe-**
257 **zirksvorstand zu haben.** Die Reaktivierung, Anbindung an die Landesverbandsarbeit und Politisierung von
258 Unterbezirken, insbesondere im ländlichen Raum, werden Priorität.

259 (4) FEMINISTISCHES & ANTIRASSISTISCHES MAINSTREAMING

260 **Unser Ziel ist es, den FLINTA*-Anteil in allen Vorständen im gesamten Landesverband auf 50% oder hö-**
261 **her zu erhöhen.** Es darf kein Vorstand unquotiert bleiben, die Bezirksvorstände und die SPD-Geschäftsstellen
262 müssen die harte Quotierungsregel der Jusos durchsetzen. Der Anteil von BIPOC und Menschen mit Migrati-
263 onserfahrung bzw. Migrationserfahrung in der Familie sowie derer aus nicht-wohlhabender Haushalte muss
264 flächendeckend erhöht werden. Wir richten unsere Kommunikation, Neumitgliederwerbung und Politik noch
265 stärker auf marginalisierte und diskriminierte Gruppen in der Bevölkerung aus. **Für FLINTA*s, BIPOC und**
266 **queere Mitglieder organisieren wir safer spaces zur Vernetzung und zum Empowerment.** Unsere Veran-
267 staltungen müssen barrierefrei zugänglich sein und individuelle Unterstützung für Genoss*innen mit Behin-
268 derung gewährleistet werden, wo nötig.

269 (5) SATZUNGSREFORM

270 Wir werden in diesem Vorstandsjahr eine Satzungserneuerung in die Wege leiten, die insbesondere uns die
271 nötige Flexibilität gibt, uns optimal selbst zu organisieren. Die Struktur soll so einfach wie möglich werden,
272 demokratische Vorgänge sollen gestärkt werden und alles soll auch für Neumitglieder nachvollziehbar sein.
273 Wir werden uns insbesondere best-practices von neuen, jungen politischen Bewegungen und internationa-
274 len Schwesterverbänden anschauen. **Unser Ziel ist es, im Frühjahr 2024 eine Satzung zu verabschieden,**
275 **die wegweisend für linke Organisationen sein kann und sich an den Bedürfnissen unserer jüngsten**
276 **Mitglieder orientiert**

277 (6) AUENWIRKUNG IN DEN MITTELPUNKT STELLEN

278 Als politische Organisation ist es zwar wichtig, nach innen in die Partei hinein Lobbyarbeit zu leisten, doch
279 unsere Forderungen und Kampagnen müssen draußen auf der Straße gehört werden, bei unseren Bünd-
280 nispartner*innen präsent sein und damit eine sichtbare Alternative zum sozialdemokratischen Mainstream
281 darstellen. **Unser Ziel ist es, unsere Follower*innen auf den Onlinekanälen deutlich zu erhöhen und in**

282 **jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt Bayerns mindestens eine öffentlichkeitswirksame Aktion**
 283 **durchgeführt zu haben.**

284 (7) NEUE MITGLIEDER BRAUCHT DER SOZIALISMUS!

285 Seit Jahren leiden wir unter Mitgliederschwund und der Auflösung von Unterbezirken und Kreisverbänden.
 286 Wir müssen uns klarmachen: Wen sprechen wir überhaupt an als sozialistische und feministische Jugendor-
 287 ganisation in Bayern? Wer ist unsere Zielgruppe, und wie erreichen wir sie? **Unser Ziel ist es, wieder über**
 288 **6.000 Mitglieder zu haben sowie den FLINTA*-Anteil unter den Mitgliedern zu erhöhen.** Dabei wollen
 289 wir insbesondere diejenigen ansprechen, die von unserer Politik ganz besonders profitieren: Jugendliche aus
 290 Arbeiter*innen-Familien, Schüler*innen, Auszubildende, FLINTA*s und queere Menschen sowie PoC.

291 (8) DIGITALISIERUNG? HÖCHSTE ZEIT!

292 Wie bei vielen Verbänden und Institutionen in Deutschland lässt sich auch bei uns eine gewisse Abwehrhal-
 293 tung gegenüber dem Einsatz digitaler Möglichkeiten wahrnehmen, obwohl diese viele Abläufe vereinfachen
 294 können. **Unser Ziel ist es, die Verbandskommunikation, das Speichern und Weitergeben von Informa-**
 295 **tionen und Daten, das Veranstaltungsmanagement sowie das Material für Bildungsarbeit online zu**
 296 **verwalten.** Alle Stränge sollen auf einer neuen Homepage mit einem Bereich für Mitglieder und Aktive zu-
 297 sammenlaufen. Das Nutzen und die Schulung unserer Mitglieder in digitalen Methoden zur Vereinfachung
 298 der Verbandsarbeit sowie die Unterstützung der Hauptamtlichkeit bei der Digitalisierung ihrer Arbeit ist zen-
 299 tral.

300 Verbandsumbau – Umsetzung

301 **Pressearbeit**

302 Ziel der Pressearbeit ist es, als relevante, linke Stimme in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden – so-
 303 wohl bei Fragen, die die Landespolitik betreffen, als auch bei in der Öffentlichkeit stattfindenden Diskussionen,
 304 die die Partei betreffen. Dafür müssen uns die wichtigen Journalist*innen der Landespresse kennen, und uns
 305 als Ansprechpartner*innen wahrnehmen. Unser Ziel muss es sein, bei landespolitischen Themen gefragte Ge-
 306 sprächspartner*innen zu werden, aber mittelfristig auch in der Lage zu sein, eigenständig Themen zu setzen.
 307 Aufgabe des*der Sprechers*Sprecherin ist es, für diese Aufmerksamkeit bei der Landespresse zu sorgen und
 308 zu den relevanten Themen der Jusos Bayern kommunikationsfähig zu sein.

309 **Onlinekommunikation**

310 Der Kern der Onlinekommunikation ist es, die Positionen, Forderungen und Veranstaltungen der Jusos Bay-
 311 ern – auf den Punkt gebracht – digital an die Menschen innerhalb sowie außerhalb unseres Verbandes zu
 312 bringen.

313 Um diese Aufgabe zu erfüllen, ist es essenziell, im ständigen Austausch mit anderen Arbeitsbereichen, den
 314 Vorsitzenden und den Themenwerkstätten zu stehen.

315 In erster Linie müssen Kampagnen und Posts zu den Landtagswahlen miteinander harmonisieren und mit
 316 kritischem Blick auf die Landespolitik und starken Aussagen den Status der Jusos als linke Kraft in Bayern und
 317 in der SPD stärken und wahren.

318 Unser Ziel ist es, den Juso-Landesvorstand mithilfe der Digitalisierung zu einem Ort der Mitbestimmung zu
 319 gestalten. Mit so wenigen Mitgliedern wie schon lange nicht ist es für einen funktionierenden Landesvorstand
 320 wichtig, dass eine starke Onlinekommunikation jeden über Neuigkeiten, Veranstaltungen und Forderungen
 321 informiert und Bezirke und Unterbezirke in Aktionen und Kampagnen einbindet. So kann der Landesvorstand
 322 transparente, strukturenübergreifende Politik betreiben, damit sich alle bayerischen Jungsozialist*innen best-
 323 möglich repräsentiert fühlen. Weiterhin wollen wir deshalb unsere Positionen und Bildungsangebote in leich-
 324 ter Sprache zur Verfügung stellen. Partizipation und politische Teilhabe beginnen bei der Nachvollziehbarkeit
 325 unserer Überzeugungen. Als Leitlinie kann hier beispielsweise das Regelwerk der Deutschen Gesellschaft für
 326 Leichte Sprache herangezogen werden.

327 **Kampagnenarbeit und Publikationen**

328 Die Aufgabe der*des Sprecher*in für Kampagne wird es sein, die Landtagswahlkampagne zügig aufzubauen
329 und umzusetzen. Mit ihr wollen wir sowohl unsere Kandidierenden als auch unsere Inhalte stärken. In
330 der gesamten Legislatur liegt der Schwerpunkt auf dem Ziel, die Jusos als relevante linke Stimme zu etablie-
331 ren.

332 Wir wollen inhaltliche Kampagnen organisieren, um unser Profil nach innen klar zu machen und nach außen
333 zu schärfen. Dazu wollen wir materialistische Fragen in den Vordergrund rücken und als klare Forderungen in
334 die Öffentlichkeit kommunizieren. Wir wollen uns auf unser Wahlprogramm berufen, klar plakative Forderun-
335 gen formulieren und auf verschiedenen Ebenen, wie Social Media, aber auch im Guerillawahlkampf und mit
336 verschiedenen Aktionen kommunizieren.

337 Vor der Wahl wollen wir im Wahlkampf besonders für unsere Inhalte und unsere Juso-Kandidierenden eine
338 starke Stimme sein.

339 Mit unserer Kampagne zur Landtagswahl wollen wir die Kandidierenden vor Ort mit gezielten Veranstaltungs-
340 formaten und in ihren Aktionen mit Konzepten, Material und Personalstärke unterstützen. Zusätzlich wollen
341 wir uns als Verband geeint nach außen zeigen und unsere Inhalte setzen.

342 Insgesamt wollen wir uns besser mit den Bezirken und Unterbezirken vernetzen, gemeinsam nach vorne ar-
343 beiten und Doppelstrukturen vermeiden. Im Zuge der Kampagne wird eine neue Serie von Publikationen der
344 Jusos Bayern entwickelt und den Untergliederungen zur Verfügung gestellt.

345 **Bündnisarbeit**

346 Als Jusos möchten wir mit anderen Menschen, Organisationen und Institutionen ins Gespräch kommen. Um
347 für eine solidarische und gerechtere Gesellschaft zu kämpfen, brauchen wir viele, die zusammen kämpfen.
348 Verbandsintern wollen wir weiterhin die Kommunikation mit anderen Ebenen stärken. Wir wollen nicht nur
349 mit anderen Juso-Strukturen zusammenarbeiten, sondern auch in unserer Mutterpartei wirken. Gerade im
350 Hinblick auf die Landtags- und Bezirkstagswahlen wollen wir unseren Wirkungsradius in unserer Partei wei-
351 terführen und andere Juso-Ebenen unterstützen. Die Arbeit mit anderen Arbeitsgemeinschaften wollen wir
352 intensivieren. Die Zusammenarbeit mit unseren Genoss*innen müssen wir erneut fokussieren, um unsere
353 Perspektiven in der Breite kommunizieren zu können.

354 Wir wollen mit unseren natürlichen Bündnispartner*innen aus den Gewerkschaften, deren Untergliederun-
355 gen, der AWO, den Falken, den Naturfreunden und mit Organisationen aus dem progressiv-linken Spektrum
356 zusammenarbeiten. Die neue Zusammenarbeit mit BDJ, dem Bündnis für BNE, Naturfreundejugend, KLJB
357 und junge Ökolog*innen soll intensiviert werden. Vor allem das Bündnis „vote16“ und ihr Ziel eines Bürger*in-
358 nenbegehrens wollen wir mit Kapazitäten und unseren Möglichkeiten unterstützen. Hierzu werden wir unsere
359 Kontakte weiterführen und noch weiter ausbauen und vorantreiben. Die linken Jugendorganisationen Grüne
360 Jugend und solid sind weiterhin Partner*innen für den Wandel der Gesellschaft, wobei wir vor allem dieses
361 Jahr auch die Unterschiede klarstellen möchten. Für das Einwirken in die Fraktionen werden verstärkt auf die
362 Vertreter*innen der Themen im Bayerischen Landtag beziehungsweise Bundestag zugegangen, um unsere Po-
363 sitionen und Kritikpunkte vorzubringen. Die Vernetzung zwischen Mandatsträger*innen und den inhaltlich
364 Interessierten wollen wir aufbauen. Dabei werden neue Bündnispartner*innen gesucht und ein Gesprächsan-
365 gebot gegeben, um gemeinsam politische Forderungen in die Gesellschaft, aber auch auf politischen Ebenen
366 einzubringen. Durch eine weite Vernetzung können wir Forderungen in die Gesellschaft einbringen und unsere
367 Ziele verbreiten.

368 **Politische Bildungsarbeit**

369 Politische Bildung ist für uns als Jusos Bayern die Grundlage für unsere politische Arbeit. Mit unseren Semi-
370 naren sorgen wir dafür, unsere Mitglieder sprachfähig zu vielfältigen politischen Themen zu machen und sie
371 für Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner, aber auch innerhalb des Verbandes und der Partei

372 vorzubereiten. In den letzten Jahren haben wir hierbei ein sehr vielfältiges Angebot für unsere Mitglieder be-
373 reitgestellt. Vor allem die finanzielle Situation legt uns hierbei aktuell aber Steine in den Weg und wir können
374 nicht alle unsere Ideen so umsetzen, wie wir es gerne wollen. Deshalb sind neue Wege gefragt, um unser
375 Bildungsprogramm zu ergänzen und auszubauen und es somit zukunftsfähig zu gestalten. Neben weiterhin
376 stattfindenden Seminarwochenenden sowie Themenwerkstattwochenenden werden wir in Zukunft Selbst-
377 lernangebote sowie Rufseminare schaffen. Die Selbstlernangebote sollen zum Beispiel Reader umfassen, die
378 u.a. in Zusammenarbeit mit den Sprecher*innen für die einzelnen Bereiche erstellt werden sollen. Nach Mög-
379 lichkeit sollen Personen, die diese Angebote nutzen, auf Expert*innen zurückgreifen können, um beim Lernen
380 entstandene Fragen zu klären.

381 Die Rufseminare sind neben der Möglichkeit, unser Bildungsangebot den Bezirken und Unterbezirken anzu-
382 bieten, auch eine sehr gute Gelegenheit, um die Anbindung der Basis an den Landesvorstand zu erhöhen und
383 die wahrgenommene Distanz abzubauen.

384 Wir wollen im nächsten Jahr das Thema psychische Gesundheit aus jungsozialistische Perspektive in unter-
385 schiedlichen Formaten beleuchten und weiter entwickeln.

386 Neben der Vermittlung von Wissen an unsere Mitglieder ist uns bei unserem Bildungsprogramm wichtig, dort
387 einen sicheren Raum für FLINTA*-Personen zu schaffen.

388 Dies gelingt uns, indem wir weiterhin bei allen Seminaren feste FLINTA*-Vernetzung und Männerreflexionen
389 durchführen.

390 Das Vermitteln unseres demokratisch-sozialistischen Grundverständnisses bleibt Priorität 1.

391 **Strukturarbeit**

392 Die Strukturarbeit beschäftigt sich mit der Stärkung des Verbands auf allen Ebenen. Das heißt: Wir brauchen
393 alle und jeden – in jedem Bezirk, Unterbezirk, Kreisverband, kurzum: einfach jedes Mitglied, um unsere in
394 diesem Arbeitsprogramm gesetzten Ziele umsetzen zu können.

395 Die Materialien und Unterlagen von unseren Konferenzen sollen aktualisiert und allen aktiven Mitgliedern zur
396 Verfügung gestellt werden. Es sollen wichtige neue, leicht verständliche Leitfäden für die wichtigsten Dinge
397 aller Ebenen, zum Beispiel zur Planung einer Jahreshauptversammlung, erstellt werden.

398 Um die Identifizierung der Mitglieder mit dem Landesverband zu verbessern, müssen wir die Bande zwischen
399 allen Ebenen enger knüpfen. Große Seminare und Konferenzen sind sehr schwierig zu planen und die Hür-
400 de teilzunehmen ist für Neumitglieder sehr hoch. Deshalb sollen den Bezirken und Unterbezirken zusätzlich
401 die Möglichkeit von Rufseminaren zur Verfügung gestellt werden. Rufseminare sind leichter zu planen und
402 günstiger in der Umsetzung, außerdem können sie an die individuellen Bedürfnisse angepasst werden. Dies
403 ist essenziell, um als Verband enger zusammenzuarbeiten, zukünftige Generationen gut vorzubereiten und
404 schneller zu reagieren.

405 Ein großes Neumitgliederseminar soll angestrebt werden und eine erneute Strukturkonferenz, nachdem der
406 Erfolg der diesjährigen evaluiert wurde.

407 Organisationspolitische Werkstätten

408 Wir werden nach dem Vorbild der politischen Themenwerkstätten auch organisationspolitische Arbeitsgrup-
409 pen einrichten, die die Anbindung der Verbandsmitglieder sowie die Weiterentwicklung der Kampagnen- und
410 Organisationsfähigkeit dienen werden:

411 **Redaktionswerkstatt**

412 Zentrale Stelle unserer Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere zur Betreuung der Social Media Kanäle, dem Erstel-
413 len von Publikationen sowie der konstanten Pressearbeit. Hauptverantwortlich betreut von den Sprecher*in-
414 nen für Onlinekommunikation sowie Presse. Es soll insbesondere durch interne Bildungsarbeit die Qualität
415 und Reichweite unserer Öffentlichkeitsarbeit gestärkt sowie in die Untergliederungen hineingeführt werden,
416 um einen einheitlichen Auftritt zu gewährleisten.

417 **Kampa LTW 2023**

418 Hauptverantwortlich in den Händen der*des Sprecher*in für Kampagne. Hier wird in enger Zusammenarbeit
 419 mit der Redaktionswerkstatt die Landtagswahlkampagne entwickelt, durchgeführt und kommuniziert. Aus al-
 420 len Bezirken sollen mindestens zwei Personen quotiert in der Kampa mitwirken und ihre UBs/KVs anbinden.
 421 Gemeinsame koordinierte Aktionen werden so möglich sein. Unser Ziel ist es, die Kandidierenden und Aktio-
 422 nen vor Ort zu unterstützen. Bei eigenen Veranstaltungen und im Social-Media-Wahlkampf wollen wir unsere
 423 Inhalte klar nach außen kommunizieren und unser Profil schärfen.

424 **Folgende organisationspolitischen Themenwerkstätten möchten wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt**
 425 **neu einrichten:**

426 **Teamendenwerkstatt**

427 Zur Organisation der politischen Bildungsprogramme wird sich eine Teamendenwerkstatt gründen (in ande-
 428 ren Organisationen manchmal auch Teamendenpool oder Pool of Trainers genannt). Hier sollen sich die Tea-
 429 mer*innen, die bei unseren Seminaren eingesetzt werden, vernetzen, weiterbilden und absprechen. So soll
 430 auch Grundlagenwissen zum Organisieren von Veranstaltungen bei den Jusos Bayern kommuniziert werden,
 431 ebenso wie tiefer in die Grundsätze und Methoden sozialistischer Bildung eingestiegen werden.

432 **Strukturwerkstatt**

433 Zur Reaktivierung unserer Untergliederungen müssen wir gemeinsam mit den Bezirken handeln, dazu soll ei-
 434 ne Strukturwerkstatt gegründet werden, die aus mindestens einem Mitglied aus jedem Bezirk und dem/der
 435 Sprecher*in besteht. Zur Stärkung unserer Kampagnenfähigkeit wollen wir die sporadisch stattfindenden Tref-
 436 fen der UBs & KV's in einer Strukturwerkstatt verstetigen, die sich regelmäßig austauscht, vernetzt und Ruf-
 437 Seminare im Zuge der LTW-Kampagne und weiteren Themen nach Bedarf organisiert.

438 **Bündniswerkstatt / Linker Runder Tisch Bayern**

439 Wir werden bei vorhandenen Ressourcen einen "Runden Tisch" als Treffpunkt für linke, progressive, feministi-
 440 sche und queere Jugendorganisationen in Bayern ins Leben rufen. Dadurch sollen gemeinsame Kampagnen,
 441 Statements und eine enger zusammenwachsende politische Bewegung links der Mitte in Bayern entstehen.
 442 Wir richten uns dabei insbesondere an Gewerkschaften, die Organisationen der Arbeiter*innenbewegung so-
 443 wie weitere geeignete Vereine & Verbände links der Mitte. Auch Verbandsmitglieder mit großem Netzwerk
 444 oder solche, die selbst bei uns nahestehenden Verbänden und Gewerkschaften aktiv sind, sollen sich hier
 445 einbringen können.

446 **4. Große Veranstaltungen**

447 **Sommerschule 30.7. – 5.8.2023**

448 Vom 30.07. – 05.08.2023 findet die Sommerschule der Jusos Bayern statt. Mit 65 Teilnehmer*innen und 15
 449 Teamer*innen werden wir dort eine Woche lang Workshops, Seminare und Freizeitprogramm anbieten. Alle
 450 Informationen wurden bereits auf der Homepage veröffentlicht. Sie soll den Wahlkampf-Endspurt einläuten
 451 und uns für die letzten Wochen des Wahlkampfes stärken und vernetzen.

452 **Arbeitsmarktpolitischer Kongress (AmpK) 09.07.2023**

453 Der AmpK wird dieses Jahr am 09.07.2023 im Lichte der an vielen Stellen geforderten sozialökologischen Trans-
 454 formation hin zu einem Wirtschaftssystem, das unseren jungsozialistischen Werten entspricht, stehen.

455 Themenfelder, die hierfür infrage kommen, sind vielfältig. In Betracht gezogen wird zum einen, Unternehmens-
 456 formen zu beleuchten, die unserem Wirtschaftssystem dienen könnten. Genossenschaften sind uns allen ein
 457 Begriff, doch entwickeln sich in anderen Ländern bereits nicht-gewinnmaximierende, sondern soziale/ökolo-
 458 gische Wertschöpfung maximierende Unternehmensformen, die eben das Ziel verfolgen, das Beste für die

459 Allgemeinheit und nicht für eine privilegierten Minderheit zu erzielen. Zum anderen ist es zweckdienlich, dass
460 wir uns mit der "Arbeit der Zukunft" beschäftigen. Algorithmen und Künstliche Intelligenz – wie aktuell der
461 Chatbot ChatGPT – nehmen immer mehr Einzug in unser (Alltags-)Leben und lenken es. Diese und weitere
462 Einflüsse müssen beleuchtet werden bei der Gestaltung der Arbeitswelt von morgen.

463 Basiskongress

464 Wir wollen auch 2024 wieder eine Basiskongress veranstalten. Er soll wieder die Möglichkeit bieten, außer-
465 halb der formalen Strukturen inhaltliche Diskussionen zu führen und Anstöße für die Arbeit vor Ort zu liefern.
466 Der nächste Basiskongress wird nach der Landtagswahl und vor der Europawahl stattfinden. Der Landesvor-
467 stand wird außerdem prüfen, ob nach den Wahlen im Herbst ein „kleiner Basiskongress“ zur Diskussion der
468 Wahlergebnisse sinnvoll ist – möglicherweise verbunden mit der Herbst-Landeskonferenz.

469 FLINTA*-Konferenz

470 Unsere jährlich stattfindende FLINTA*-Konferenz bietet unseren Mitgliedern den idealen Raum für Vernetzung
471 und Empowerment. Neben diesen sehr wichtigen Aspekten werden wir auch dieses Jahr wieder ein spannen-
472 des sowie lehrreiches Programm ausarbeiten, um uns weiterzubilden und so optimal auf die Debatten unserer
473 Zeit vorbereitet zu sein. Die FLINTA*-Konferenz kann zurecht als eines der Highlights im Jahreskalender der
474 Jusos Bayern bezeichnet werden und diesem Anspruch werden wir auch 2023 wieder gerecht werden.

475 5. JSAG/HSG

476 Mit der geplanten Wiederbelebung der JSAG und der Neuauflage Juso Hochschulgruppen Koordinierung in
477 Bayern wollen wir wieder verstärkt Institutionen in bzw. für Bildungsinstitutionen und deren Mitglieder schaf-
478 fen. Dabei ist uns der persönliche Austausch und die Meinungsbildung mit den direkt betroffenen wichtig;
479 diesen Dialog wollen wir im nächsten Jahr etablieren und ausbauen.

480 6. BayernSPD

481 Wir Jusos sind eine Arbeitsgemeinschaft in der SPD. Wir bleiben der Mutterpartei in kritischer Solidarität ver-
482 bunden. Wir wollen die linken Kräfte in der Partei weiter bündeln und gemeinsam an einem Strang ziehen. Wir
483 wollen den Zusammenhalt in der Partei stärken und vor allem ein Ankerpunkt für linke Genoss*innen aller Al-
484 tersklassen sein. Wir werden unsere Überzeugungen und Positionen weiterhin vehement in die SPD tragen
485 und für ihre Umsetzung kämpfen!

486 7. Bundesebene

487 Die Jusos Bayern werden sich weiterhin kritisch solidarisch in bundespolitische Fragen und die Frage der Ver-
488 bandsstrategie der Jusos einbringen. Dies tun wir durch unsere Vertreter*innen im Bundesvorstand genauso
489 wie durch eine starke inhaltliche Arbeit auf dem Juso-Bundeskongress.

LATLeitantrag

LAT Leitantrag

LAT-1 Juso- Landesvorstand	Sozial-ökologische Transformation	14
-------------------------------	-----------------------------------	----

LAT-1

Titel	Sozial-ökologische Transformation
Antragsteller*innen	Juso-Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Landesvorstand

Sozial-ökologische Transformation

- 1 Unser Transformationsbegriff
- 2 Der sozial-ökologische Transformatin unserer Gesellschaft und insbesondere der Industrie ist eine der wich-
3 tigsten Aufgaben des 21. Jahrhunderts. Im Spannungsfeld zwischen der sich abzeichnenden Klimakatastrophe
4 einerseits und einer möglichen Deindustrialisierung – mit enormen Wohlstands- und Arbeitsplatzverlusten vor
5 allem für Menschen ohne Vermögen – andererseits sind wir die einzige Kraft, mit der dieses Projekt gelingen
6 kann.
- 7 Transformation bedeutet Veränderung. Damit gibt es keine Entscheidung zwischen Veränderung oder Weiter-
8 so. Es gibt nur die Entscheidung zwischen organisierter Veränderung in unserem Sinne oder ungesteuerter
9 Veränderungen im Sinne derjenigen, die weiter von der Klimakrise und der Ausbeutung der Umwelt und Natur
10 profitieren.
- 11 Transformation erfordert **aktives staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln**: Solange es fossile Ener-
12 gieträger gibt, wird es auch ein kapitalistisches Interesse an ihrer Ausbeutung geben. Nur wenn wir uns mit
13 einer linken Bewegung an die Spitze der Weltgemeinschaft gegen die Ausbeutung der Natur stellen, können
14 wir einen lebenswerten Planeten erhalten.
- 15 Der **Begriff der Transformation** beinhaltet unterschiedliche zeitliche Perspektiven: Während wir langfristig
16 nicht nur einen Umbau der Produktionsweise, sondern vor allem auch der Eigentumsverhältnisse in der Indus-
17 trie anstreben und unsere sozialistische Vorstellung einer Industrie in den Händen der Arbeiter*innen Realität
18 werden lassen, müssen wir mittelfristig mit den Mitteln der staatlichen Souveränität entscheidende Weichen
19 stellen.
- 20 Dem Staat kommt dabei eine wichtige Rolle zu: Einerseits braucht es ordnungspolitische Rahmenbedingungen
21 und klare gesetzliche Vorgaben, die den notwendigen Druck auf die Unternehmen erzeugen. Zum anderen
22 muss der Staat die Unternehmen mit Förderprogrammen bei ihren Anstrengungen unterstützen. Zudem muss
23 er endlich seine eigenen Hausaufgaben besser machen und die notwendige Infrastruktur konsequenter und
24 schneller modernisieren und ausbauen.
- 25 Dafür brauchen wir kurzfristige Weichenstellungen und vor allem eine ausreichende Finanzierung. Die Schul-
26 denbremse darf uns dabei nicht aufhalten: Investitionen, die heute nicht getätigt werden, gefährden unseren
27 Wohlstand von morgen.
- 28 Unser Transformationsbegriff muss eine **globale Perspektive** beinhalten: Wir müssen in unserem Handeln
29 mit gutem Beispiel vorangehen und alles tun, was in unseren Möglichkeiten liegt. Technologien, die für die kli-
30 maneutrale Industrie notwendigerweise entstehen müssen, sollen in globaler Kooperation und unter Einbezie-
31 hung verschiedenster internationaler Akteur*innen entwickelt werden. Gleichzeitig wollen wir demokratische
32 Souveränität Europas erhalten und die Abhängigkeit von autokratischen Staaten minimieren. Deutschland soll
33 international eine verantwortungsvolle und treibende Kraft des Fortschritts sein.
- 34 Zur globalen Perspektive gehört es auch, internationale Mechanismen zu etablieren, die faire Bedingungen si-
35 cherstellen. Findet Außenhandel mit Akteur*innen einer Volkswirtschaft statt, die selbst keine CO2-Bepreisung
36 vorsieht, so wollen wir beispielsweise mit einer **CO2-Einfuhrsteuer** sicherstellen, dass klimafreundliche und
37 emissionsarme Produkte auch wirtschaftlich wettbewerbsfähig bleiben.

38 Der Degrowth-Bewegung und der Forderung nach Deindustrialisierung erteilen wir eine klare Absage: Dieser
39 Antrag bezieht explizit keine Position zur Frage des weiteren Wirtschaftswachstums.

40 Arbeit und Qualifikation als tragende Säule der Transformation

41 Arbeit und qualifizierte Arbeitskräfte sind für die Transformation von entscheidender Bedeutung. Mit ihren
42 Händen und Köpfen erwirtschaften die Arbeiter*innen den Wohlstand unserer Gesellschaft. Es ist daher nur
43 logisch, dass sie im Zentrum der Transformation stehen müssen. Damit die Transformation gelingt, braucht
44 es zunächst den Blick auf die Arbeiter*innen.

45 Das größte Risiko für das Gelingen der Transformation ist der **Fachkräftemangel**. Egal wie ambitioniert die
46 Ausbauziele in den Parlamenten beschlossen werden: Solange die Facharbeiter*innen fehlen, die Solaran-
47 lagen aufs Dach schrauben oder Leitungen verlegen, und solange die Ingenieur*innen fehlen, die Zukunfts-
48 technologien entwickeln, wird nichts passieren. Der Qualifizierungsbedarf geht einher mit einem massiven
49 Investitionsbedarf.

50 Es braucht also ein **Recht auf Arbeit**. Die arbeits- und wirtschaftspolitische Herausforderung besteht darin,
51 das Recht auf Arbeit so auszufüllen, dass es mehr ist als ein Recht auf freie Berufswahl. Es muss ein echter
52 Anspruch des Individuums an die Gesellschaft sein, jederzeit eine Beschäftigung aufnehmen zu können, wenn
53 es dies wünscht. Dazu bedarf es einer staatlichen Jobgarantie in Form eines Rechtsanspruchs für alle hier
54 lebenden Menschen. Diese beinhaltet eine Entlohnung in Höhe des jeweiligen Tariflohns bzw. eines fairen,
55 armuts- und alterssichernden Mindestlohns.

56 Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und eine gute Ausbildung für alle zu gewährleisten, fordern wir
57 weiterhin eine **echte Ausbildungsgarantie**. Wer unter 27 Jahre alt ist, soll einen Rechtsanspruch auf einen
58 Ausbildungsplatz haben. Dazu wollen wir eine Umlagefinanzierung schaffen, die den ausbildenden Betrieben
59 die Kosten erstattet und die nicht ausbildenden Betriebe an der Finanzierung der Ausbildungskosten beteiligt.
60 Die außerbetriebliche Ausbildung für marktbenachteiligte Jugendliche muss die Ultima Ratio sein und darf nur
61 die Ausnahme bleiben. Deshalb müssen auch diese Kosten über die Umlage der Betriebe finanziert werden.
62 Damit werden Mitnahmeeffekte der Betriebe vermieden.

63 Es ist an der Zeit, das Recht auf eine 25-Stunden-Woche einzuführen, um den Bedürfnissen der modernen
64 Arbeitswelt gerecht zu werden. Unsere Arbeitskultur hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert, und
65 es ist wichtig, dass Arbeit*innen die Möglichkeit haben, eine bessere Work-Life-Balance zu erreichen. Eine
66 25-Stunden-Woche würde es den Menschen ermöglichen, mehr Zeit für ihre Familie, ihre Freunde, ihre Hob-
67 bys und ihre persönliche Entwicklung zu haben. Es würde auch die Produktivität am Arbeitsplatz verbessern,
68 indem es die Mitarbeiter*innen ausgeruhter und motivierter macht. Es ist an der Zeit, dass Betriebe und Re-
69 gierungen die Bedürfnisse der Arbeiter*innen ernst nehmen und das Recht auf eine 25-Stunden-Woche bei
70 vollem Lohnausgleich einführen.

71 Im Zuge der Transformation werden sich Berufsbilder verändern und neue Tätigkeitsprofile entstehen. Damit
72 verbunden ist ein enormer Qualifizierungsbedarf. Diese Qualifizierung ist nicht allein Aufgabe der Beschäf-
73 tigten im Rahmen ihrer Bildungsbiographie, sondern muss als staatliche Aufgabe unter Einbeziehung und
74 Verpflichtung der Unternehmen verstanden werden.

75 Der Erwerb neuer Qualifikationen braucht Zeit: Die **Bildungszeit** oder auch Teilzeit mit berufsbegleitender
76 Qualifizierung muss daher bis zu vier Jahre betragen können. Damit wird sichergestellt, dass eine berufliche
77 Neuorientierung tatsächlich möglich ist.

78 Notwendig ist ein **staatliches Qualifizierungsgelds** in Anlehnung an das Kurzarbeitergeld. Dieses soll einen
79 Entgeltersatz in Höhe von 70 Prozent des durch die Weiterbildung ausfallenden Nettoentgelts unabhängig von
80 Betriebsgröße, Alter und Qualifikation der Beschäftigten leisten. Neben dem Qualifizierungszuschuss ist auch
81 die tarifliche Aufstockung des **Bildungszeitzuschusses** zu regeln. Die Höhe des Entgeltersatzes soll auf 80 bzw.
82 87 Prozent erhöht werden, wenn der Betrieb während der Qualifizierungsphase Auszubildende übernimmt
83 bzw. Neueinstellungen vornimmt und für die Beschäftigten eine Beschäftigungssicherung über die Weiterbil-
84 dungszeit hinaus betrieblich oder tariflich geregelt ist. Die Weiterbildungskosten sollen über den Qualifizie-
85 rungszuschuss gefördert werden. Die Arbeiter*innen dürfen nicht auf den Kosten für die Weiterbildung sitzen
86 bleiben.

87 **Mitbestimmung** ist ein entscheidender Hebel für die Transformation der Betriebe. Die Arbeiter*innen haben

88 nicht nur ein Interesse am Erhalt ihrer Arbeitsplätze, sondern vor allem auch am Erhalt eines bewohnbaren
89 Planeten für ihre Kinder und nachfolgende Generationen. Deshalb braucht es dringend vermehrt die Mitbe-
90 stimmung der Arbeiter*innen bei betrieblichen und unternehmerischen Entscheidungen. Solange nur Mana-
91 ger*innen über die Ausrichtung der Unternehmen, ihrer Produkte und ihre Produktionsweise entscheiden,
92 werden weiterhin kurzfristige Gewinne und die Zufriedenstellung der Shareholder ausschlaggebend für die
93 Entscheidung sein. Dabei geht die Transformation nicht nur mit der Gestaltung der unternehmerischen und
94 betrieblichen Bereiche einher, sondern auch mit dem Verlust von spezifischen und beruflichen Arbeitsplätzen.
95 Den Verlust von Menschen gilt es, in Form von Weiterbildungen und finanziellen Hilfen sozial abzufedern. Die
96 Vergangenheit hat gezeigt, dass dies nur in ausreichendem Maße passiert, wenn Beschäftigte und Gewerk-
97 schaften mit am Tisch sitzen. Deshalb fordern wir jegliche Formen der Unternehmensmitbestimmung durch
98 das Modell der Montanmitbestimmung zu ersetzen, welches eine vollparitätische Mitbestimmung für die Be-
99 schäftigten garantiert.

100 Wir fordern konkret:

- 101 – Ein gesetzlich festgeschriebenes und garantiertes Recht auf Arbeit
- 102 – Ein gesetzlich festgeschriebenes Recht auf einen Ausbildungsplatz mit entsprechender Umlagefinanzierung
- 103
- 104 – Ein Recht auf Bildungszeit und den Anspruch auf Qualifizierungsgeld
- 105 – Die Ausweitung der Mitbestimmung auf betriebliche Entscheidungen
- 106 – Einführung der Montanmitbestimmung in allen Unternehmen mit Drittelparität und paritätischer Mitbestimmung
- 107

108 Wie wir die Transformation organisieren und fördern wollen

109 Um die ehrgeizigen Ziele der Transformation der Industrie einhalten zu können, sind unterschiedliche
110 Maßnahmen und Institutionalisierungen notwendig. Unsere Vorschläge dafür sind im Folgenden beschrie-
111 ben.

112 Ein Staatsfonds als zentrales Instrument der Transformation

113 Wir wollen einen staatlichen **Transformationsfonds** auf Bundesebene in Höhe von 500 Milliarden Euro. Er
114 sollte von vornherein so groß dimensioniert sein, dass er die für die Industrie entscheidenden Großinvestitio-
115 nen mit entsprechend ausgeprägten Lock-in-Effekten abdecken kann. Die Höhe ist auch vor dem Hintergrund
116 gerechtfertigt, dass Industrie und Energiewirtschaft zusammen für mehr als die Hälfte der Treibhausgasemis-
117 sionen in Deutschland verantwortlich sind und in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen zur Bewäl-
118 tigung der Herausforderungen anstehen.

119 Dazu soll die Grundlage des Fonds aus staatlichen Schulden finanziert werden, hinzu kommen Einlagen von
120 Privatpersonen, institutionellen Investor*innen und Förderbanken wie der KfW und der EIB. Solange die Schul-
121 denbremse nicht überwunden ist, soll die Finanzierung über ein Sondervermögen erfolgen. Neben dem Bund
122 sollen auch die Länder in die Finanzierung einbezogen werden, da auch sie von der Stärkung der Industrie in
123 ihren Regionen profitieren.

124 Der Transformationsfonds unterscheidet sich deutlich von anderen staatlichen „Fonds“ wie dem Energie- und
125 Klimafonds oder dem Kommunalen Investitionsfonds, da er kein reines Förderinstrument ist. Diese Fonds sind
126 heute in der Regel Sondervermögen des Bundes, die keine Rendite erwirtschaften, sondern ein festgelegtes Fi-
127 nanzvolumen zweckgebunden vergeben. Dabei fließen weder Mittel an den Bund zurück, noch wird der Bund
128 Miteigentümer der geförderten Strukturen. Der Transformationsfonds dient demgegenüber nicht nur der För-
129 derung oder Bereitstellung von Mitteln, sondern soll die direkte Beteiligung oder Finanzierung des Bundes in
130 Schlüsselindustrien umsetzen, um Gestaltungsspielräume im Sinne der Transformation zu ermöglichen. Der
131 Transformationsfonds besteht daher aus zwei Komponenten. Die erste Komponente dient der Förderung der
132 Transformation durch die Bereitstellung von Kapital für bestimmte Förderzwecke, die zweite Komponente zielt
133 darauf ab, dass sich der Staat an Unternehmen beteiligt und damit generell im Sinne der Transformation tätig
134 wird.

135 Der Fonds richtet sich sowohl an börsennotierte Industrieunternehmen als auch an mittelständische Unter-
136 nehmen, deren Aktivitäten als sozial-ökologisch nachhaltig gelten. Durch die Beteiligung soll direkt Einfluss auf

137 die Umsetzung von Klima- und Nachhaltigkeitszielen in den Unternehmen genommen werden.

138 Darüber hinaus soll die aktive Beteiligung der Gewerkschaften bei der Vergabe und Verwendung der Mittel
139 sichergestellt werden. Neben der Bereitstellung von Kapital für Investitionen in klimafreundliche Technolo-
140 gien, Prozesse und Produkte soll der Fonds auch gezielt eingesetzt werden, um Übernahmen aus Nicht-EU-
141 Ländern in Schlüsselbereichen zu verhindern. Der Vorteil einer staatlichen Beteiligung gegenüber Subventio-
142 nen besteht darin, dass eine Sozialisierung der Kosten bei gleichzeitiger Privatisierung der Gewinne vermieden
143 wird.

144 Unternehmen, die Förderung und Unterstützung aus dem Transformationsfonds erhalten, verpflichten sich im
145 Gegenzug, je nach Höhe, für bestimmte Zeiträume auf Dividendenausschüttungen zu verzichten und Gewinne
146 im sozial-ökologischen Sinne zu reinvestieren. Darüber hinaus wollen wir die Verwendung der Mittel aus dem
147 Transformationsfonds an sozial-ökologische Kriterien knüpfen, zu denen beispielsweise Tariftreue oder die
148 Einhaltung von Standards entlang der Lieferkette gehören.

149 Wir fordern konkret:

- 150 • Die Einrichtung eines Transformationsfonds auf Bundesebene in Höhe von 250 Milliarden Euro.
- 151 • Die Verwendung der Mittel durch Förderprogramme und Unternehmensbeteiligungen durch den
152 Bund.
- 153 • Die Beteiligung von Gewerkschaften bei der Vergabe und Verwendung der Mittel.
- 154 • Verpflichtende knüpfung von Förderungen an Sozialstandards

155 Förderale Transformationsagenturen: Beratung, Angebote, Vernetzung

156 Der Freistaat Bayern und die anderen Bundesländer, die noch nicht über eine solche Einrichtung verfügen,
157 sollen eigene Transformationsagenturen einrichten, die den Transformationsclustern angegliedert sind. Ihre
158 Aufgabe ist die Beratung von Betriebsräten, Unternehmen und Regionen.

159 Die Transformationsagentur übernimmt zum einen eine Lotsenfunktion für Qualifizierungsmöglichkeiten.
160 Zum anderen bündelt sie die Fördermöglichkeiten und schafft in beiden Fällen einen schnellen und leicht
161 zugänglichen Überblick für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Außerdem hat die Transformationsagentur die
162 Aufgabe, zukünftige Entwicklungen im Auge zu behalten und in die Regionen zu übersetzen. Dazu erarbei-
163 tet sie Analysen, stellt Hintergrundinformationen zur Verfügung und unterstützt die Weiterentwicklung der
164 Transformationspolitik vor Ort. Eine weitere zentrale Aufgabe liegt in der Vernetzung von Partner*innen der
165 regionalen Arbeitsmarktpolitik.

166 Wir fordern konkret:

- 167 • Die Einrichtung von Transformationsagenturen, sofern diese noch nicht existieren

168 Regionale Transformationscluster zur Umsetzung vor Ort

169 Regionale Transformationscluster sollen die nationale Strategie in regionales Handeln übersetzen. Die Fol-
170 gen der Transformation betreffen auch Regionen, die heute wirtschaftlich gut dastehen, wie z.B. Franken, die
171 Region München oder Weiden in der Oberpfalz.

172 Viele Förderungen ignorieren aktuell die regionalpolitischen Herausforderungen der Transformation und er-
173 reichen viele Unternehmen und Regionen deshalb nicht. Daher sollen Transformationscluster den strukturel-
174 len Wandels in den Regionen abfangen. Im Transformationscluster sollen auch die oben genannten Transfor-
175 mationsräte eine wichtige Rolle spielen.

176 Die Transformationscluster sollen regionale Zukunftskonzepte entwickelt werden. Diese sollen in Zukunftsver-
177 einbarungen in den Unternehmen, die von der Transformation betroffen sind, übersetzt werden. Dazu müs-
178 sen in Betrieben gemeinsam von allen, das heißt von Geschäftsführung bis zu den Betriebsräten Lösungen
179 entwickelt werden, um Standorte so auszurichten, dass sie die Anforderungen der Transformation bewälti-
180 gen können und den Beschäftigten Wege in neue oder veränderte berufliche Qualifikationen und Tätigkeiten
181 eröffnen.

182 Die Transformationscluster übernehmen auch die Aufgabe, die Mittel aus dem Transformationsfonds vor dem
183 Hintergrund der regionalen Gegebenheiten, zu verteilen. Außerdem sollen sie bei der Ansiedlung und Grün-

184 dung von Unternehmen unterstützen, die Zukunftstechnologien entwickeln wollen. Ziel ist es dort technologi-
185 sche Entwicklungskonzepte zu schaffen, wo die Entwicklung neuer Technologien zum Erhalt der industriellen
186 Produktion konkret notwendig ist.

187 Regionalpolitisch wollen wir betriebliche Prozesse unterstützen. Wichtig für uns ist es, vorhandene industrielle
188 Strukturen zu sichern. Diese sollen nicht abgebaut oder ausgelagert werden. Ziel ist die Weiterentwicklung hin
189 zu technologisch CO2 neutralen Technologien und guten Arbeitsplätzen mit Tarifbindung. Dazu braucht es
190 über die Transformationscluster regionale Präventionskonzepte, die die Sicherung der vorhandenen industri-
191 ellen Strukturen sicherstellen.

192 Wir fordern konkret:

- 193 • Die Einführung von Transformationscluster in den Regionen
- 194 • Zukunftsvereinbarungen für die Regionen und in den Betrieben
- 195 • Präventionskonzepte in den Regionen

196 Lokale Transformationsräte

197 Die politischen Entscheidungen, die auch auf lokaler Ebene notwendig sind, wollen wir durch die Einführung
198 von Transformationsräten verbessern. Diese Transformationsräte tagen regelmäßig und setzen sich aus un-
199 terschiedlichen Akteur*innen aus Betriebsräten, Gewerkschaften, Industriebetrieben, Wirtschaftsverbänden,
200 Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik zusammen und sorgen für ein besseres gegenseitiges Verständnis
201 der jeweiligen Perspektiven. Sie brauchen klare Kompetenzen und ein verbindliches Antrags- und Vorschlags-
202 recht in kommunalen Parlamenten und Entscheidungsgremien.

203 Wir fordern konkret:

- 204 • Die Einführung von lokalen Transformationsräten mit klar definierten Rechten und diverser Zusam-
205 mensetzung

206 Wie wir die Energie für die Industrie erzeugen wollen

207 Industrielle Produktion ist enorm energieintensiv. Die Transformation bezieht sich einerseits auf die Produkte
208 und Prozesse in der Industrie, andererseits aber auch auf die Gewinnung der Energie, die für die Produktion
209 notwendig ist. Einerseits braucht es eine Elektrifizierung, die auf erneuerbaren Energien fußt. Bereiche, die
210 nicht elektrifiziert werden können, können durch grünen Wasserstoff dekarbonisiert werden.

211 Erneuerbaren Energien

212 Der Ausbau von Photovoltaik, Windkraft und Wasserkraft ist grundlegend für eine tragfähige Industriepolitik.
213 Wir fordern hier explizit den Abbau von Hürden für den Ausbau und die schnellstmögliche Umstellung der
214 Stromgewinnung auf 100% erneuerbar. Diese muss unter Bürger*innenbeteiligung und Mitbestimmung von
215 Arbeiter*innen an betrieblichen Entscheidungen geschehen.

216 Wir fordern konkret:

- 217 • Subventionen für fossile Energieträger müssen bei gleichzeitigem Ausbau der erneuerbaren Energien
218 stufenweise abgeschafft werden.
- 219 • Der Ausbau erneuerbarer Energien muss schleunigst und mit dem notwendigen Ehrgeiz vorangetrie-
220 ben werden.

221 Grüner Wasserstoff

222 Grüner Wasserstoff ist eine CO2-freie Technologie zur Dekarbonisierung von Sektoren und Teilsektoren, die
223 nicht elektrifiziert werden können. Er wird durch die Elektrolyse von Wasser erzeugt, wobei der Strom aus
224 erneuerbaren Energien gewonnen wird. Seine Transportfähigkeit ermöglicht zudem die Entkopplung und Fle-
225 xibilisierung von Energieerzeugung und -verbrauch.

226 Haupteinsatzgebiet für grünen Wasserstoff ist die chemische Industrie. Darüber hinaus kann Wasserstoff in
227 der Stahlindustrie eingesetzt werden, um Kohle zu ersetzen. Nicht zuletzt ist Wasserstoff als Brennstoff eine
228 Alternative zum Befeuern von Öfen.

229 Grüner Wasserstoff kann als Kraftstoff im Verkehr eingesetzt werden – insbesondere dort, wo eine Elektrifizierung nicht sinnvoll oder möglich ist. Zusammen mit CO₂ kann er auch in andere klimafreundliche Kraftstoffe
230 umgewandelt werden, die Lkw, Schiffe und Flugzeuge antreiben. Durch die Umstellung auf Wasserstoff zur
231 Dekarbonisierung der Industrie können Industriestandorte gesichert werden.
232

233 Wir fordern konkret:

- 234 • Die Unterstützung der Wasserstoffproduktion in Gebieten, in denen reichlich erneuerbare Energie verfügbar ist. Die Bedeutung der Wasserstoffproduktion im globalen Kontext muss durch angemessene
235 Beteiligung an den Gewinnen der Produktion deutlich werden.
236
- 237 • Eine Erhöhung der Förderung von grünem Wasserstoff im Rahmen des Transformationsfonds und die
238 Unterstützung von Unternehmen, die auf Wasserstoff als Alternative zu fossilen Energien setzen.
- 239 • Die alte Gasnetz-Infrastruktur muss schnellstmöglich auf die Beimischung von Wasserstoff eingestellt
240 werden. Dafür braucht es feste Beimischungsquoten.
- 241 • Ein massiver Ausbau des Wasserstoffpipelinesetzes und Umbau der Gaspipelines für den Wasserstoff-
242 transport.
- 243 • Die Industrie muss schnellstmöglich umgebaut werden, hin zur CO₂-Neutralität durch die Nutzung von
244 Wasserstoff.
- 245 • Der Einsatz von Wasserstoff muss verpflichtend gemacht werden.

246 Kreislaufwirtschaft als langfristiges Ziel

247 Ressourcen und Rohstoffe sind auf dieser Welt nur endlich vorhanden. Die Wiederverwendung und das Recycling von Produkten verlangsamt die Reduktion natürlicher Ressourcen, verringert die Zerstörung von Landschaften und Lebensräumen und trägt dazu bei, den Verlust der biologischen Vielfalt zu begrenzen. Wir müssen ein Gleichgewicht schaffen, zwischen Verbrauch und natürlicher Regeneration von Ressourcen. Die Endlichkeit von Ressourcen fordert die Wiederverwendung ebendieser.
248
249
250
251

252 Viele Ressourcen, die in modernen Technologien Verwendung finden, werden unter miserablen Bedingungen gefördert und abgebaut. Kinderarbeit, Ausbeutung und gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen sind keine Seltenheit. Diesen Missständen wird durch Recycling und Wiederverwendung von Produkten und Rohstoffen die Grundlage entzogen.
253
254
255

256 Die Verantwortung für Recycling kann dabei nicht nur bei den Konsument*innen liegen, sondern muss im Design und in der Herstellung der Produkte durch die Unternehmen angelegt sein. Dafür braucht es klare gesetzliche Rahmenbedingungen, die die Unternehmen dazu verpflichten, verantwortungsvoll mit Rohstoffen umzugehen.
257
258
259

260 Wir fordern konkret:

- 261 • Verbindliche kontinuierlich steigende Recyclatquoten bei allen Produkten.
- 262 • Prozesse müssen so ausgestaltet werden, dass Abfälle unternehmensübergreifend anders genutzt werden können.
263
- 264 • Bevor Produkte produziert werden, müssen zuvor Recyclingpläne für diese ausgearbeitet werden.
- 265 • Gebrauchsgüter müssen auf lange Zeit produziert werden können, um möglichst lang nutzbar zu sein. Teile des Produkts müssen für diesen Zweck bei der Weiterentwicklung austauschbar sein.
266
- 267 • Sollbruchstellen/ geplanter Verschleiß bei Produkten müssen verboten und zurückgedrängt werden.
- 268 • Right to repair: Produkte müssen reparierbar sein. Unser Ziel sind Produkte, die in ihre Bestandteile zerlegbar sind.
269
- 270 • Der Staat muss Reparatur als Dienstleistung fördern.
- 271 • Unternehmen müssen ihre bestehenden, teilweise nicht zukunftsfähigen Geschäftsfelder durch konsequente Digitalisierung transformieren.
272

273 Ohne Infrastruktur keine Transformation

274 Die Versorgung mit klimaneutraler Energie, der klimaneutrale Transport von Gütern auf elektrifizierten Schie-
275 nenverbindungen und vieles mehr erfordern eine gute Infrastruktur. Hier haben wir in Deutschland in den
276 vergangenen Jahren einen immer stärkeren Investitionsstau angehäuft. Ohne diese Infrastruktur und vor al-
277 lem ohne verbindlich gesetzlich geregelte Ausbauziele für diese Infrastruktur (Infrastrukturgarantien) werden
278 Unternehmen nicht bereit sein, ihrerseits notwendige Investitionen zu tätigen.

279 Zusätzlich zum politischen Willen und Beschlüssen in Parlamenten, ist es gleichzeitig notwendig, den Aus-
280 bau auch operativ zu beschleunigen und zu priorisieren. Hierfür braucht es eine Modernisierung von Pla-
281 nungsverfahren, eine ehrliche Überprüfung von Bürokratie und Vorgaben sowie deutlichen politischen Wider-
282 stand gegen Not-in-my-backyard-Initiativen, die mit hanebüchenen Argumentationen wichtige Projekte blo-
283 ckieren.

284 Bestehende Infrastruktur fossiler Energieträger soll umgebaut und umgerüstet werden, um perspektivisch
285 CO2-freie Energie zu transportieren, zu erzeugen, zu speichern und zu verbrauchen.

286 Konkret fordern wir:

287 • Einen schnellen und konsequenten Ausbau der Infrastruktur im Bereich der erneuerbaren Energien
288 (Energiequellen und -Netze), Transport (Schiene), Kommunikation (Glasfaser).

289 • Mehr Geld und höhere Mittel für den Infrastrukturausbau.

290 • Beschleunigung von Planungsverfahren durch eine kritische und ehrliche Überprüfung von bürokrati-
291 schen Prozessen.

292 • Politischer Widerstand zu NIMBY-Initiativen.

293 • Infrastruktur ist zu wichtig, um das zugehörige Ministerium der FDP zu überlassen.

294 Was es sonst noch braucht

295 Wir wollen in diesem Antrag viele der bestehenden Beschlusslagen nicht wiederholen, sondern lediglich be-
296 kräftigen. Dazu gehören unsere grundsätzlichen Positionen zu notwendigen Reformen des Steuersystems in
297 Bezug auf hohe Einkommen und Vermögen hin zu mehr globaler Steuergerechtigkeit und Steuervermeidung.
298 Auch umfangreiche Positionierungen im Kontext von betrieblicher Mitbestimmung oder der Bedeutung von
299 Arbeit und der Organisation der arbeitenden Klasse sind essentiell. Auch Wege des Ausbaus erneuerbarer
300 Energien wurden an anderer Stelle aufgezeigt. Der Ausbau dieser ist weiterhin essentiell für eine Transforma-
301 tion.

A Arbeit und Ausbildung

A Arbeit und Ausbildung

A-1	Jusos Oberpfalz	Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!	22
A-2	Jusos Niederbayern	Reformation des Bundesfreiwilligendienstes (BFD)	24
A-6	Jusos Mittelfranken	Faire und angemessen Bezahlung für Alle: Stopp für unbezahlte und schlechtbezahlte Praktika	27

A-1

Titel	Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
Antragsteller*innen	Jusos Oberpfalz
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

- 1 Adressat*innen: Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPDBundespartei-
2 tag
- 3 Wir fordern eine Absenkung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von derzeit, im Regelfall 48 Stunden (mit
4 Samstag) und im Sonderfall 60 Stunden (mit Samstag), auf 25 Stunden im Regelfall und im Sonderfall auf 30
5 Stunden. Dies soll einer 4 Tage Woche entsprechen, bei einer täglichen Arbeitszeit von 5 Stunden im Regelfall,
6 bzw. einer 5 Tage Woche bei einer täglichen Arbeitszeit von 5 Stunden im Sonderfall, welche so auch Eingang
7 in ein neues Arbeitszeitgesetz finden soll.
- 8 Die Sonderregelung zu 10-stündigen Arbeitstagen soll über betreffende Branchen- und
9 Tarfbereiche hinweg schrittweise geprüft und abgeschafft werden, mit einem Übergangszeitraum von höchst-
10 tens 5 Jahren.
- 11 Bei der Absenkung der Arbeitszeit fordern wir den vollen Lohnausgleich ein. Das heißt, dass bei einer Arbeits-
12 zeitverkürzung von etwa 52,08 %, der im Arbeitsvertrag vereinbarte Stundenlohn mit Gesetzesänderung um
13 den gleichen Teil steigen muss.
- 14 Wir fordern des Weiteren eine Sonderregelung, in der Arbeitgeber:innen, welche in
15 Auftragsspitzen auf Mehrarbeit angewiesen sind, für einen zu beschränkenden Zeitraum und nur mit Zustim-
16 mung des Betriebsrates oder der Tarifvertragspartei zu einem 35-Stunden-6-TageModell zurückkehren kön-
17 nen. Allerdings muss hier zusätzlich zu den ohnehin um 52,08% gestiegenen Lohn, eine Mehrarbeitspauschale
18 gezahlt werden. Für die Arbeitnehmer:innen muss zu jedem Zeitpunkt Wahlfreiheit zwischen der Mehrarbeit-
19 überkompensation und der 4-Tage Woche gewährleistet werden. Diese Sonderregelung darf maximal für ein
20 halbes Jahr am Stück gelten.
- 21 Begründung:
- 22 Es ist keine besonders radikale Feststellung, dass wir zu viel arbeiten. Stress, Unzufriedenheit,
23 Erschöpfung bis hin zum Burn-out, Depressionen. Das sind die Symptome einer ausgereizten Leistungsgesell-
24 schaft. Unsere Arbeitszeit hindert uns an Freizeitgestaltung, wie Bildung, politischer Organisation, kultureller
25 Teilhabe, familiärer Teilhabe. Als Sozialist:innen wollen wir eine Utopie schaffen, die man nicht per Gesetz
26 diktieren kann, allerdings kann man sich den Weg dorthin planen. Eine Reform der Arbeitszeit ist ein ent-
27 scheidendes Mittel, um zurück auf diesen Weg zu kommen.
- 28 Explizit sprechen wir uns mit diesem Antrag für das Isländische-, nicht das Belgische-Modell aus. Der Unter-
29 schied besteht darin, dass in Island die gesamte wöchentliche Arbeitszeit gesenkt wurde und arbeitende Men-
30 schen einen freien Tag gewonnen haben. In Belgien wiederum haben sich die Arbeiter:innen einen freien Tag
31 mit vier späten Feierabenden erkaufte. In diesem Fall findet CareArbeit und Freizeitgestaltung, welche nun an

- 32 den vier Arbeitstagen keinen Platz mehr hat, einfach an dem freien Tag statt. Es handelt sich also um eine
33 Verlagerung, nicht um eine Entlastung.
- 34 Es wird Branchen geben, in denen die Umstellung, dank jetzt schon vorherrschender Sparzwänge, im Perso-
35 nalsbereich schwierig wird. Deswegen fordern wir auch eine Umstellungszeit von bis zu 5 Jahren. Das ist genug
36 Zeit, um den neuen Bedarf mit in den Ausbildungsbedarf einzukalkulieren.
- 37 Eine Überkompensation bei Mehrarbeit kann gewährleisten, dass es den individuellen
38 Ansprüchen von bspw. jungen Familien und ledigen Arbeiter:innen gerecht wird. So wird erlaubt, dass der Fo-
39 kus auf Mehreinnahmen durch Mehrarbeit oder auf mehr Freizeit ohne unmittelbaren Einkommenseinbruch
40 gelegt wird.

A-2

Titel	Reformation des Bundesfreiwilligendienstes (BFD)
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

Reformation des Bundesfreiwilligendienstes (BFD)

- 1 Der Bundesfreiwilligendienst, kurz BFD oder Bufdi, ist mittlerweile über zehn Jahre alt. Gegründet als Nachfol-
 2 gestruktur des Zivildiensts, der gemeinsam mit dem Aussetzen des Wehrdiensts wegfiel. Im Allgemeinen wird
 3 der BFD als Erfolg angesehen, zuletzt (Stand 2021) mit bundesweit über 37.000 Freiwilligen. Anders als ein FSJ/
 4 FÖJ usw. richtet sich der BFD nicht nur an junge Menschen, sondern an Menschen aller Altersgruppen. Trotz-
 5 dem nehmen diese Möglichkeit vor allem Personen in einem Alter von bis zu 26 Jahren wahr, etwa 80%. Während
 6 der BFD seit seiner Einführung von den Freiwilligen gut angenommen wurde, die Zielmarke von 35.000 Freiwil-
 7 ligen wurde schon 2012 erreicht, hält sich Kritik aber dennoch hartnäckig: von der Schaffung von billigen und
 8 unqualifizierten Arbeitskräften, als Alternative zu Ein-Euro-Jobber*innen, über die Unterbezahlung, hin zum
 9 Ausnutzen von sozialem Engagement.
- 10 Problematisch ist auch, dass das Wahrnehmen eines solchen Freiwilligendienstes noch immer ein Privileg dar-
 11 stellt. Gerade junge Menschen mit eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten, die nicht von ihren Eltern oder
 12 sonstigen Verwandten und Bekannten bezuschusst werden können, werden hier ausgeschlossen. Denn der
 13 BFD stellt als freiwilliges Engagement einen unentgeltlichen Dienst dar, die Freiwilligen bekommen keinen
 14 Lohn, sondern eine
- 15 Aufwandsentschädigung. Diese besteht aus einem monatlichen Taschengeld von bis zu 426€ (Stand 2021) bei
 16 einem Vollzeiteinsatz. Dazu kommen, je nach Gutdünken der Einsatzstelle, beitragspflichtige Einnahmen in
 17 der Sozialversicherung dazu: Geld für Verpflegung (bis zu 236€, Stand 2021) und Unterkunft (höchstens 223€,
 18 Stand 2021). Ob neben dem Taschengeld weitere
- 19 Leistungen angeboten oder bezahlt werden, entscheidet die Einsatzstelle, genau, wie über die Höhe des Ta-
 20 schengeldes. Leider verzichten viele Einsatzstellen darauf, diese Leistungen anzubieten, die Freiwilligen wer-
 21 den weder direkt mit Verpflegung und Unterkunft versorgt, noch indirekt durch finanzielle Leistungen. Das
 22 kann auch kaum verwundern, denn während der Bund einen Teil, oder die Gesamthöhe des Taschengeldes
 23 trägt, müssen jegliche Zusatzleistungen von der Einsatzstelle selbst übernommen werden. Wie die Einsatzstel-
 24 len mit der konkreten Nachfrage nach den Zusatzleistungen umgehen unterscheidet sich stark, während die
 25 einen ihren
- 26 Freiwilligen ein Engagement ermöglichen wollen und ihnen finanziell entgegenkommen, reagieren andere ir-
 27 ritiert, schließlich ist das Ziel des BFDs doch nicht die Bezahlung, sondern die Erfahrung und Unterstützung
 28 anderer. Dass der Einsatz aber für viele gerade junge Menschen, die selbst für ihren Unterhalt aufkommen
 29 müssen zum „Draufzahlgeschäft“ wird, wird dabei geflissentlich übersehen.
- 30 Auch die Fahrtkosten werden nur in manchen Fällen freiwillig von der Einsatzstelle übernommen, während
 31 also beispielsweise Soldat*innen kostenlos den ÖPNV nutzen dürfen, geht bei manchen Freiwilligen ein Viertel
 32 ihrer Aufwandsentschädigung für Fahrtkosten drauf.
- 33 Gerade wenn zeitlicher Aufwand und finanzielle Entschädigung nebeneinander gestellt werden zeigt sich eine
 34 große Diskrepanz und es wird klar, warum die Durchführung eines
- 35 Freiwilligendienstes vor allem eine Frage der eigenen Finanzkraft ist. Bis zum Alter von 27 müssen die Freiwil-
 36 ligen Vollzeit (40 Stunden pro Woche) arbeiten, ab 27 Jahren besteht die Möglichkeit einen Dienst in Teilzeit mit

37 20 Stunden durchzuführen. Bei einem maximalen Taschengeld wären das weniger als 2,50€ pro Stunde, weit
38 entfernt vom aktuellen Niveau des Mindestlohns. Da sich der BFD aber eben auch an Menschen über 27 Jah-
39 ren richtet, kommt das Konzept dem Ein-EuroJob gleich. Hartz-IV-Empfänger*innen dürfen nur einen Bruchteil
40 der Aufwandsentschädigung behalten, während sie zwischen 20 und 40 Stunden in der Woche arbeiten. Was
41 als

42 Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt oder Dienst an der Gesellschaft dargestellt wird, zeigt für seine Frei-
43 willigen nur wenig Wertschätzung und hat noch weniger Potenzial zu motivieren. Für viele von ihnen ist der
44 BFD also nur eine weitere Form von prekären Beschäftigungsverhältnissen.

45 Ergänzt wird die Arbeit in der Einsatzstelle durch insgesamt 25 Seminartage, meist mit

46 Betreuer*innen, die über den Einsatz hinweg als Ansprechpersonen fungieren, sollte es Probleme oder Un-
47 klarheiten bei der Einsatzstelle geben. In den meisten Fällen findet das erste Seminar aber nicht unmittelbar
48 vor dem Einsatz statt und es vergehen Wochen bis Monate, was dazu führt, dass sich viele Freiwillige nicht
49 über ihre Rechte und Pflichten im klaren sind. Manchen wird klar, dass sie zu wenig bezahlt werden, dass es
50 theoretisch Zusatzleistungen geben könnte, wenn die Einsatzstelle dies nur wollte, oder dass sie wie haupt-
51 amtliche Mitarbeiter*innen eingesetzt werden und es ihnen an Supervision und Anleitung mangelt, sie allein
52 gelassen werden. Wer und in welcher Form die Bufdis pädagogisch betreut ist aber gesetzlich nicht vorgege-
53 ben, deshalb unterscheidet sich die Qualität dieser Betreuung von Dienort zu Dienort. Die pädagogische
54 Qualifikation, der Umfang der Betreuer*innen und ihr Wissen über die Rechte der ihnen Anvertrauten wird
55 also nicht sichergestellt.

56 Anders als bei anderen Freiwilligendiensten wird nicht klar festgelegt, welche Aufgabenbereiche durch Bufdis
57 abgedeckt werden dürfen. In manchen Kommunen gilt Unkrautjäten deshalb jetzt als Ehrenamt, mitfinanziert
58 vom Bund. Es ist daher kaum verwunderlich, dass 2018 ein Drittel aller Bufdis ihren Dienst abbrachen, viele
59 wegen Unterforderung und scheinbar sinnlosen Aufgaben. Gleichzeitig ist auch der Teil der Bufdis, die sich
60 stark überfordert fühlen und die unzufrieden mit den Arbeitsbedingungen sind sehr groß. Viele Bufdis werden
61 wie Fachkräfte eingesetzt, betreuen ohne weitere Aufsicht Kinder, sind alleine auf Station und werden nur
62 ungenügend angeleitet. Das Recht auf Anleitung wird in vielen Dienststellen nur inkonsequent durchgesetzt.
63 Eine zusätzliche Arbeitskraft lohnt sich nunmal besser, wenn sie auch selbstständig arbeitet und einen Teil des
64 Arbeitsaufwands vollständig übernimmt.

65 Bleibt noch die Arbeitsmarktneutralität, übernommen vom Zivildienst. Diese Regelung soll eigentlich verhin-
66 dern, dass Arbeitsplätze verloren gehen und durch billige Freiwillige gestopft werden. Genauso dient sich auch
67 in gewisser Weise dem Schutz der Freiwilligen, denn sie dürfen nur als Zusatz, nicht als Ersatz eingesetzt wer-
68 den, sowohl in ihrer Stelle, als auch im täglichen Betrieb. Diese Regelung hat sich aber als stumpfes Schwert
69 herausgestellt. Dass über 35.000 Menschen einerseits wertvolle gemeinnützige Arbeit verrichten und gleich-
70 zeitig keine Jobs zerstören, oder ihre Schaffung verhindert wird, ist kaum glaubhaft. Es gehen durch die un-
71 genauen Vorgaben bezüglich der Aufgabenfelder also Arbeitsplätze verloren, die mit dem Mindestlohn oder
72 mehr entlohnt werden können und sollten. Stattdessen wird auf die Ausbeutung junger Menschen und von
73 Menschen in prekären Verhältnissen abgezielt.

74 Vordergründig wird der BFD also gemeinhin als gemeinnützig und sozial sinnvoll angepriesen, die Sinnhaftig-
75 keit eines freiwilligen Dienstes oder Engagements im Allgemeinen soll hier gar nicht kritisiert werden. Aber
76 auch wenn zumindest offiziell keine politische Absicht hinter der Einführung des BFDs steht, ist doch ganz
77 deutlich, dass hier eine neue Form des Prekariats geschaffen wurde, in der Menschen ausgebeutet werden,
78 um den Arbeitsmarkt mit billigen Arbeitskräften zu fluten. Dies können wir nicht dulden.

79 Deshalb fordern wir: die Erhöhung der Mindest- und Höchsthöhe des Taschengeldes und der Zusatzleistungen
80 die Verpflichtende Auszahlung von Zusatzleistungen auf Wunsch der Freiwilligen die Möglichkeit für Freiwillige,
81 sich während ihrem Einsatz, ähnlich wie Bafög-Empfänger*innen, von den Rundfunkgebühren befreien zu
82 lassen

83 die Schaffung einer gesetzlichen Regelung, was von einem BFD abgedeckt wird, um die Schaffung von Stellen
84 ohne sozialen/ ehrenamtlichen Charakter zu unterbinden die Vereinfachen des Wechselns der Einsatzstellen
85 die Stärkere Kontrolle der Einsatzstellen, zum Schutz der Freiwilligen eine bundeseinheitliche gesetzliche Re-
86 gelung, wer und in welcher Form die Bufdis pädagogisch betreut

- 87 die Verankerung und Stärkung der Rechte von Bufdis bezüglich Arbeitnehmer*innenrechte, Mitbestimmung
- 88 und Repräsentation

A-6

Titel	Faire und angemessenen Bezahlung für Alle: Stopp für unbezahlte und schlechtbezahlte Praktika
Antragsteller*innen	Jusos Mittelfranken
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag, SPE

Faire und angemessenen Bezahlung für Alle: Stopp für unbezahlte und schlechtbezahlte Praktika

- 1 Wir fordern:
- 2 1. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns für Praktikant*innen, die über 18 Jahre alt sind und/oder
3 kein verpflichtendes Praktikum absolvieren. Dieser Anspruch verpflichtet sowohl öffentliche Institutionen,
4 Körperschaften und Anstalten als auch privatrechtliche Unternehmen und Vereinigungen.
 - 5 2. Die Einführung eines gesetzlichen Anspruchs auf Auszahlung einer, an die jeweilige Ausbildungsvergütung
6 oder die Mindestausbildungsvergütung zu 100% angekoppelte Praktikumsentschädigung, mindestens in Höhe
7 des aktuell geltenden Mindestlohns, für Praktikant*innen unter 18 Jahren und/oder
8 Praktikant*innen, die ein verpflichtendes Praktikum absolvieren. Dieser Anspruch verpflichtet sowohl
9 öffentliche Institutionen, Körperschaften und Anstalten als auch privatrechtliche Unternehmen und
10 Vereinigungen.
 - 11 3. Die Auszahlung der Praktikumsvergütung bzw. Praktikumsentschädigung muss fortlaufend mit der regulären
12 Lohnauszahlung erfolgen. Die Auszahlung der Praktikumsvergütung bzw. Praktikumsentschädigung darf nicht
13 verzögert und/oder gebündelt nach der Praktikumszeit erfolgen.
 - 14 4. Der Zugang zu den sozialen Sicherungsrechten, wie der gesetzlichen Krankenversicherung und der Arbeitslosenversicherung,
15 soll unter den für reguläre Arbeitnehmer*innen gesetzten Bedingungen auch bei längeren Praktika möglich sein,
16 wie z.B. einem Praktikum über die Semesterferien. Kurzfristige Praktika, wie ein einwöchiges Schulpraktikum,
17 sind von den sozialen Sicherungsrechten ausgeschlossen.
 - 18 5. Der Europäische Gesetzgeber soll eine dementsprechende Richtlinie vorlegen, die von den Mitgliedstaaten
19 umgesetzt werden muss. Fehlt dem europäischen Gesetzgeber die Kompetenz, so sollen die deutschen
20 Gesetzgeber tätig werden.

B Bildung

B Bildung

B-4 Weil Bildung jeden Cent wert ist: Investitionsoffensive jetzt!

29

B-4

Titel Weil Bildung jeden Cent wert ist: Investitionsoffensive jetzt!

Antragsteller*innen

Adressat*innen

Weil Bildung jeden Cent wert ist: Investitionsoffensive jetzt!

- 1 Trotz diverser Bemühungen wächst die Bildungsungleichheit in Deutschland auf ein demokratiegefährdendes
 2 Niveau. Deshalb braucht es eine massive Erhöhung der Bildungsausgaben und damit einhergehend einen
 3 radikalen Wandel in der Bildungspolitik.
- 4 Heute heißt Arbeit im und am Bildungssystem in Bayern vielerorts vor allem eines, nämlich Mangelverwaltung.
 5 Von der Kita bis zur Hochschule vom Berufsausbildungszentrum bis zur VHS finden wir zahlreiche Beispiele
 6 von Bildungsstätten mit undichten Dächern, fehlender oder veralteter technischer Ausstattung, versifften Toi-
 7 letten und ausgefransten Lehrbüchern. Damit aber nicht genug, was in einem chronisch unterfinanzierten
 8 Bildungssystem zuallererst auf der Strecke bleibt, ist der Mensch. Was das bedeutet, sehen wir beispielsweise
 9 an nur zu vielen
- 10 Schulen in Bayern, schlechte Bezahlung, nicht mehr zeitgemäße Studiengänge und fehlende
 11 Karriere Perspektiven überzeugen bereits seit langer Zeit zu wenige junge Menschen vom
- 12 Lehrer*innen-Beruf. Das Ergebnis sind katastrophale Betreuungsschlüssel, Unterrichtsausfall, Lehrkräfte, die
 13 Berge an Überstunden anhäufen oder durch unbezahlte Überstunden, die vielerorts als Selbstverständlichkeit
 14 gelten, ausgebeutet werden. Darum steht für uns an allererster Stelle die Forderung – Wer im Bildungssystem
 15 arbeitet, soll für jede geleistete Stunde auch angemessen entlohnt werden und am Ende mit einem Gehalt
 16 nach Hause gehen, der nicht nur gerade so für den Lebensunterhalt ausreicht, sondern tatsächlich auch der
 17 immens hohen Wichtigkeit der Bildungsarbeit einen entsprechenden Stellenwert beimisst. Darum fordern wir
 18 auch weiterhin, die Bezahlung nach A13 auf alle Schulzweige auszuweiten, um den Lehrer*innen aber auch
 19 den Schüler*innen kurzfristig an allen Schulzweigen den gleichen Wert beizumessen. Langfristig braucht es
 20 eine Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem und die Einführung der solidarischen Gemeinschaftsschule. Dar-
 21 über hinaus müssen pädagogische, (fach-) didaktische wie auch rein fachliche Fort- und Weiterbildungsmög-
 22 lichkeiten geschaffen, ausgebaut und finanziert werden, um zum einen mit der Dynamik einer Zeit des steti-
 23 gen Wandels Schritt halten zu können, zum anderen aber auch der Erwartungshaltung junger Lehrer*innen
 24 gerecht zu werden, auch im Lehrberuf stets auch selbst weiterlernen zu können, um tagesaktuelles Wissen
 25 vermitteln zu können. Doch denken wir in unserer Forderung für gute Arbeit im Bildungssystem freilich nicht
 26 nur an Lehrer*innen. Genauso soll das weitere Personal an Schulen und die Menschen, die in
- 27 Kindergärten und -tagesstätten, wie auch an den Hochschulen und Universitäten, oder eben im
- 28 Bereich der dualen Ausbildung mit ihrer Arbeit die Grundlage für alle Bereiche unserer Gesellschaft legen,
 29 entsprechend den vielfältigen und anspruchsvollen Herausforderungen, die der jeweilige Beruf mit sich bringt,
 30 entlohnt werden.
- 31 Neben der Finanzierung ausreichender und gut bezahlter Stellen über die gesamte bayerische Bildungsland-
 32 schaft hinweg setzen wir uns ebenso für das, was eigentlich selbstverständlich sein sollte, nämlich gute und
 33 funktionierende Infrastruktur an den Bildungsstätten Bayerns und das auf der Höhe der Zeit. Dazu gehört
 34 nicht nur, dass beispielsweise Sanitäreinrichtungen in zumutbarem Zustand gehalten werden müssen und Abdich-
 35 tungsarbeiten an Dächern auch ohne jahrelange Wartezeiten möglich sein müssen. Auch müssen kostenlos

36 ausgegebene Lehrmittel zur Verfügung stehen, zu denen in einem zeitgemäßen Bildungssystem auch digitale
37 Endgeräte zählen. Wir bestehen auf den Grundsatz der kostenlosen Bildung von der Kita bis zum letzten Ab-
38 schluss und akzeptieren auch keine Gebühren durch die Hintertür in Form von Kopiergeld, Büchergeld oder
39 Ähnlichem!

40 Ein weiteres Defizit im bayerischen Schulsystem ist der intentionale Mangel an Solidarität. Die zuvor angepran-
41 gerten Missstände treffen selbstverständlich nicht auf jede Bildungseinrichtung in Bayern zu. Es sind aber in
42 vielen Aspekten lediglich vereinzelte "Leuchtturmprojekte" des Freistaats, in die dann zahlreiche Fördergelder
43 fließen, während die breite Masse das Nachsehen hat. Das ist für uns zu wenig, wir wollen gute Bildung und
44 gute Arbeit für alle und nicht nur für einige wenige Privilegierte, die dann als Feigenblatt dienen, um über die
45 vielen Missstände hinwegzutäuschen.

46 Das jetzige Bildungssystem hinterlässt viele Probleme, die es zu bewältigen gilt. Diese Probleme sind jedoch
47 systemischer Natur, sodass es einen radikalen Wechsel im Bildungssystem braucht, um an die Wurzeln der
48 Probleme zu gehen. Wir fordern daher eine Lehrer*innenoffensive, die das Problem des Lehrkräftemangels
49 bekämpft. In diesem Zusammenhang muss auch die

50 Lehrkräfteausbildung grundsätzlich verändert werden. Das Staatsexamen muss abgeschafft werden und eine
51 Bachelor- und Masterausbildung mit freier Fächerwahl geschaffen werden, in die eine über Mindestlohn ver-
52 gütete Praxisphase an Stelle des Referendariats tritt. Quereinsteiger*innen müssen vom ersten Tag an an-
53 gemessen vergütet werden und Zugang zu pädagogischer und psychologischer Qualifikation bekommen, um
54 nach abschließen der Fortbildung allen anderen Lehrer*innen gleichgestellt werden zu können. Das dreigliedri-
55 ge Schulsystem muss endlich durch das Modell der solidarischen Gemeinschaftsschule ersetzt werden, was
56 unterschiedliche Bezahlungen und schultypspezifische Lehramtsausbildungen hinfällig machen wird. Mit Hilfe
57 von mehr Personal und einem breiteren Angebot kann ein qualitativ besseres und besser auf das Individuum
58 zugeschnittenes Lehren gewährleistet werden. Dazu braucht es eine bessere Ausstattung der institutionellen
59 Lernumgebungen.

60 Neben dem Mangel an Geld, gibt es aber auch Probleme beim Beschaffungswesen. Dies hängt auch stark mit
61 der föderalen Struktur des Bildungswesens zusammen. Mit dem Digitalpakt Schule stellte die damalige GroKo
62 ein Budget zusammen für die Digitalisierung der Schulen.

63 Erstaunlicherweise bedurfte es damals einer Grundgesetzänderung, weil zum damaligen Zeitpunkt das Ko-
64 operationsverbot es der Bundesregierung verbot den Ländern für die Schulen Geld bereit zu stellen. Dieses
65 Beispiel verdeutlicht, es braucht eine Abkehr vom föderalen Bildungssystem. Vom bereitgestellten Geld wurde
66 bisher immer noch kaum was abgehoben, weil die Verfahren zu kompliziert und bürokratisch sind.

67 Lange hieß es in der Politik, es ist für diverse wichtige Vorhaben kein Geld da. Die AmpelRegierung hat gezeigt,
68 dass es durchaus ausreichend Geld gibt, es braucht lediglich den politischen Willen, Projekte umzusetzen und
69 zu finanzieren. Die Tatsache, dass innerhalb von kürzester Zeit ein Sondervermögen für die Bundeswehr auf
70 den Weg gebracht werden konnte, zeigt dass mit genug politischem Willen auch eine ausreichende Finanzia-
71 rung des Bildungssystems möglich ist.

D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

D-1	Supermärkte vergesellschaften	32
D-6	Jusos Schwaben Pferde sind keine Polizeiausrüstung – Pferdestaffeln bei der Polizei abschaffen!	35

D-1

Titel	Supermärkte vergesellschaften
Antragsteller*innen	
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz

Supermärkte vergesellschaften

- 1 Supermärkte vergesellschaften!
- 2 Die Versorgung mit Lebensmittel ist existentiell. Deshalb muss die Lebensmittelversorgung Teil der öffent-
- 3 lichen Daseinsvorsorge werden und als solche unabhängig von privaten Profitinteressen und Marktlogiken
- 4 organisiert sein. Um uns mit Lebensmittel zu versorgen ist der Besuch des
- 5 Supermarktes unverzichtbar. Die Durchsicht der Werbeprospekte nach günstigen Angeboten sind Beleg da-
- 6 für, dass Supermärkte nicht nur auf die Preise, sondern auch auf die Art unserer Ernährung großen Einfluss
- 7 haben.
- 8 Diese wichtige Aufgabe darf nicht dem Profitinteresse privater Supermarktkonzerne unterworfen sein. Des-
- 9 halb fordern wir die konsequente Vergesellschaftung und Demokratisierung der Supermarktkonzerne, damit
- 10 wir gemeinsam darüber entscheiden können, was und zu welchen Preisen Nahrungsmittel verkauft werden
- 11 und wie sie produziert werden sollen.
- 12 Private Gewinne an Lebensgrundlage verbieten
- 13 Zu den Konsumgüter des täglichen Bedarfs zählen neben Lebensmitteln auch alkoholfreie und alkoholische
- 14 Getränke, Tabakwaren, Körperpflegemittel und Kosmetik, Wasch-, Putzund
- 15 Reinigungsmittel, Papierhygiene und Heimtierbedarf. All das kaufen wir vorrangig bei REWE, Penny, Kaufland,
- 16 LIDL, ALDI, EDEKA, Netto und Co ein. Die fünf größten Lebensmittelkonzerne, die jeweils unterschiedliche Dis-
- 17 counter und Lebensmittelvollsortimenter unter ihrem Dach vereinen, haben so in Deutschland einen Markt-
- 18 teil von 75%, ihre Nettogewinne stiegen insbesondere während der Pandemie gewaltig und die Besitzer*innen
- 19 gehören zu den Top-Milliardär*innen in Deutschland.
- 20 Gleichzeitig muss davon ausgegangen werden, dass 12,5 Millionen Menschen in diesem Land, die unter der
- 21 Armutgefährdungsquote leben, zumindest zeitweise von Ernährungsarmut betroffen sind. Menschen, die Ar-
- 22 mutsrisiko ausgesetzt sind, sind außerdem häufiger Opfer von chronischen
- 23 Erkrankungen – wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes. Diese sind auch auf die Ernährung zurück-
- 24 zuführen. Das ernährungsbedingte Krankheitsrisiko ist eine große soziale Ungerechtigkeit, die wir bekämpfen
- 25 müssen.
- 26 Ernährung ist eine Klassenfrage!
- 27 Es ist nicht akzeptabel, dass das Kapital einiger weniger auf Kosten der vielen weiter wächst. Die Versorgung
- 28 der Bevölkerung mit existentiellen Konsumgütern darf nicht der Kapitalvermehrung dienen. Der Zweck muss
- 29 der bezahlbare Zugang zu gesunden und ausgewogenen Lebensmittel für alle Menschen sein.
- 30 Gesunde und bezahlbare Lebensmittel für alle
- 31 1,65 Millionen Menschen waren in Deutschland im Jahr 2021 regelmäßig auf Lebensmittel von
- 32 Tafeln angewiesen. Gemeinnützige Träger kompensieren so ein Problem, dass durch niedrige Renten, unzu-
- 33 reichende Grundsicherung und Erwerbsarmut verursacht werden. Unser Ziel ist es, durch die Bekämpfung von

34 Armut Tafeln überflüssig zu machen und dafür zu sorgen, dass durch Demokratisierung und Vergesellschaftung von Supermärkten gesunde Lebensmittel selbstbestimmt erworben werden können. Der kapitalistische Markt ist dieser Herausforderung nicht gewachsen. Das Profitinteresse der Supermarktkonzerne führt dazu, dass insbesondere nährstoffarme und verarbeitete Lebensmittel mit hohen Gewinnspannen günstig verkauft werden. Das führt mitunter dazu, dass von Armut betroffene Menschen am Ende des Monats häufig auf Obst und Gemüse verzichten und dafür schnell sättigende Lebensmittel kaufen.

40 Um den Widerspruch zwischen bezahlbarer und gesunder Ernährung einerseits und zwischen nachhaltigen Produktionsbedingungen und gerechter Bezahlung von Erzeuger*innen andererseits auflösen zu können, bedarf es eines staatlichen Eingriffs und ein grundlegende Umstrukturierung von Subventionen. So muss die massive Ungleichheit, beispielsweise die steuerliche Bevorzugung klimaschädlicher Fleischprodukte, zugunsten einer nachhaltigen, klimafreundlichen und Ernährungssicherheit schaffenden Lebensmittelproduktion angepasst werden.

46 Lebensmittellieferketten, die Ausbeutung überwinden und auf Nachhaltigkeit setzen

47 Die kapitalistische Bewirtschaftung der Agrarflächen beutet unsere Lebensgrundlage genauso wie die Produzent*innen aus. Die auf Ertragssteigerung ausgelegte Bewirtschaftung hat fatale Folgen für die Arten- und Biotopvielfalt. Die Supermarktkonzerne haben daran einen erheblichen Anteil indem sie Kostendruck auf Erzeuger*innen ausüben. Nur langsam ist in Bezug auf nachhaltige Produktion und Tierwohl ein Umdenken zu erkennen. Die Bemühungen sind aber längst nicht ausreichend und lassen insbesondere die Arbeitsbedingungen der Arbeiter*innen außer acht. Mit der Vergesellschaftung von Supermärkten können wir diese unternehmerischen Entscheidungen – die entscheidend für die Bekämpfung des Klimawandels sind – demokratisieren und dafür sorgen, dass existenzsichernde Löhne und Teilhabe an der Wertschöpfung für alle Menschen, die an der Produktion von Lebensmitteln beteiligt sind, gewährleistet werden.

56 Da enormer Preisdruck zwischen verschiedenen Supermärkten existiert versuchen die Konzerne ihre Macht gegenüber den Produzent*innen und Lebensmittelherstellern knallhart auszunutzen, um die Preise zu drücken und die Gewinnmargen zu erhöhen. Dies führt zu enorm belastenden Situation für die Erzeuger*innen und zu Qualitätseinschränkungen in der Herstellung.

60 Lebensmittelverschwendung entgegenwirken

61 In Deutschland werden jedes Jahr 12 Mio. Tonnen Lebensmittelabfälle vernichtet. Davon rund 34% bei der Primärproduktion, Verarbeitung und im Handel. Supermarktkonzerne planen sorgfältig die Produktion von Lebensmitteln und haben somit großen Einfluss auf Lebensmittelverschwendung. Supermärkte sind hochgradig geplante ökonomische Systeme für deren Funktionieren es notwendig ist, weit im voraus zu planen um saisonale Nachfrage und zuverlässige Lieferketten zu gewährleisten. Für diese Planung werden komplexe Datensätze und Algorithmen angewandt, die viele schwankende Variablen berücksichtigen. Daraus können wir ableiten, dass dezentrale

68 Planwirtschaft nicht zwangsläufig zu Mangel führt, sondern im Gegenteil enorme

69 Kapitalanhäufung ermöglichen kann. Wir wollen diese Mechanismen nutzen, um das Gemeinwohl zu steigern, Lebensmittelverschwendung zu bekämpfen und den Zugang zu Lebensmitteln als Daseinsvorsorge begreifen.

72 Gute Arbeit im Supermarkt

73 Die Arbeit der Beschäftigten im Supermarkt ist systemrelevant und elementar für die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Konsumgütern. Mit dem Outsourcing der Beschäftigten in der Reinigung und derjenigen, die vor Ladenöffnung die Regale auffüllen, mit geringfügiger

76 Beschäftigung und geringen Löhnen ist eine Bezahlung, die die Relevanz der Arbeit abbildet, nicht gegeben. Mit der Vergesellschaftung von Supermärkten können Löhne adäquat zum öffentlichen Dienst und gute Arbeitsbedingungen umgesetzt werden.

79 Vergesellschaftung und Demokratisierung, was heißt das?

80 Für die konkrete Organisationsform einer vergesellschafteten und demokratisierten

81 Lebensmittelbranche gibt es unterschiedliche Ansätze. Schon jetzt gibt es in anderen Ländern große genos-
82 senschaftlich organisierte Supermarktketten. Auch in Deutschland ist z. B. EDEKA teilweise als Genossenschaft
83 organisiert, jedoch nicht mit den Konsument*innen als
84 Genoss*innen, sondern mit den Supermarktbetreiber*innen. Gleichzeitig entstehen z. B. mit dem Kartoffel-
85 kombinat in München konkrete genossenschaftlich organisierte Projekte, die ökologische und unter gerechten
86 Bedingungen hergestellte Lebensmittelversorgung anbieten. In derartigen Projekten lässt sich schnell feststel-
87 len, dass der Preis für Lebensmittel, die regional, ökologisch und mit guten Arbeitsbedingungen produziert und
88 verkauft werden, eigentlich höher liegen müsste, als er bei preisgedumpten Discounterkonzernen ist. Höhere
89 Kosten für Lebensmittel, die Ausbeutung entlang der Wertschöpfungskette verhindern, begründen die Not-
90 wendigkeit höherer Löhne und einer entsprechenden Anpassung der Höhe von Sozialleistungen.

91 Neben Genossenschaften sind aber auch kommunale Betriebe denkbar, die einer demokratischen Kontrolle
92 unterstehen. Bestimmte Dienstleistungen für diese kommunalen Betriebe sind wiederum durch eine staatli-
93 che Organisation möglich, die z. B. durch ein Bundesministerium gesteuert wird.

D-6

Titel	Pferde sind keine Polizeiausrüstung – Pferdestaffeln bei der Polizei abschaffen!
Antragsteller*innen	Jusos Schwaben
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesparteitag

Pferde sind keine Polizeiausrüstung – Pferdestaffeln bei der Polizei abschaffen!

- 1 Das Bayerische Innenministerium wird aufgefordert, die bestehenden Reiterstaffeln bei der Bayerischen Po-
- 2 lizei in Munchen, Rosenheim und Nurnberg aufzulosen und die Plane fur die Aufstockung der bestehenden
- 3 Einheiten auf 100 Pferde¹ aufzugeben. Die entlassenen Pferde werden an Gnadenhofe uebergeben. Die Kosten
- 4 fur die Unterbringung, Pflege und Versorgung auf den Hofen werden vom Freistaat getragen. Das Personal der
- 5 Reiterstaffeln wird auf andere Stellen innerhalb der Polizei versetzt.

F Feminismus und Gleichstellung

F Feminismus und Gleichstellung

F-5	Jusos Unterfranken	Safer Spaces – Queeres Netzwerk Bayern bleibt	37
-----	-----------------------	---	----

F-5

Titel	Safer Spaces – Queeres Netzwerk Bayern bleibt
Antragsteller*innen	Jusos Unterfranken
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Safer Spaces – Queeres Netzwerk Bayern bleibt

- 1 50 Prozent und 66 Prozent von 2020 auf 2021. Das sind die Steigerungen bei queerfeindlicher Gewalt aufgrund
2 der sexuellen Orientierung bzw. der sexuellen Identität. Einen landesweiten Aktionsplan gibt es in Bayern
3 trotzdem noch immer nicht. Die fünfzehn anderen Bundesländer sind hier bereits teilweise mehrere Schritte
4 weiter.
- 5 Die Einrichtung des Modellprojekts Queeres Netzwerk Bayern, ist für uns ein erster Schritt um mehr Schutz,
6 Aufmerksamkeit und Aufklärungsarbeit für die spezifischen Themen der LGBTQIA+ Community zu schaffen.
7 Die Finanzierung steht bisher nur bis Ende 2023. Netzwerkarbeit ist kein Sprint, sondern ein Marathon.
- 8 Wir fordern daher:
- 9 • Die dauerhafte Fortführung und Finanzierung. Dazu gehört für uns vor allem die Ausstattung mit Per-
10 sonal und Räumlichkeiten auch außerhalb von München.
 - 11 • Die Einrichtung eines Fördertopfs für queere Projekte im ländlichen Raum.
 - 12 • Jährliche Rechenschaftsberichte über die Situation queeren Lebens in Bayern.
 - 13 • Die Förderung von Bildungs- und Aufklärungsarbeit zum Thema LGBTQIA+ in allen Bildungseinrichtun-
14 gen in Bayern.
 - 15 • Die Anerkennung queerer Bildungsarbeit als Bildungsurlaub.
- 16 Gruppenbezogen Menschenfeindlichkeit lässt sich nicht durch Wegschauen bekämpfen. Sie verschwindet
17 auch nicht, wenn man aufhört darüber zu sprechen. Nur, wenn alle Zusammen den Mehrwert einer offenen
18 und freien Gesellschaft erkennen, können wir Safer Spaces schaffen.

I Internationales und Frieden

I Internationales und Frieden

I-2	Klare Kante gegen den Angriffskrieg – Eindeutige Position in der Türkeipolitik – Jetzt	39
I-5	Für Frieden, Abrüstung und das Ende von Russlands Angriffskrieg	42

I-2

Titel	Klare Kante gegen den Angriffskrieg – Eindeutige Position in der Türkeipolitik – Jetzt		
Antragsteller*innen			
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress,	Juso-Landeskonferenz,	SPD-Bundestagsfraktion

Klare Kante gegen den Angriffskrieg – Eindeutige Position in der Türkeipolitik – Jetzt

1 Deutschland und die Türkei verbindet eine gemeinsame Historie und noch heute zeigen die vielen Menschen,
 2 die sowohl die Türkei als auch Deutschland als ihre Heimat ansehen, die Verbindung der beiden Länder. Wir
 3 bekennen uns zur Verantwortung die Kinder und Enkel der ehemaligen Gastarbeiter*innen, die integrierter
 4 Bestandteil unseres Landes sind, in ihrem Kampf gegen Diskriminierung zu unterstützen und zudem für eine
 5 aktive Völkerverständigung zwischen der türkischen und der deutschen Nation einzustehen. Eine Verbindung
 6 zum türkischen Volk muss aber auch eine klare Ablehnung des aktuellen türkischen Regimes bedeuten, denn
 7 Millionen Menschen, die auf dem Staatsgebiet der Türkei oder in direkter Nachbarschaft leben, leiden am
 8 meisten unter den Praktiken des türkischen Präsidenten Erdogan und seines Regimes. Die Erpressung der
 9 Nato-Staaten seitens der Türkei, die einem Beitritt Schwedens und Finnlands nur deshalb zustimmte, weil
 10 umfassende Zugeständnisse an die Türkei und ihre autoritären und völkerrechtswidrigen Praktiken gemacht
 11 wurden, zeigt einmal mehr, dass es eine neue und klare Türkeipolitik braucht, die sich klar für Menschenrechte
 12 und gegen kriegsrische und autoritäre Handlungen einsetzt. Während die beiden skandinavischen Länder aus
 13 berechtigten Sorgen um ihre Sicherheit, wegen des russischen Angriffskrieges, den Schutz der Nato suchen,
 14 opfert eben jenes Verteidigungsbündnis, das sich als Behüter von liberalen Werten und Demokratie sieht, die
 15 Sicherheit der Kurd*innen und billigte den türkischen Angriffskrieg gegen ein unschuldiges Volk.

16 Die Türkei, die 2005 zum EU-Beitrittskandidaten erklärt wurde, hatte seit 2002, dem Beginn der Regierung der
 17 islamisch konservativen AKP zuerst eine Verbesserung der Menschenrechte gezeigt. Im Freedom House Index,
 18 der von 1 (gut) bis 7 (schlecht) die Menschenrechtslage einschätzt, machte sie einen Schritt von 4,5 (2002) bis
 19 auf 3 (2005), was den Beginn der Beitrittsprozesse ermöglichte. Nachdem dieser allerdings schleppend verlief,
 20 verschlechterte sich die Lage und die Türkei fiel nach den brutal niedergeschlagenen Gezi-Protesten auf 3,5
 21 (2013) und den radikalen Konsequenzen aus dem gescheiterten Putsch 2016 sogar auf 5,5 (2017).

22 Neben der Unterdrückung von Pressefreiheit, Oppositionsrechten, der LGBTIQ-Community und
 23 Frauenrechten, der Behördenwillkür nebst Foltervorwürfen und der inhumanen Behandlung von
 24 Geflüchteten, ist diese Verschlechterung der Menschenrechte an der Behandlung der kurdischen

25 Minderheit deutlich zu erkennen. Das kurdische Volk erhielt nach dem ersten Weltkrieg und der Auflösung des
 26 osmanischen Reiches kein eigenes Staatsgebiet, sein Siedlungsgebiet wurde stattdessen auf die Türkei, Syrien,
 27 den Irak, den Iran und Armenien aufgeteilt. In allen Ländern, besonders in der Türkei, kämpften Kurd*innen
 28 seitdem für mehr Autonomierechte – teilweise auch für Unabhängigkeit. Die Türkei bekämpfte die Bestrebun-
 29 gen seit ihrer Gründung radikale, unabhängig davon, ob westorientiert säkulare, islamisch konservative oder
 30 militärische Kräfte das

31 Land regierten. Kurd*innen wurde über Jahrzehnte unterdrückt, erfuhren jedoch unter Recep Tayyip Erdo
 32 an anfänglich tatsächlich Liberalisierungen in Sprache, Bildung, Religion und politischer Beteiligung und es
 33 wurden sogar Friedensverhandlungen aufgenommen. Ab 2013 wurden Kurd*inne jedoch wieder mit harten

34 Repressionen belegt, wodurch die zuvor gewährten Rechte mehr als revidiert wurden und es zu Parteiverbo-
35 ten, Verhaftungen von Abgeordneten der kurdischen HDP, Absetzung demokratisch gewählter Bürgermeister
36 und Verboten von Medien, Zeitungen und Einrichtungen kam. Die Friedensgespräche wurden einseitig aufge-
37 kündigt und die Regierung Erdogan ging militärisch gegen die kurdischen Gebiete vor, flog sogar Luftangriffe
38 und stellte ganze Dörfer wochenlang unter Hausarrest. Die Versorgungslage in den kurdischen Gebieten ist
39 deutlich schlechter als die in der übrigen Türkei, Behördenwillkür ist an der Tagesordnung, demokratische
40 Teilhabe unmöglich.

41 Doch nicht nur innerhalb der Türkei gehen Sicherheitskräfte radikal und gewalttätig gegen

42 Kurd*innen vor: Seit der Gründung der Türkei unter Mustafa Kemal "Atatürk" gilt als erklärtes Staatsziel, ein
43 unabhängiges Kurdistan zu verhindern, um eigene territoriale Interessen zu bewahren. Der Türkische Staat be-
44 kämpft deshalb auch heute, autonome kurdische Bestrebungen in Nordsyrien und Nordirak und greift deshalb
45 das kurdische Autonomiegebiet Rojava an. Zudem unterstützte die Türkei seit Beginn des Syrischen Bürger-
46 kriegs mehr oder weniger offen radikalislamistische Kräfte und arbeitet bis heute mit der Syrische Nationale
47 Armee zusammen, die nach Informationen von Amnesty International für Folter, Verschleppung und Mord
48 verantwortlich ist. Zudem sind Türkische Streitkräfte seit 2015 selbst in kurdische Gebiete, auf dem Staatster-
49 ritorium Syriens einmarschiert, was qua Definition einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg bedeutet.

50 Bodentruppen und Luftangriffe auf die Kurd*innen richtet sich nach Aussagen der türkischen Seite nur als
51 Antiterror-Maßnahmen gegen die PKK, die in der Türkei tatsächlich Angriffe auf staatliche und zivile Ziele aus-
52 geübt hatte, aber eben auch gegen die YPG, die im Kampf gegen den selbsternannten IS auf Seiten der USA und
53 der Nato gekämpft hatte und entscheidend an der Zurückdrängung der radikalislamistischen Terrortruppen
54 beteiligt war. Zudem berichten

55 Menschenrechtsorganisationen immer wieder von zivilen Opfern der Drohnen- und Luftangriffe. Aktuelle Be-
56 richte zeigen, dass die Türkei versucht, die Kurd*innen aus dem Grenzgebiet zu vertreiben, um ihr zusammen-
57 hängendes Autonomiegebiet zu zerstören und eine Sicherheitszone zu errichten, innerhalb derer sie syrische
58 Geflüchtete zwangsansiedeln wollen.

59 Nachdem die kurdischen Verbündete im Kampf gegen den IS als wichtigste Unterstützung gesehen wurden,
60 wurden sie angesichts der türkischen Bedrohung fallen gelassen und dem Angriff eines, ihnen übermächtigen,
61 Militärs schutzlos ausgeliefert. Tatsächlich verringerten einige Nato- und EU-Länder, u.a. Schweden und Finn-
62 land, jedoch ihre Waffenexporte und gewährten geflohenen Kurd*innen Schutz und Asyl. Dass Nato-Staaten
63 und damit Partner der Türkei in einem Bündnis für liberale Werte und Demokratie politische Geflüchtete aus
64 der Türkei aufnehmen müssen zeigt, dass die Türkei schon lange nicht mehr in dieses angebliche Wertekon-
65 strukt Nato passt. Die Türkei, die sich in den vergangenen Jahren immer weiter zu einer stabilen Autokratie
66 gewandelt hat, die völkerrechtswidrige Kriege führt, die die Sicherheit von Armenien und der EU-Partner Grie-
67 chenland und Zypern und die fragile Stabilität in Libyen bedroht, ist nur aus strategischen Interessen weiterhin
68 ein Nato-Partner, gemeinsame Werte sind nicht zu erkennen.

69 Dass sich die Nato nun bei der Aufnahme der beiden liberalen Demokratien Schweden und Finnland, die
70 zweifelsohne jede Berechtigung zu diesem Beitrittsgesuch und auch zum Beitritt haben, von der autoritären
71 und menschenrechtsfeindlichen Türkei erpressen lässt, ist nicht akzeptabel. Durch ein Abkommen zwischen
72 Schweden, Finnland und der Türkei, zeigen die beiden skandinavischen Länder nun Bereitschaft, angebliche
73 Terrorverdächtige an die Türkei auszuliefern, was sie zuvor abgelehnt hatten. Dabei hatte die Türkei Schweden
74 sogar eine

75 Namensliste übergeben, was ein krudes Verständnis von Rechtsstaatlichkeit seitens der Türkischen Regierung
76 offenlegt. Zusätzlich werden Schweden und Finnland ihre Waffenembargos aufheben, mehr Zusammenarbeit
77 mit der Türkei in Außen- und Sicherheitsfragen anstreben und zudem die Unterstützung kurdischer Einrichtun-
78 gen beenden. Die kurdische Exilgemeinde verliert dadurch finanzielle Mittel, Räumlichkeiten und Einfluss und
79 muss zudem fürchten, künftig leichter von türkischen Behörden überwacht zu werden, was in Deutschland
80 längst geschehen ist. Die USA kündigten wenige Stunden nach dem Aufnahmebeschluss der beiden skandina-
81 vischen Staaten an,

82 eine Modernisierung der türkischen Luftwaffe zu unterstützen und dabei wohl auch Kampfflugzeuge zu liefern,
83 was sie bisher abgelehnt hatten.

84 Mit diesen Abkommen legitimieren die aktuellen Nato-Staaten und die beiden zukünftigen die türkische Dik-
85 tatur und ihren Kampf gegen die Kurd*innen. Die Nato sieht nicht länger nur passiv weg, wenn die Türkei
86 Kurd*innen verfolgt, vertreibt und ermordet, sondern sie unterstützt diese

87 Taten mehr und mehr aktiv. In einer Zeit, in der sich Deutschland und Europa an die Seite der

88 Ukraine gegen einen verbrecherischen russischen Angriffskrieg stellen und zu Recht ihren Zusammenhalt mit
89 der Ukraine zeigen, sollten wir nicht gleichzeitig die Türkei dabei unterstützen, wenn sie einen brutalen verbre-
90 cherischen Krieg gegen Rojava führt, sondern ebenso demonstrativ einen Schulterschluss mit den Kurd*innen
91 zeigen und die türkische Aggression, ebenso wie die russische, klar benennen und sanktionieren, nicht noch
92 unterstützen.

93 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Türkei bereit war, Menschenrechte für einen möglichen EU-Beitritt um-
94 zusetzen. Die islamisch konservative AKP hatte zugunsten eines möglichen Beitritts sogar die größten Zuge-
95 ständnisse an Menschenrechte und Autonomierechte für die Kurd*innen umgesetzt. Die konservativen Kräfte
96 in Deutschland und Frankreich verhinderten den EU-Beitritt der Türkei jedoch, weshalb die türkische Regierung
97 den Ansporn für die Umsetzung der Menschenrechte verlor, besonders, da sie über den unsäglichen EU-Türkei
98 Migrations-Deal zusätzliches Erpressungspotential gegenüber der EU erhielt. Aus dieser Erfahrung zeigt sich,
99 dass auf die Türkei Druck aufgebaut werden kann und muss, um sie zur Einhaltung der Menschenrechte und
100 zur Beendigung ihres völkerrechtswidrigen Krieges gegen die Kurd*innen zu bewegen.

101 Wir fordern deshalb:

102 Die Bundesregierung muss öffentlich ihre Solidarität mit den Kurd*innen aussprechen und die türkische Ag-
103 gression auch innerhalb der Nato klar benennen. Deutschland muss die Autonomiebestrebungen des kur-
104 dischen Volkes unterstützen, die Autonome Region Rojava anerkennen und das kurdische Vereinswesen in
105 Deutschland unterstützen und schützen.

106 Türkische und kurdische Oppositionelle, auch Angehörige der PKK, dürfen nicht an die Türkei ausgeliefert
107 werden, sondern müssen innerhalb Deutschlands und der EU Schutz erhalten und in Einzelfällen gerichtli-
108 chen Verfahren die Beurteilung von angeblichen Terrorist*innen überlassen werden und keine politischen
109 Auslieferungen gestattet werden.

110 Die Bundesregierung muss ein Waffenembargo gegen die Türkei aussprechen und sich innerhalb der EU und
111 Nato dafür einsetzen, dass die übrigen Partner sich diesem Embargo anschließen. Für den Fall, dass die Türkei
112 ihre verbrecherischen militärischen Aktionen auf syrischem Territorium nicht beendet, müssen wirtschaftliche
113 Sanktionen und solche gegen die handelnden Personen vorbereitet und im Ernstfall vollzogen werden.

114 Die Türkei kann unter ihrer aktuellen politischen Führung und deren Maßnahmen kein "normaler" Nato-
115 Partner mehr sein. Die Türkei sollte innerhalb der Nato in einen Schwebezustand versetzt werden, der sie
116 von der Einstimmigkeit ausnimmt und nicht die Rechte einer vollwertigen Mitgliedschaft ermöglicht. Die Bun-
117 desregierung muss sich dahingehend innerhalb der Nato einzusetzen.

118 Nur mit diesen Maßnahmen kann Frieden für die Kurd*innen und die türkische Opposition erreicht werden
119 und die völkerrechtswidrigen Angriffe beendet werden. Wir brauchen eine klare Linie für Menschenrechte und
120 Demokratie in unserer Türkeipolitik.

I-5

Titel	Für Frieden, Abrüstung und das Ende von Russlands Angriffskrieg
Antragsteller*innen	
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Für Frieden, Abrüstung und das Ende von Russlands Angriffskrieg

- 1 Friedenspolitischer Grundsatzbeschluss zu unserem Internationalismusverständnis in den 2020er Jahren
2 ren
- 3 Ergebnis des Solidaritätsprojekts Ukraine gemäß des Antrags "Gegen das Sondervermögen" von der Landes-
4 konferenz im Mai 2022
- 5 Vorwort – Das Projekt
- 6 Auf der Landeskonferenz im Mai 2022 wurde ein Initiativantrag beschlossen, der den Landesvorstand beauf-
7 tragt hat, ein Projekt einzurichten, um eine fundierte Antwort auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine zu
8 finden. Im Licht der von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufenen "Zeitenwende" nehmen wir wahr, dass gerade
9 in der politischen Linken eine kontroverse Diskussion über die Zukunft unserer Friedenspolitik entbrannt
10 ist. Gerade die Frage nach Waffenlieferungen an die Ukraine, um sich gegen russische Angriffe verteidigen zu
11 können, hat Gräben zwischen Organisationen aufgerissen oder gar noch vertieft. Heute, ein Jahr nach Kriegs-
12 ausbruch, sehen wir zudem noch eine Friedensbewegung auf den Straßen, die immer häufiger von Russlands
13 Propaganda und einseitigen Aufforderungen an Ukrainer*innen, die Waffen niederzulegen, geprägt ist.
- 14 Unser Platz ist an der Seite derer, die sich gegen Gewalt, Verfolgung und Unterdrückung auflehnen. In einer
15 Welt, in der sich nicht mehr zwei Großmächte und ihre Ideologien gegenüberstehen, sondern sich mehr und
16 mehr autoritäre und imperialistische Machtzentren bilden, ist es nicht leicht, eine sozialistische Friedenspolitik
17 für das 21. Jahrhundert zu formulieren. Dieser Antrag hat daher nicht das Ziel, eine endgültige Antwort zu
18 finden. Vielmehr soll er uns helfen, durch diese unsicheren und bedrohlichen Zeiten navigieren zu können.
19 Unseren Prinzipien treu bleiben zu können, indem wir sie in die Zukunft tragen und die uns zur Verfügung
20 stehenden Mittel nutzen, um wieder für mehr Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit zu sorgen.
- 21 Unser Verständnis von internationaler Solidarität ist geprägt vom Zuhören und von der Wahrnehmung unserer
22 Genoss*innen, die vor Ort unter den unmittelbaren Folgen und Bedingungen des Kriegs leiden müssen. In
23 diesem Geist wurde dieses Projekt durchgeführt, das alle unsere Haltungen in der internationalen Politik auf
24 den Prüfstand gestellt hat. Dieser Antrag ist das schriftliche Ergebnis des Projekts.
- 25 I. Unsere Antwort an Putins Angriffskrieg
- 26 Deutschlands fehlgeschlagene Russlandpolitik
- 27 Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion entwickelte sich ein Europäisch-Russisches Verhältnis, das zu-
28 nächst hoffnungsvoll begann. Ein demokratisches Russland, das eng mit den europäischen Ländern zusam-
29 menarbeitet, schien in greifbarer Nähe. Es kam anders. Insbesondere Deutschland nahm eine unrühmliche
30 Rolle ein, in dem es autokratische Tendenzen hingenommen und aus unternehmerischen Abwägungen un-
31 terstützt hat, das Prinzip "Handel durch Wandel" als Vorwand genommen hat, um ein entstehendes autokra-
32 tisches Regime zu stabilisieren.
- 33 Nicht einmal der Angriff auf Georgien, die Annektion der Krim 2014, die zunehmende Verfolgung von Men-
34 schenrechtler*innen, der LGBTIQ+ community oder von Journalist*innen haben gereicht, um einen Kurs-

35 wechsel der deutschen Russlandspolitik herbeizuführen. Die Interessen von Kapital und Geschäft sowie ein
36 Desinteresse in der Zivilgesellschaft an der demokratischen und sozialistischen Opposition in Russland haben
37 gefehlt. Es blieb ein Land weit weg von Europa.

38 Zusätzlich belastet wird die Beziehung durch bestimmte Geschäftskontakte. Zum einen haben wir hier SPD-
39 Altkanzler Gerhard Schröder. Nach seiner Amtszeit ist er in Russland u.a. bei Rosneft, Gazprom und dem Auf-
40 bau der Nord Stream Pipelines tätig geworden. Schröder ist seither Lobbyist für den Energiehandel zwischen
41 Russland und Deutschland, trotz klar hörbarer Warnungen aus Mittel- und Osteuropa. Er gilt als Schlüssel-
42 figur im unkritischen Kurs gegenüber dem Putin-Regime, er hat vieles erst möglich gemacht. Wir verurtei-
43 len dies aufs Schärfste und fordern unter anderem deswegen den Ausschluss von Gerhard Schröder aus der
44 SPD.

45 Ebenfalls zu kritisieren ist Mecklenburg-Vorpommerns SPD-Ministerpräsidentin Manuela Schwesig. Diese traf
46 sich 2021 mit Oleg Eremenko. Nach Recherchen wurde bekannt, dass dieser früher für den Geheimdienst
47 GRU tätig war. Allgemein ist davon auszugehen, dass sie sich aufgrund von Nord Stream 2 mit russischen
48 Gas-Unternehmen häufiger getroffen hat als ursprünglich angenommen wurde. Auch ist ihr mangelnde Trans-
49 parenz bei der von ihrem Bundesland eingerichteten "Klimaschutzstiftung" vorzuwerfen. Diese wurde haupt-
50 sächlich dazu erschaffen, um von den USA auferlegte Sanktionen bezüglich des Baus von Nord Stream 2 zu
51 umgehen und die Pipeline schnellstmöglich fertigzustellen.

52 Deutschland und insbesondere die Sozialdemokratie müssen sich eingestehen, dass sie Russland nicht gut
53 genug im Blick hatten. Es hätte angemessener auf die russischen Offensiven, die auf Transnistrien, Georgien,
54 den Donbass und auch auf die ukrainische Halbinsel Krim durchgeführt wurden, reagiert werden müssen. Es
55 gab genug Warnungen, doch keine wurde ernst genommen. Auch wir Jusos hätten lauter, deutlicher und kla-
56 rer sein können. Heute fehlt das Netzwerk zur russischen Opposition, das so wichtig wäre im Kampf gegen
57 Putin von innen heraus. Bei denjenigen, die uns jahrelang vor der politischen Lage in Russland gewarnt ha-
58 ben, bitten wir um Entschuldigung für die Nichtbeachtung, für das Wegwischen, für das Festhalten an einem
59 Entgegenkommen gegenüber Putin. Das hätte nicht passieren dürfen.

60 Unsere Reaktion auf den Angriffskrieg

61 Was sich nach Berichten ausländischer Geheimdienste schon Wochen und Monate vor dem 24. Februar 2022
62 langsam abgezeichnet hatte, schockierte Europa und die Welt dennoch. Unsere unmittelbare Reaktion darauf
63 war Solidarität und gleichzeitige Verurteilung des grausamen, vollumfänglichen Überfalls Russlands auf die
64 Ukraine. Putins grenzenlose Aggression war der Welt nicht erst seit dem Überfall auf die Ukraine bekannt. Wir
65 haben jedoch schnell festgestellt, dass der Krieg nicht der Krieg der russischen Zivilgesellschaft ist, sondern
66 einzig und allein von einem Mann ausgeht. Unser oberstes Ziel lautete, lautet und wird lauten: Frieden.

67 Bei der Verfolgung dieses Ziels verabschiedete der Landesvorstand am 1. März 2022 jedoch ein Positions-
68 papier, das für uns heute in einem wesentlichen Punkt nicht mehr tragbar ist. Wir stehen weiterhin zu den
69 wirtschaftlichen Sanktionen, die von der Weltgemeinschaft auf Russland auferlegt wurden. Ein Punkt, zu dem
70 wir heute jedoch nicht mehr stehen können, ist das Ablehnen von Waffenlieferungen an die Ukraine. Nach
71 mehr als einem Jahr Krieg – und schon deutlich früher – wurde klar, dass die umfangreichen Waffenlieferun-
72 gen des Westens an die Ukraine nicht nur notwendig, sondern auch unterstützenswert sind. An dieser Stelle
73 ist für uns klar: Anders als es einige "pazifistische" Bewegungen, wie die von Sahra Wagenknecht und Alice
74 Schwarzer, behaupten, dienen diese Waffenlieferungen der Ukraine nicht zur Eskalation einer Konfliktspira-
75 le oder gar zu einem dritten Weltkrieg. Sie sind in jedem Fall notwendig, damit die ukrainische Bevölkerung
76 ihre Souveränität, ihr Staatsgebiet, ihre Kultur und ihre Mitmenschen schützen und die Putinsche Aggression
77 abwehren kann. Forderungen nach einem einseitigen Waffenstillstand oder einer Einstellung der westlichen
78 Unterstützung sind hirnrissig und leugnen die wahren Gegebenheiten in diesem Konflikt: Die Aggression geht
79 einzig und allein von Russland aus, und wenn die Ukraine diesen Aggressionen weicht, gibt es keine Ukraine
80 mehr. Das einzige Friedensszenario ist ein Szenario, in dem die Ukraine ihr gesamtes Staatsgebiet inklusive
81 der Krim wiedergewinnt. Auch wenn unklar ist, wann und auf welchem Wege das mit dem heutigen Russland
82 möglich sein wird, ist ein Abrücken von diesem Ziel nicht vertretbar. Ein EU-Mitgliedschaft soll der Ukraine auch
83 dann ermöglicht werden, wenn Teile des ukrainischen Territoriums besetzt sind. Für die daraus resultierenden
84 Herausforderungen muss Europa eine Lösung finden, um dem Willen der Menschen in der Ukraine, Teil der
85 EU zu werden, entgegenzukommen. Ein ähnliches Verfahren muss auch für Georgen möglich sein, solange es
86 nicht zur Rückgabe von Abchasien und Südossetien kam.

87 Was außerdem klar ist: Bei Waffenlieferungen endet unsere Solidarität nicht. Vor und besonders seit Beginn
88 des Krieges stehen wir im engen Austausch mit unseren Partner*innen- und Schwesterorganisationen in der
89 Ukraine. Dazu gehört auch die SD Plattform – am 16. Januar 2023 veröffentlichte diese eine Mitteilung zu ak-
90 tuellen Raketenangriffen auf die Ukraine. Dort betont die Organisation, wie wichtig es ist, zu kommunizieren,
91 dass einzig Russland für die aktuell hervortretende Krise in Europa zuständig ist. Sie stehen für eine “sozialde-
92 mokratische Agenda” mit internationaler Unterstützung und wir möchten sie und weitere uns nahestehende
93 Gruppen dabei unterstützen.

94 Neben Waffenlieferungen und Partnerschaften in die Ukraine ist auch die humanitäre Hilfe ein essentieller Be-
95 standteil der Bemühungen um einen Frieden. In der Ukraine wurde durch den russischen Angriffskrieg, durch
96 Mord, Vergewaltigung und massiven Beschuss ziviler Infrastruktur eine humanitäre Krise von unvorstellbarem
97 Ausmaß ausgelöst. Ganze Landstriche sind tagelang von der Strom-, Wasser- und Wärmeversorgung abge-
98 trennt. Dadurch ist es wichtig, dass die Staaten auf diplomatischer Ebene die Ukraine nicht mit notwendigen
99 Materialien und finanziellen Mitteln versorgen, die sie benötigt, um die russische Aggression zu überstehen.
100 Auch müssen alle Menschen – ganz gleich, welcher Herkunft oder Ethnizität – die sich dazu entscheiden, nach
101 Deutschland zu flüchten, sofort und bürokratisch aufgenommen werden können. Wir begrüßen die Anstren-
102 gungen der Kommunen und der Bundesregierung, die in diese Richtung bislang getroffen worden sind. Wei-
103 tere Hilfen sind hier jedoch gefragt, um die Situation für die Menschen vor Ort und in Deutschland so weit zu
104 verbessern wie möglich.

105 Unsere Partner*innen und was wir erreichen wollen

106 Internationale Solidarität lebt vom Zuhören, vom Verständnis und dem Bilden von Zusammenhalt jenseits
107 staatlicher Diplomatie. Wir leiten unsere politischen Konsequenzen nicht aus einer Beobachtung aus der Fer-
108 ne, sondern aus dem aktiven Dialog mit Gleichgesinnten in den Regionen ab. Damit übernehmen wir nicht
109 unreflektiert Positionen anderer Organisationen, sondern betonen unseren Anspruch, Forderungen der inter-
110 nationalen Politik stets auf den Prüfstand der Realität vor Ort zu stellen.

111 Sozialistisch-demokratische, progressive und sozialdemokratische Kräfte haben es in der Ukraine nicht leicht,
112 doch wie in jedem anderen Land der Welt gibt es selbstredend organisierte junge Menschen mit linken po-
113 litischen Ansichten. Die Jugend der SD Plattform in der Ukraine ist uns als Schwesterorganisation über YES
114 und IUSY die erste Ansprechstelle. Auch andere sozialistische Organisationen, wie zum Beispiel Sozjalistij
115 Ruch, können eine relevante Anlauf- und Informationsstelle für eine sozialistische Perspektive aus der Ukraine
116 sein.

117 Mit dieser Herangehensweise positionieren wir uns unmissverständlich gegen vermeintliche Friedensakti-
118 vist*innen, die ungeachtet linker Bewegungen in der Ukraine einen sofortigen Waffenstillstand fordern. Wir
119 verurteilen diese Aufrufe, die zu oft lediglich dem Erregen von Aufmerksamkeit durch künstliche Kontroverse die-
120 nen, auf das allerschärfste. Im Einklang mit Sozialist*innen und progressiven Jugendbewegungen vor Ort stel-
121 len wir fest, dass in den aktuell durch Russland besetzten und annektierten Gebieten ethno-nationalistische
122 Gewalt und Unterdrückung drohen. Die Kriegsverbrechen von Butscha sind ein mahnendes Beispiel für die
123 Entthemtheit von Putins Kriegsführung. Daraus lässt sich nicht schließen, dass ein Entgegenkommen die La-
124 ge der Menschen verbessern würde.

125 Wir erklären es daher zu unserem Ziel, die Möglichkeit der Selbstverteidigung der überfallenen Menschen in
126 der Ukraine sicherzustellen, Fluchtwege offen zu halten sowie umfassende humanitäre Hilfe zu gewährleisten.
127 Weder wir noch unsere Partner*innen möchten dabei einen Kriegseintritt von NATO-Staaten, um eine weitere
128 Phantomdebatte aufzulösen. Die Annektierungen Russlands dürfen nicht anerkannt werden, ein Hinwirken
129 auf die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine bleibt das Ziel. Dabei ist uns klar, dass dieses
130 Ziel nicht in kurzer Zeit zu erfüllen ist und wir die Aufmerksamkeit nicht abwenden dürfen. Ein Waffenstillstand
131 ist nur dann denkbar, wenn dies der Wille der Bevölkerung in den Kriegsgebieten ist und darf nicht über die
132 Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden werden.

133 Auch nach dem Krieg dürfen wir die Ukraine nicht vergessen. Den Wiederaufbau von Demokratie, Sozialismus
134 und die Stärkung feministischer sowie antifaschistischer Kräfte in der Ukraine werden wir tatkräftig unterstüt-
135 zen. Insbesondere die langfristigen Folgen eines Krieges, die angerichteten Traumata und die aufgezwungene
136 Militarisierung einer ganzen Gesellschaft zählen zu den größten Herausforderungen. Der zivilgesellschaftliche
137 Dialog und Austausch muss etabliert werden, die Ressourcen unseres Verbandes müssen genutzt wer-
138 den.

139 II. Wir sind Internationalist*innen

140 Internationalismus heißt Antimilitarismus

141 **Antimilitarismus in unserer Bewegungsgeschichte**

142 Als sich 1907 die "Sozialistische Jugendinternationale" (heute: IUSY) in Stuttgart gegründet hat, sah sie sich mit
 143 einer Welt des zunehmenden Nationalismus und der Aufrüstung konfrontiert, die im Ersten Weltkrieg münde-
 144 te. So ist es gekommen, dass Antimilitarismus und der Einsatz für Abrüstung und Frieden ein Grundpfeiler der
 145 sozialistischen Jugendarbeit wurden. Die Kriegstreiberei Deutschlands, die im Naziterror gipfelte, festigte die-
 146 se Haltung in der Lösung: Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus. Gerade die Flucht und Verfolgung von So-
 147 zialist*innen und Kommunist*innen, die von Nazi-Deutschland angerichteten Kriegsverbrechen, darunter die
 148 Shoa, der Überfall seiner Nachbarländer und das Anzetteln des Zweiten Weltkrieges, prägen unseren Kampf
 149 gegen Krieg, Waffen, Völkermord und Gewalt maßgeblich. Dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgehen
 150 darf, weder als Beihilfe, noch als Aggressor, ist ein unverrückbarer Teil unserer Identität als Jungsozialist*innen
 151 und Antifaschist*innen.

152 Die antimilitaristische Jugend stand oft im Widerspruch zur Mehrheitssozialdemokratie: Die Zustimmung zu
 153 den Kriegskrediten, die Niederschlagung der Revolution von 1918 tauchen selbst heute noch häufig in der poli-
 154 tischen Auseinandersetzung auf, sowie die schnelle Zustimmung der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik,
 155 der NATO-Doppelbeschluss, die atomare Teilhabe oder die ersten Kriegseinsätze des deutschen Militärs nach
 156 1945.

157 Unser Militarismusbegriff ist demnach tief in der Geschichte unserer Bewegung verwurzelt und stellt sich der
 158 Frage: Warum gibt es Krieg? Die Definition der Zweiten Internationalen, der auch Rosa Luxemburg und Karl
 159 Liebknecht zuzuordnen sind, spricht vom Krieg als die staatliche Durchsetzung der Interessen von Kapita-
 160 list*innen. Die Erschließung neuer Märkte, notfalls mit Gewalt, eine boomende Waffenindustrie und Rendite
 161 aus Wiederaufbaumaßnahmen sind Beispiele, wie aus Krieg Profit gezogen werden kann. Die Konkurrenz na-
 162 tionaler Kapitalist*innen entlädt sich nach Luxemburg stets im Krieg. Daraus folgt: Wer antimilitaristisch ist,
 163 muss auch antikapitalistisch sein. Militarismus sei nach Liebknecht die Summe aller friedensstörender Tenden-
 164 zen des Kapitalismus, sowohl durch einer Überpräsenz des Militärs nach innen, zum Beispiel durch Einsätze
 165 gegen die eigene Bevölkerung oder höherer Präsenz bewaffneter Soldat*innen im öffentlichen Raum, sowie
 166 nach außen durch Angriffskriege und Besatzung.

167 Eng mit dem Verständnis von Militarismus verknüpft ist der Imperialismusbegriff, der auch seit dem Angriffs-
 168 krieg Russlands häufiger verwendet wird, jedoch anders als in der Zweiten Internationalen. Als Imperialismus
 169 beschreibt die Zweite Internationale den Prozess, in dem der militärisch-industrielle Komplex als Vernetzung
 170 von Politik, Kapital und Rüstungsindustrie für den eigenen Profit erst Aufrüstung, und damit unausweichlich
 171 Krieg herbeiführt. Dies ist beispielsweise im 19. Jahrhundert massenhaft durch den Überfall und die Kolo-
 172 nialisierung des afrikanischen Kontinents durch europäische Großmächte oder in Form des Wettrüstens im
 173 frühen 20. Jahrhunderts, das in den Ersten Weltkrieg führte, geschehen. Damit können kapitalistisch organi-
 174 sierte Staaten gar nicht antiimperialistisch handeln, da sie diesen Mechanismus nicht aushebeln. Daraus folgt
 175 die Position: Je mehr Waffen, je mehr Aufrüstung, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass sie auch eingesetzt
 176 werden und dass es zu Krieg kommt. Auch wir teilen diese Überzeugung nach wie vor und sprechen uns daher
 177 gegen das Sondervermögen für die Bundeswehr, das 2%-Ziel der NATO sowie eine massive Aufrüstung in Eu-
 178 ropa aus. Insbesondere unterstützen wir den Atomwaffenverbotsvertrag sowie die unverzügliche Vernichtung
 179 aller ABC-Waffen auf der Welt durch Abrüstungsabkommen.

180 Was bedeutet der historische Hintergrund für uns heute angesichts des russischen Überfalls auf die Ukrai-
 181 ne? Aus der Auseinandersetzung mit der Geschichte ziehen wir folgende Beobachtungen und Konsequen-
 182 zen:

183

- 184 • Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion kam es zu militärischen Interventionen, die von Russland
- 185 ausgegangen sind. Insbesondere seit der ersten Amtszeit Putins wurde das Militär häufiger und hem-
- 186 mungsloser auch gegen Nachbarländer eingesetzt. Unter anderem durch die Besetzung von Transnis-

- 187 trien (Moldau), Abchasien und Südossetien (Georgien) sowie der Krim und Teilen des Donbass (Ukraine)
188 wurde Russland ein zunehmend aggressiver Akteur auf der Weltbühne.
- 189 • Auch im Inneren kam es beispielsweise zu den zwei Tschetschenienkriegen und, insbesondere seit
190 Putins Machtantritt, zur Repression ethnischer Minderheiten, von Journalist*innen, Demokrat*innen,
191 Menschenrechtler*innen, der LGBTIQ+ community und vielen weiteren Menschen, oft wenig beachtet
192 von den Zivilgesellschaften im Westen.
 - 193 • Kapitalist*innen im Westen haben jahrzehntelang Geschäfte mit denen gemacht, die diese aggressive
194 Expansion vorangetrieben haben und von diesen maßgeblich profitiert haben. Putin; das ist vor allem
195 auch ein System. Bis zuletzt hielt man an Projekten wie beispielsweise Nord Stream 2 fest. Auch wir
196 müssen selbstkritisch auf die letzten Jahrzehnte zurückblicken und erkennen, was wir nicht erkannt
197 haben. Dieser Krieg wurde und wird durch kapitalistische Interessen möglich gemacht.
 - 198 • Durch den Kriegsbeginn sind die Aktienkurse von Waffenproduzenten angestiegen. Krieg ist und bleibt
199 lukrativ und im Interesse des Kapitalismus. Dem muss entschieden entgegengewirkt werden, kurzfristig
200 kann dies durch eine Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und eine Begrenzung der Militärausgaben
201 gelingen.
 - 202 • Die Opposition in Russland wird seit Kriegsausbruch noch stärker unterdrückt. Die staatliche Verfolgung
203 insbesondere von feministischen, sozialistischen und progressiven Kräften erreichte einen neuen Hö-
204 hepunkt, der Einsatz militärischer Mittel im Inland wurde verstärkt. Der Krieg hilft Putin und seinem
205 Regime, ihre Diktatur zu festigen.
 - 206 • In Westeuropa beobachten wir eine Diskursveränderung, die massive Investitionen in Militär und Waf-
207 fen, den Ausbau atomarer Arsenale und der Demonstration militärischer Macht zur Abschreckung
208 mehr und mehr als alternativlos darstellen.
 - 209 • Die Frage, ob und wer auch im Rahmen kapitalistischer Staaten durch Waffenlieferungen unterstützt
210 werden kann, um das Recht auf Selbstverteidigung durchzusetzen, spaltet die Friedensbewegung tief.
 - 211 • Westliche Staaten und Kapitalist*innen selbst verwenden immer häufiger "Imperialismus" als Begriff,
212 jedoch ausschließlich auf Russland angewandt. Der russische Überfall auf die Ukraine wird immer häu-
213 figer benutzt, um in alte Gut-Böse, West-Ost-Binaritäten zurückzufallen.

214 **Militarismus seit dem Kriegsausbruch**

215 Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine tendiert der öffentliche und auch innerparteiliche Diskurs immer
216 mehr in eine Richtung, die nicht nur beängstigend, sondern auch gefährlich ist. Die als "historisch" bezeichnete
217 Zeitenwenden-Rede von Olaf Scholz vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022 enthielt immerhin ei-
218 ne klare Positionierung der Bundesregierung und der SPD: Die Nachricht ist, dass wir an der Seite der Ukraine
219 stehen und sie gegen die Aggression seitens Russlands unterstützen, wo immer es geht. Gleichzeitig müssen
220 wir einige Abschnitte dieser Rede kritisieren, allem voran das damals angekündigte und einige Monate später
221 beschlossene Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro. Selbst einige Mitglieder
222 der Fraktion waren überrascht, als Olaf Scholz die Maßnahme vor dem deutschen Parlament verkündete, da
223 sie nicht im Vorhinein abgesprochen war und ihr kein Fraktions- oder Regierungsbeschluss zugrunde lag. War-
224 um wir dieses Sondervermögen für die Bundeswehr angesichts der anderen, nicht übersehbaren Missstände
225 in der Ampel-Haushaltspolitik ablehnen, haben wir bereits im Initiativantrag INI01 auf der Landeskonzferenz
226 im Mai 2022 ausführlich festgehalten. Auch das NATO-konforme 2%-Ziel ist in diesem Zusammenhang zu kri-
227 tisieren.

228 Eine noch abstrusere Debatte war beim Thema Wehrpflicht zu verfolgen. Besonders aus der schwarzen und
229 braunen Opposition im Bundestag, aber auch aus Teilen der SPD wurden im letzten Jahr wiederholt Stimmen
230 für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht laut. Junge Menschen müssten gezwungen werden, ihr Land im
231 Ernstfall zu verteidigen, da die Bundeswehr sonst nicht arbeitsfähig sei, hieß es. Es würde den jungen Men-
232 schen gut tun, wieder einen Beitrag zur Gesellschaft leisten zu müssen, sagten sie. Diese Gedanken und Forde-
233 rungen lehnen wir, passend zu unseren bisherigen und zu Bundesbeschlusslagen, weiterhin entschieden ab.

234 Ebenso misslungen und gefährlich finden wir die Einschätzung des SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil, Deutsch-
 235 land müsse wieder eine "militärische Führungsmacht in Europa" werden. Und wenn Friedrich Merz bei Flucht
 236 von Menschen aus der Ukraine über eine "Einwanderung in die Sozialsysteme" spricht, ist das einfach nur
 237 widerlich. Solche menschenfeindlichen Äußerungen, wie sie eben nicht nur von der rechtsextremen AfD kom-
 238 men, sondern auch bei der "bürgerlichen" CDU und CSU seit Monaten immer wieder zu hören sind, sind ein
 239 Schlag ins Gesicht aller Menschen, die in Deutschland auf ein besseres Leben hoffen und derer, die in der Ukrai-
 240 ne für den Fortbestand ihres eigenen Landes kämpfen. Wir stehen solidarisch an der Seite aller Geflüchteten
 241 und unterstreichen unsere unmissverständliche Solidarität mit denen, die vor Krieg und Gewalt ihr Zuhause
 242 aufgeben müssen.

243 **Unsere Leitlinien für antimilitaristische Politik heute**

244 Dieser Verschiebung im aktuellen Diskurs möchten wir uns entschieden entgegenstellen und unsere antimili-
 245 taristischen Werte mit Nachdruck bekräftigen. Unsere Vision ist und bleibt eine Welt ohne Militär – Abrüstung
 246 muss der Kern militärischer Debatten sein. Das oberste Ziel in Konfliktfällen muss die gewaltfreie Lösung sein,
 247 sofern die Konflikte nicht bereits durch Präventivarbeit gar nicht aufkamen. Aus diesem Grund verurteilen wir
 248 die aktuelle Glorifizierung von Krieg, Tötung und Gewalt, wie sie sich beispielsweise in Memes (z.B. "NAFO",
 249 "North Atlantic Fella Organization") und durch das Verbreiten von Videos und Bildern aus dem Kriegsgebiet
 250 momentan äußert. Militarismus darf keinen solch ruhmreichen Platz in unserer Gesellschaft haben, denn eine
 251 solch positive Darstellung von Gewalt stiftet zu noch mehr Gewalt an, statt sie zu verhindern. Die Stellvertreter-
 252 kriege zu Zeiten des Kalten Krieges haben uns gelehrt, dass Abschreckung durch Aufrüstung nicht ganzheitlich
 253 funktioniert. Mehr Waffen münden stets in mehr Gewalt.

254 **Wir legen für unsere internationalistische Politik folgende Leitlinien fest:**

- 255 • Antimilitarismus bleibt einer der grundlegenden Werte für Jungsozialist*innen.
- 256 • Wir lehnen die Wehrpflicht ab.
- 257 • Wir lehnen Bundeswehreinmärsche im Inneren ab. Der Katastrophenschutz muss aus zivilen Organisatio-
 258 nen leistbar sein.
- 259 • Wir lehnen Bundeswehreinmärsche im Ausland ab. Diese sind nur in Einzelfällen und im Einvernehmen
 260 mit den Vereinten Nationen sowie den Betroffenen vor Ort vertretbar. Einmärsche, die vordergründig der
 261 Sicherung kapitalistischer oder machtpolitischer Interessen dienen, lehnen wir klar ab.
- 262 • Militärische Interventionen bei Völkermord, Kriegsverbrechen und Völkerrechtsverletzungen sind unter
 263 strengen Voraussetzungen möglich, müssen von Fall zu Fall jedoch individuell bewertet werden und
 264 sind nur im Einklang mit der internationalen Gemeinschaft denkbar.
- 265 • Ausrüstung von Streitkräften darf nie zum Selbstzweck oder hypothetisch vorsorglich geschehen, son-
 266 dern nur als Reaktion auf konkrete Bedrohung hin – damit lehnen wir die aktuellen Debatten über eine
 267 generelle Aufrüstung ab.
- 268 • Es braucht eine stabile Friedensarchitektur inkl. der sogenannten Großmächte, aber ohne Sonderrech-
 269 te für diese.
- 270 • Die Bundeswehr muss zahlenmäßig begrenzt bleiben.
- 271 • Die Bundeswehr hat an Schulen nichts verloren.
- 272 • Wir fordern die Unterzeichnung und Umsetzung des Atomwaffenverbotsvertrags.
- 273 • Wir stellen uns gegen Desinformation, Glorifizierung und Fälschung von und über Kriegsgeschehen.
- 274 • Wir erklären uns solidarisch mit allen, die vor Kriegen fliehen und fordern die Schaffung von sicheren
 275 Fluchtwegen sowie von lebenswerten Unterkünften in Europa.
- 276 • Es ist schnellstmöglich dafür zu sorgen, dass die Produktion und die Verbreitung von Waffen zu keinem
 277 Profit mehr führen kann. Dies ist nur durch eine Verstaatlichung und eine Verschärfung der Kontrolle
 278 der Ausfuhren möglich.

279 Gesellschaften sollen und dürfen nicht um ihr Militär herum aufgebaut sein. Friedliche und antimilitaristische
280 Strukturen und Lösungen sind das erste Mittel der Wahl.

281 Internationalismus heißt Antikapitalismus

282 Kapitalismus lebt von Ausbeutung und Abhängigkeiten. Ausbeutung und wirtschaftliche und soziale Abhän-
283 gigkeiten haben uns zu dem Punkt gebracht, in dem der wirtschaftliche Wohlstand weltweit ungleich verteilt
284 ist. Durch die protektionistische Handelspolitik der Länder des globalen Nordens wurden die wirtschaftliche
285 Abhängigkeiten in den Ländern des globalen Südens erzwungen und dadurch große Disparitäten erschaffen.
286 Weltweit beobachten wir große Ausbeutung, wie im Kongo, wo Kinder in Minen Kobalt für unsere Konsumzwe-
287 cke abbauen, oder in Bangladesch, wo der Gebäudeeinsturz einer Fabrik zu über einem Tausend verlorener
288 Menschenleben geführt hat. Es gibt Hunderte von Beispielen, die beweisen, dass die globale Ausbeutung eine
289 für sehr viele Menschen furchtbare Realität und Alltag ist. Unser internationalistisches Ziel ist es, den Kapita-
290 lismus als das System zu überwinden, das auf Ausbeutung beruht.

291 **Lieferketten in den Griff bekommen**

292 Ein Weg, um gegen die kapitalistische Ausbeutung vorzugehen, ist ein starkes Lieferkettengesetz auf EU-Ebene
293 zu verabschieden. Die aktuellen Maßnahmen sind lediglich kosmetisch und reichen lange nicht aus, um für
294 Gerechtigkeit und Handel auf Augenhöhe zu sorgen. Viele Menschen und unsere Natur leiden unter unkon-
295 trollierten Wertschöpfungsketten westlicher Unternehmen. Wenn ein Lieferkettengesetz die Unternehmen
296 nicht dazu verpflichtet, Verantwortung für die eigenen Prozesse zu übernehmen, Menschenrechte zu achten
297 und Klima und Umweltstandards zu folgen, werden dieselben nicht eigenständig, und auf alle Fälle nicht in
298 ausreichendem Maße Konsequenzen für das eigene Wirtschaften wahrnehmen. Die faktisch leeren Selbstver-
299 pflichtungen beweisen uns dies.

300 Mit der Corona-Pandemie und Russlands Krieg gegen die Ukraine kam es zu großen Beeinträchtigungen in
301 den Lieferketten, die nochmals deutlich gemacht haben, dass wir ein EU-Lieferkettengesetz brauchen, das
302 klare Klimapflichten in der Lieferkette definiert, das Geschädigten die Möglichkeit für eine Klage und Wieder-
303 gutmachung von Schäden zusichert und auch die gesamte Lieferkette der Unternehmen erfasst. Wir stehen
304 klar gegen generelle Waffenexporte, aber in unserer aktuell noch von Waffen zersetzten Welt müssen auch
305 jedwede Waffenexporte in einem solchen EU-Lieferkettengesetz miterfasst werden. Denn Kapitalismus und
306 Waffengewalt sind lediglich zwei Seiten derselben Medaille: militärische Konflikte sind die höchste Stufe der
307 imperialistischen Auseinandersetzungen in einer kapitalistischen Welt.

308 Die wirtschaftliche Ausbeutung ist aber nicht nur ein Phänomen auf der Nord-Süd Linie, sondern existiert
309 auch innerhalb des europäischen Wirtschaftsrahmens. Ein Beispiel dafür sind die negativen Auswirkungen
310 der Privatisierung vieler Sektoren in den ehemaligen Ostblock-Staaten. Die misslungene und intransparente
311 Transition der Wirtschaft führte zur Plünderung der Sozialsysteme und des Industriekapitals dieser Länder.
312 Wir sind der Überzeugung, dass die Einführung der kapitalistischen Wirtschaft mehr zur Ausbeutung durch
313 übermächtige, westliche Investor*innen geführt hat, als zu dem von vielen erhofften Wohlstand. Mit Hinblick
314 auf die möglichen Erweiterungsstaaten, die alle eine misslungene Transformation ihrer lokalen Wirtschafts-
315 kreisläufe hinter sich haben, ist eine Änderung des wirtschaftlichen Rahmens der EU dringend notwendig,
316 damit die wirtschaftliche und soziale Sicherheit in allen Mitgliedstaaten erreicht wird.

317 Nur mit der Überwindung von neoliberaler Wirtschaftspolitik und ihrer kapitalistischen Auswüchse können
318 wir an den Punkt kommen, an dem kritische Abhängigkeiten aller Staaten – sei es in der Energieversorgung
319 oder in Lieferketten – nicht mehr das Gewöhnliche sind oder als Notwendigkeit erachtet werden. Das wird nur
320 gelingen, wenn nicht nur in einzelnen Staaten, sondern auf der ganzen Welt der Weg zu einer sozialistischen
321 Wirtschaftsordnung hin geebnet wird und der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit aufgehoben werden
322 kann. Bis dahin kämpfen wir für eine Wirtschaftspolitik, die Menschenrechtsbrüche und globale Ungleichhei-
323 ten beseitigt.

324 **Für einen echten wertebasierten Wirtschaftshandel statt Greenwashing!**

325 Wirtschaftliche Abhängigkeiten sind jedoch nicht nur für geschwächte Staaten harte Realität. Auch wirtschaft-
326 lich starke Staaten geraten oder bringen sich selbst in solche Abhängigkeiten. Ein Beispiel hierfür ist Deutsch-
327 lands gravierende Abhängigkeit von Energieimporten, bis vor Kurzem besonders von russischem Erdgas. Wel-
328 che Konsequenzen diese deutsche Abhängigkeit hat, wurde in der aktuellen Lage des Angriffskrieges offenbart.

329 Deutschland, in Sorge um seine auf russischem Gas basierte Energieversorgung, musste im Hinblick auf EU-
 330 Sanktionen gegen Russland zögern und zaudern, während andere Staaten gerne schneller und härter reagiert
 331 hätten – und konnten. Sie hatten sich nicht in kritischer Infrastruktur von Russland abhängig gemacht und sind
 332 deshalb in der Lage, freier und entsprechend(er) ihrer Werte zu agieren. Der erste Schritt zu wertebasiertem
 333 Handel ist folglich, sich in seiner Grundversorgung unabhängig zu machen, um als Land nicht bzw. deutlich
 334 weniger erpressbar zu sein in seinen politischen Aktivitäten und Entscheidungen. Deutschland stehen hierfür
 335 Mittel und Wege zur Verfügung, nicht nur in der Energieversorgung. Sie wurden aber die letzten Jahrzehnte
 336 vernachlässigt oder gar ausgebremst, statt zum eigenen Vorteil und damit zur eigenen Unabhängigkeit aus-
 337 gebaut zu werden.

338 Innerhalb des Kapitalismus kann es nie zu einem vollständigen, ethisch vertretbaren Wirtschaften kommen.
 339 Und doch müssen wir heute die ersten Schritte gehen und Werte festlegen, die sich an sozialistischen und
 340 feministischen Standards messen lassen. Diese Werte, nach welchen wirtschaftlicher Handel betrieben werden
 341 soll, müssen sich von der aktuell hauptsächlich funktionalen Perspektive auf folgende verschieben:

- 342 • Grundlage bilden freiheitlich-sozialistische Werte, die das menschliche Wohlergehen und gute Arbeit
 343 in den Mittelpunkt stellen.
- 344 • Menschenrechte werden bedingungslos eingehalten.
- 345 • Arbeiter*innen und das Gemeinwohl stehen im Vordergrund, keinesfalls der Profit.
- 346 • Kampf gegen Ausbeutung: Handel nur auf Augenhöhe und wenn alle Seiten profitieren, dabei müssen
 347 insbesondere Verteilungsgerechtigkeiten innerhalb der beteiligten Länder berücksichtigt werden.

348 Wir fordern, dass Deutschland seine Handelspartner*innen in drei Kategorien einteilt, die sich an demokra-
 349 tischen und sozialistischen Standards messen. Länder, die alle Kriterien erfüllen, eignen sich auch in dieser
 350 Weltordnung als Handelspartner*innen auf Augenhöhe. Länder, die diese nur teilweise erfüllen oder bereits
 351 als autoritär definiert werden können, sollen nur noch sehr eingeschränkt als Handelspartner*innen in Frage
 352 kommen. Die drei Kategorien sollen lauten:

- 353 1. Bevorzugte Partner*innen.
- 354 2. Enge Partner*innen.
- 355 3. Funktionale Partner*innen.

356 Langfristiges Ziel soll sein, alle Handelsbeziehungen nur noch mit Partner*innen der Gruppe 1 zu tätigen;
 357 nur wo dies im kritischen Einzelfall nicht möglich ist, auch mit Gruppe 2. Beziehungen mit Partner*innen der
 358 Gruppe 3 sollen kurzfristig vollständig eingestellt werden.

359 Bevorzugte Partner*innen sind demokratisch organisiert. Die Rechte von Individuen, insbesondere von Ange-
 360 hörigen von Minderheiten und marginalisierten Gruppen, sind effektiv einklagbar. Es gibt eine sozialstaatliche
 361 Verfassung und von dem Staat gehen keine friedensstörenden Aktivitäten aus. Diese, und weitere noch ge-
 362 nauere zu definierende Kriterien, sollen unmissverständlich erfüllt werden.

363 Enge Partner*innen erfüllen diese Kriterien nach wie vor, jedoch kann es bei einzelnen Kategorien zur Diskussi-
 364 on stehen, ob demokratische und soziale Standards vollständig eingehalten werden. Hier muss insbesondere
 365 darauf geachtet werden, ob es zu einer Verbesserung oder zu einer Verschlechterung der Lage kommt.

366 Funktionale Partner*innen sind gelenkte Demokratien, Autokratien und Diktaturen sowie Staaten, in denen
 367 Menschen oder Menschengruppen eingeschränkt sind, grundlegende Rechte auch gegen Unternehmen oder
 368 Kapitalinteresse einzuklagen. Ebenso fallen in diese Kategorie Staaten, die aktiv den Weltfrieden stören oder
 369 manipulieren. Mit diesen Ländern darf kein Handel mehr betrieben werden und Sanktionen, gerichtet auf
 370 die wirtschaftliche Elite sowie das Regime, müssen in Kraft gesetzt werden. Auch präventive Sanktionen sind
 371 möglich.

372 **Globaler Arbeiter*innenkampf**

373 Einer unserer oben genannten Werte ist der Kampf gegen die Ausbeutung von Arbeiter*innen. Diesen Wert
 374 haben wir Sozialist*innen seit jeher global verstanden – vor allem in einer globalisierten Welt kann er auch

375 nicht auf Arbeiter*innen in Deutschland beschränkt sein. Wir verfolgen den Kampf gegen Ausbeutung in-
 376 ternational. Aus diesem Grund fordern wir zum einen eine radikale Verschärfung des beschriebenen EU-
 377 Lieferkettengesetzes in einer Form, die tatsächlich zu Konsequenzen für ausbeuterische Unternehmen führt.
 378 Zum Anderen fordern wir die Unterstützung von und Ausrichtung an globalen Gewerkschaftskämpfen. Arbeits-
 379 kämpfe kennen keine nationalen Grenzen und internationale Zusammenarbeit muss es als seine Kernaufgabe
 380 begriffen, Arbeiter*innen Plattformen zur grenzüberschreitenden Organisation zu bieten und Arbeitskämpfe
 381 zusammenzuführen. Wir unterstützen globale gewerkschaftliche Zusammenschlüsse ausdrücklich und hoffen
 382 auf eine stärkere weltweite Organisation. Denn außer an einigen wenigen Hauptknotenpunkten des globalen
 383 Handels haben nationale Arbeiter*innenkämpfe kaum die Schlagkraft der Vergangenheit – Unternehmen ha-
 384 ben heute viel mehr weltweite Ausweichmöglichkeiten. Es ist also essentiell, internationale Arbeitskämpfe zu
 385 unterstützen sowie auch zu initiieren. Da weltweiter Handel auf einem funktionierenden Transport- und Lo-
 386 gistikwesen fußt, sehen wir hier ein besonders effektives Potential für Arbeitskämpfe mit massivem Einfluss,
 387 der tatsächlich große Verbesserungen für die Arbeiter*innen schaffen könnte.

388 **Welchen Preis sind wir bereit zu zahlen – und für was überhaupt?**

389 Klar ist, dass wertebasierter Handel sowie weltweit tatsächlich faire Arbeitsbedingungen für alle Konsumgü-
 390 ter die aktuellen Dumping-Preise erhöhen werden, auf ihren echten Wert. Diese Punkte und damit das, was
 391 die Betriebswirtschaft "Externalitäten" (Kosten, die sich nicht auf den Verursachenden, sondern auf unbetei-
 392 ligte Personen auswirken, z.B. Umweltschäden) nennt, würden endlich in den Preis miteinfließen. Doch viele
 393 Menschen, auch in unseren westlichen Gesellschaften, sind auf niedrige Preise angewiesen.

394 Internationalismus heißt Kampf dem Patriarchat

395 Unser jungsozialistischer erweiterter Sicherheitsbegriff umfasst in einer globalisierten Welt mehr als nur mi-
 396 litärische und politische Sicherheit. Es geht nicht um den Schutz von Individuen und von Gewalt besonders
 397 betroffenen, vulnerablen Gruppen, sondern auch um den Kampf für Ernährungssicherheit und gegen Armut.
 398 Ebenso wichtig ist die Bekämpfung des Klimawandels, welcher gerade im Globalen Süden Lebensgrundlagen
 399 gefährdet. Auch muss durch globale Solidarität eine starke und demokratische Zivilgesellschaft gefördert wer-
 400 den, um diese in den jeweiligen Staaten mehr in die Entscheidungsfindung einzubeziehen und militärischen
 401 Konflikten präventiv entgegenzuwirken.

402 Bisher spielt die Frage von internationaler Geschlechtergerechtigkeit und dem Streben nach dem Abbau von
 403 patriarchalen Strukturen eine viel zu geringe Rolle. Außen- und Sicherheitspolitik sind eng miteinander ver-
 404 bunden und haben für alle Staaten eine hohe Bedeutung. Die traditionelle Sicherheitspolitik wurde oft durch
 405 Dominanz und Repression, einschließlich militärischer Gewalt, geprägt, um nationale Interessen zu verteidigen.
 406 Feministische Außenpolitik hingegen legt den Fokus auf die menschliche Sicherheit, Geschlechtergerech-
 407 tigkeit und den Abbau von patriarchalen Strukturen als zentrales Element für Frieden. Das Verständnis von
 408 Sicherheit geht über die staatliche Sicherheit hinaus und beinhaltet medizinische Versorgungssicherheit und
 409 Klimagerechtigkeit. Eine resilientere Gesellschaft ist eine sicherere Gesellschaft, und soziale Absicherung, wis-
 410 senschaftlicher und technologischer Fortschritt sowie eine starke Daseinsvorsorge sind notwendig.

411 Eine feministische Außenpolitik ist dringend notwendig – angesichts der Auswirkungen von Covid-19, der Kli-
 412 makatastrophe, des Backlashes im Bereich des legalen Zugangs zu Schwangerschaftsabbrüchen und sexuali-
 413 sierter Kriegsverbrechen an Frauen und Kindern.

414 Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass nachhaltiger Frieden eher gelingt, wenn auch Frauen an den
 415 Verhandlungen beteiligt sind. Frauen sollten stärker in Friedensverhandlungen einbezogen werden, da sie
 416 aufgrund ihrer Erfahrungen mit Diskriminierung im Patriarchat wichtige Perspektiven einbringen. Friedens-
 417 prozesse, an denen Frauen beteiligt sind, rücken nicht nur militärische, sondern auch zivile Sicherheit und
 418 wirtschaftliche Erholung in den Fokus und können Radikalisierung entgegenwirken. Es ist jedoch immer noch
 419 unzureichende Finanzierung und Unterstützung für die Beteiligung von Frauen an Friedensverhandlungen
 420 vorhanden, wie das Beispiel Afghanistan zeigt.

421 **Deshalb fordern wir:**

- 422 • Internationale Verbände feministisch aufstellen und mit zusätzlichen finanziellen Mitteln aus bundes-
 423 weiten und internationale Fördertöpfen unterfüttern
- 424 • Frauen auch in Internationalen Organisationen wie beispielsweise der UN stärken, um auch hier eine

- 425 feministische Perspektive einfließen zu lassen
- 426 • Feministische Organisationen stärker finanziell unterstützen, insbesondere NGOs, die sich für Gleich-
427 berechtigung und Teilhabe einsetzen
- 428 • NGOs keinen Stempel des Globalen Nordens aufdrücken und keine euro- und westzentristischen Maß-
429 stäbe anlegen, hierfür ist insbesondere auf die Repräsentation der betroffenen Ländern in den INGOs
430 zu achten
- 431 • Gewalt an Frauen und Kindern, insbesondere Vergewaltigung als Kriegswaffe härter ahnden, Bewusst-
432 sein schaffen
- 433 • Friedensverhandlungen dürfen keine elitäre Veranstaltung sein, eine Einbeziehung von zivilen Ak-
434 teur*innen ist unbedingt notwendig
- 435 • Frauen und andere marginalisierte Gruppen müssen ähnlich ihres Anteils an der Bevölkerung reprä-
436 sentiert sein
- 437 • Projekte vor Ort müssen auch immer die Stärkung der Frauenrechte und die Unterstützung von Frauen
438 als Teil ihres Mandats definieren
- 439 • Zwangsprostitution und Menschenhandel bekämpfen

440 **Globale Feministische Gesundheitspolitik:**

441 Die WHO definiert Gesundheit als einen Zustand von vollständigem körperlichem, seelischem und sozialem
442 Wohlbefinden, der über das bloße Freisein von Krankheit oder Gebrechen hinausgeht. Der Zugang zu er-
443 schwinglicher, qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht, das eng mit anderen
444 Menschenrechten verbunden ist. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist jedoch weltweit nicht gesichert,
445 insbesondere für arme, marginalisierte und diskriminierte Bevölkerungsgruppen. Insbesondere FLINTA*s ha-
446 ben aufgrund geschlechtsbezogener Datenlücken und Vorurteile bei der Diagnose und Behandlung von Krank-
447 heiten mit besonderen Herausforderungen zu kämpfen. Koloniale Verhältnisse und Rassismus prägen weiter-
448 hin die Gesundheitsversorgung, insbesondere bei der Verteilung von Medikamenten und Impfstoffen. So wird
449 traditionelle Medizin selbst bei nachweislicher Wirkung nicht anerkannt, zahlreiche Erkrankungen zu den so-
450 genannten neglected tropical diseases (NTDs; vernachlässigte tropische Krankheiten) gezählt und obwohl fast
451 jeder Fünfte in der Welt unter ihnen leidet, sind sie für die Erforschung und Entwicklung von Medikamenten
452 und Impfstoffen dennoch nicht von Bedeutung. Eine ungleiche Verteilung weltweit von Medikamenten und
453 Impfstoffen wurde auch während der Covid-19-Pandemie sichtbar. Die WHO ist in ihrer Arbeit dem entgegen-
454 zutreten durch unzureichende finanzielle Mittel eingeschränkt.

455 **Ziel einer globalen feministischen Gesundheitspolitik ist:**

- 456 • Keine Person darf negative Folgen bezüglich ihrer Gesundheit erleben, weil sie aufgrund von Faktoren
457 wie Geschlecht, Hautfarbe, sexueller Orientierung, Klasse oder Herkunft diskriminiert oder schlechter
458 behandelt wird.
- 459 • Der Ansatz globaler Gesundheitspolitik muss antirassistisch, feministisch und intersektional sein und
460 bei allen Bestrebungen die Dekolonialisierung vorantreiben.

461 **Deshalb fordern wir:**

- 462 • Die echte Anerkennung und Sicherstellung des Menschenrechts auf Gesundheit der internationalen
463 Staatengemeinschaft.
- 464 • Die Gewährleistung einer ausreichenden Finanzierung von Gesundheitsleistungen weltweit.
- 465 • Stärkung und bessere finanzielle Ausstattung der WHO sowie Entkopplung der Gelder von einzelnen
466 Projekten oder Themen, damit sie ihre Hauptaufgabe – die Bekämpfung von Erkrankungen und Förde-
467 rung der allgemeinen Gesundheit aller Menschen – weltweit erfüllen kann.
- 468 • Berücksichtigung von Gender und Feminismus in der globalen Gesundheitspolitik.
- 469 • Die Freigabe von Patenten im Gesundheitswesen.

470 **Hierzu zählt:**

- 471 • Dekolonialisierung der globalen Gesundheitspolitik
- 472 • Die Versorgung und der reale Zugang zu Leistungen der reproduktiven Gesundheit muss gewährleistet
- 473 sein, sodass eine adäquate Betreuung während der Schwangerschaft vorliegt und Schwangerschafts-
- 474 abbrüche weltweit sicher und legal sind. Schwangerschaftsabbrüche müssen entkriminalisiert werden
- 475 und als Menschenrecht gelten.
- 476 • Behebung der geschlechtsbezogenen Datenlücke in der Erforschung von Krankheiten sowie in der Ent-
- 477 wicklung von Medikamenten als auch in der Aufklärung über diese (Symptome)

478 **Klimagerechtigkeit & Feminismus:**

479 Bei einer feministischen Betrachtungsweise von Sicherheits- und Außenpolitik darf das Feld der Klimagerech-

480 tigkeit nicht fehlen. Der Begriff Klimagerechtigkeit beschreibt dabei die gemeinsame internationale Verantwor-

481 tung, insbesondere der Hauptverursacher*innen von Klimaschäden, sich für Klimaschutz einzusetzen, durch

482 ihr Handeln entstandene Schäden wiedergutzumachen und neue Schäden zu verhindern. Aus unserer inter-

483 nationalistischen, (jung)sozialistischen und feministischen Grundüberzeugung heraus ist es deshalb unsere

484 Pflicht, Klimagerechtigkeit als intersektionalen Ansatz zu begreifen und als eine der Maximen unserer Außen-

485 und Sicherheitspolitik zu bekräftigen. Bei unserem Kampf für mehr Klimagerechtigkeit liegt, genauso wie im

486 Kampf gegen patriarchale und kapitalistische Strukturen, insbesondere ökonomische Ausbeutung, Unterdrü-

487 ckung und Zerstörung zugrunde.

488 Es ist Aufgabe von uns Jungsozialist*innen, die Abhängigkeiten und das auf den Nutzen und Verwendungs-

489 zweck ausgerichtete System zu erkennen und Strategien zu dessen Überwindung zu entwickeln. Öl- und En-

490 ergiekonzerne haben ihre Verantwortung für eine bessere Öko- und CO2-Bilanz auf Endverbraucher*innen

491 verschoben, während Klimaleugner*innen und Misogynen oft dieselben sind. Die Auswirkungen der Klimaka-

492 tastrophe treffen Frauen im globalen Süden besonders hart. 80% der Vertriebenen durch die Klimakatastrophe

493 sind Frauen und sind auf ihrer Flucht geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt. Der Schutz von Frauen, die

494 vor der Klimakatastrophe fliehen, ist nicht von der Genfer Konvention abgedeckt.

495 Eine nachhaltige Perspektive auf feministische Außenpolitik sollte nicht nur die Klimakatastrophe, sondern

496 auch Fragen der energetischen Unabhängigkeit und autokratischer Regime berücksichtigen. Internationale

497 Standards sollten als Kriterien für die Wahl von wirtschaftlichen Partner*innen etabliert werden, um das pa-

498 triarchale, kapitalistische System von Abhängigkeiten zu überwinden. Der aktuelle russische Angriffskrieg auf

499 die Ukraine zeigt, dass die energetische Abhängigkeit von nicht-demokratisch geführten Staaten gefährlich

500 ist und die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik einschränkt. Es sollte keine neuen unbefristeten Verträ-

501 ge für fossile Energieträger mit autokratisch geführten Staaten geben, sondern eine wirkliche Perspektive zur

502 Gewährleistung der energetischen Unabhängigkeit der Bundesrepublik.

503 **Deshalb fordern wir:**

- 504 • Die Aufnahme der "Klimakrise" in den Katalog für Fluchtursachen der Genfer Konvention, damit insbe-
- 505 sondere auch geschlechtsspezifische Gewalt auf der Flucht vor der Klimakrise anerkannt wird.
- 506 • Weltweit geschlechtergerechte Bevölkerungs- und Katastrophenschutzpläne.
- 507 • Die Internationale Zusammenarbeit sowohl an ökologische, feministische sowie Menschenrechtsstan-
- 508 dards koppeln – Gerechtigkeit als klare Voraussetzung für ein friedliches, nachhaltiges weltweites Mit-
- 509 einander (gerade kritisch nach Gasverträgen mit Katar).
- 510 • Eine wirtschaftliche Unabhängigkeit von autokratisch regierten Staaten – Frieden und Sicherheit hän-
- 511 gen weltweit vom Ende der Zerstörung und Ausbeutung des Planeten ab (nicht zuletzt die Abhängigkeit
- 512 von Russland als mahndendes Beispiel).
- 513 • Die kontinuierliche Neubewertung von internationalen Bündnis- & Wirtschaftspartner*innen auf der
- 514 Grundlage von feministischen, ökologischen und menschenrechtlichen Maßstäben – eine Zusammen-
- 515 arbeit mit autokratischen Staaten lehnen wir grundsätzlich ab (z. B. Katar, Aserbaidschan und Saudi-
- 516 Arabien).
- 517 • Verbindliche internationale Agenda feministischer Sicherheit bei Auswirkungen des Klimawandels (indi-
- 518 viduelle Sicherheit muss mit staatlicher und zwischenstaatlicher Sicherheit zusammengedacht werden,
- 519 damit Machtdynamiken verstanden und hin zu mehr Gerechtigkeit verändert werden können.

520 • Mehr Forschung im Bereich der (internationalen) Politik mit Schwerpunkten auf feministische Sicher-
521 heit, Frieden und Gerechtigkeit im Zusammenhang mit der Klimakatastrophe.

522 • Lieferkettengesetze zur Stärkung von Arbeits-, Menschen- Umwelt und Frauenrechten.

523 Die Rechte von FLINTA*s sind Menschenrechte! Wir stehen solidarisch an der Seite der Protestierenden im
524 Iran und verurteilen die Gewalt des Mullah-Regimes aufs Schärfste. Wir fordern:

525 • Einen dauerhaften Abschiebestopp in den Iran.

526 • Sichere Fluchtrouten und besseren Schutz für Exil-Iraner*innen.

527 • Die Revolutionsgarde, die für die Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist, auf die EU-Terrorliste
528 zu setzen.

529 • Die Freilassung der politischen Gefangenen.

530 • Verurteilung und Dokumentation der Verbrechen an der Menschlichkeit.

531 • Das Ende der Diskriminierung von FLINTA*s im Iran.

532 • Umfassende Sanktionen gegen den Iran und den Abbruch sämtlicher Kooperationen.

533 • Eine aktive Unterstützung der Proteste.

534 Internationalismus heißt globale Solidarität

535 **Hier "entwickelt" sich nichts mehr**

536 Wir betreiben keine "Entwicklungshilfe". Wir prangern die Macht des Globalen Nordens an, der noch immer
537 vom Kolonialzeitalter profitiert. Mehr noch: das Kolonialzeitalter ist nie zu Ende gegangen. Die Interessen von
538 Kapitalist*innen wiegen noch immer stärker als intakte Ökosysteme, das Verbot von Menschenhandel und
539 Kinderarbeit oder die hemmungslose Ausbeutung wertvoller Ressourcen auf Kosten lokaler Bevölkerungen.
540 Antikolonialismus gibt es seit dem ersten Tag, an dem Europäer*innen Machtansprüche auf fremde Gebie-
541 te gestellt haben, Zeit, dass sich auch der europäische Sozialismus an die Seite antikolonialer Bewegungen
542 stellt.

543 Wir verwenden den Begriff der Internationalen Zusammenarbeit (IZ). Zu einer IZ unter sozialistischen und
544 feministischen Vorzeichen gehört das beharrliche Einfordern der Aufhebung des globalen Machtgefälles zu
545 Gunsten der globalen Zentren. Es bedeutet, Eurozentrismus in den internationalen Institutionen sowie unse-
546 ren Gesellschaften zu bekämpfen. Das umfasst wirtschaftliche sowie kulturelle Fragen.

547 Wir streben nach Solidarität mit den Menschen, die sich von der globalen Ungerechtigkeit befreien wollen. Wir
548 müssen die Stimmen der Sozialist*innen und Feminist*innen, die sich gegen Kolonialismus organisieren, hör-
549 bar machen. Die Geschichte Europas wird oft aufgehübscht, doch sie ist vor allem auch Sklaverei, Völkermord,
550 Besatzung, die Entmenschlichung der Bevölkerung ganzer Kontinente, Kulturraub, und unzählige weitere Ver-
551 brechen gegen die Menschlichkeit.

552 **Können Staaten im Kapitalismus gut zusammenarbeiten?**

553 Die kurze und einfache Antwort lautet: Nein. Machtpolitische Interessen prägen das Geschehen und sind nicht
554 auf eine solidarische Zusammenarbeit ausgerichtet, sondern den andauernden kapitalistischen Zwängen un-
555 terworfen. So stehen niedere Beweggründe wie Prestige für einzelne Länder, gutes Marketing und PR meist
556 im Vordergrund. Das Ziel der Staaten im globalen Norden ist es, die Staaten im globalen Süden systemisch
557 auszubeuten. Zwar fließen durch die sogenannte Entwicklungshilfe jährlich fast 170 Milliarden Euro von den
558 reichen Ländern an strukturell schlechter gestellte Staaten, ca. 27 Milliarden kommen aus Deutschland [Zah-
559 len aus 2020; ODA von privaten **und** staatlichen Träger*innen]. Dabei ist das Ziel jedoch nicht die Bekämpfung
560 der Ursachen von Ungleichheit und Armut in den einzelnen Ländern, sondern erneut stehen kapitalistische
561 Interessen im Mittelpunkt. Die Länder sollen so weit gestärkt werden, dass ein Handel mit den Ländern des
562 globalen Norden möglich und lukrativ ist, das Leid wird oft nur auf das für westliche Gesellschaften erträgliche
563 Maß reduziert.

564 Ein relevantes Beispiel hierfür ist die Corona-Pandemie seit 2020. Um die Herstellung des Impfstoffes weltweit
565 voranzutreiben und die Folgen der Pandemie so einzudämmen, hatten die Entwickler*innen der verschiede-

566 nen Impfstoffe die Möglichkeit diese Patente freizugeben. Länder des globalen Südens hätten davon stark
 567 profitiert. Die Patente wurden aber nicht freigegeben, da sie mit Gewinneinbußen einhergegangen wären.
 568 Hinzu kam die fehlende Unterstützung zum Aufbau von Kapazitäten, Impfstoffe zu produzieren und Impfun-
 569 gen durchzuführen. Man entschied sich dazu, die Pandemie auf dem Rücken derer ausgetragen, die nicht nur
 570 unter Pandemie selbst, sondern beispielsweise auch unter den Folgen des Klimawandels am meisten zu lei-
 571 den haben: Die Menschen im globalen Süden und insbesondere die Sicherheit von marginalisierten Gruppen
 572 sowie FLINTA*s.

573 **Solidarität mit den indigenen Völkern dieser Welt!**

574 Kolonialmächte plündern und zerstören das Hab und Gut indigener Bevölkerungen seit spätestens dem 14.
 575 Jahrhundert hemmungslos. Gerade das Industriezeitalter und Europas Machtposition in der Welt haben dazu
 576 geführt, dass kaum ein Quadratmeter nicht von einem Imperium kontrolliert wurde. Die ökologischen Grund-
 577 lagen indigener Menschen wurden zerstört, Krankheiten eingeführt und Völkermorde begangen. Die Zerstö-
 578 rungswut ist weder vorbei, noch aufgearbeitet, noch ist eine Befreiung heute in Sicht. Wir Jusos bekennen uns
 579 daher zur Verantwortung, zu lernen, globale Solidarität aus der Perspektive indigener Völker leben zu können.
 580 Dabei betonen wir ausdrücklich die Vielfalt der mehr als 1.900 indigenen Völker und ihren gut 175 Millionen
 581 Angehörigen an und wissen, dass es meistens nicht eine Politik oder eine passende Solidaritätsform für alle
 582 geben kann.

583 Die Gier nach billigen Ressourcen zur Weiterverarbeitung in Europa treibt bis heute die Zerstörung der Le-
 584 bensgrundlage von Menschen auf der ganzen Welt voran. Hier ein paar Beispiele:

- 585 • Die Abholzung von Regenwäldern ist eine andauernde Bedrohung für seine Bewohner*innen. So führt
 586 zum Beispiel die Zerstörung des Peruanischen Regenwalds im Interesse kapitalistischer Ausbeutung,
 587 dass die ca. 350.000 Menschen in 1.786 "indigenen Dorfgemeinschaften" keinen Zugang mehr zu
 588 Nahrungs- und Heilmittel, Baumaterial und Schutzräumen haben.
- 589 • Der Abbau von Gold, Uran, seltenen Erden, Eisen und weiteren für Industriegesellschaften relevanten
 590 Metallen und Mineralien geht oft mit Menschenhandel, Landraub und der Störung von Ökosystemen
 591 einher, die für indigene und isolierte Bevölkerungen überlebenswichtig sind.
- 592 • Große Infrastrukturprojekte werden oft ungeachtet indigener Gebiete durchgeführt. Die demokrati-
 593 schen Rechte der lokalen Bevölkerung werden dabei übergangen.

594

595 Diese Beispiele zeigen, dass für Angehörige indigener Völker kein gleichberechtigtes Mitspracherecht zur Ge-
 596 staltung ihrer eigenen Umwelt vorherrscht. Es sind die Interessen kapitalistischer Staaten und von Großunter-
 597 nehmen, die global operieren und billigend den millionenfachen Menschenrechtsbruch in Kauf nehmen, den
 598 sie durch ihre unternehmerischen Tätigkeiten begehen. Die zahlreichen Konventionen für die Rechte indige-
 599 ner Menschen, u.a. von den UN, der EU oder der ILO, bleiben überschaubar in ihrer Wirkung. Individualistische
 600 Aufrufe, durch das Kaufen und Nicht-Kaufen bestimmter Waren zur Förderung indigener Rechte beizutragen,
 601 betrachten wir als weitestgehend wirkungslose Augenwischerei.

602 Die Stimmen von indigenen Völkern, als Jugendverband insbesondere auch junger Stimmen, müssen daher
 603 mehr Raum in unserer internationalen Arbeit einnehmen. Gerade in Europa wirken diese Stimmen weit weg,
 604 doch sie sind es nicht, denn europäische Politik bestimmt deren Lebensgrundlagen. Wir können keine glaub-
 605 würdige und solidarische Politik der internationalen Zusammenarbeit führen, wenn unsere Handelspolitik
 606 darauf ausgerichtet ist, durch protektionistische Methoden die Lebensgrundlagen der Länder des globalen
 607 Südens zu zerstören. Wir stehen für eine Neuverhandlung der Verträge im Hinblick auf unsere feministischen
 608 und ökologischen Grundwerte.

609 Daher sind wir der festen Überzeugung, dass diejenigen, die in einer Region leben, auch maßgeblich darüber
 610 bestimmen müssen, was mit ihrer Umwelt geschieht. Kurzfristig fordern wir, dass Ressourcenabbau nur im
 611 Einvernehmen mit der betroffenen Bevölkerung geschieht, Lieferkettengesetze unternehmerische Tätigkeiten,
 612 die indigene Rechte unterwandern, schonungslos verbieten und dort, wo Abbau zugelassen wird, die lokale
 613 Bevölkerung maßgeblich davon profitieren kann. Langfristig darf globaler Handel kein Spiel von Profitinter-
 614 sen sein, sondern von einem Austausch auf Augenhöhe zur Mehrung des Wohlstands aller Menschen auf der
 615 Welt.

616 Auch müssen wir dafür sorgen, dass auch für alle Völkerrechtsbrüche durch die Institutionen (nationalen oder
617 supranationalen) für Gerechtigkeit gesorgt wird – in Form von Rückzahlungen bzw. Annullierung der illegalen
618 Konzessionen von Grundstücken. Unsere Aufgabe muss es sein, die Indigenenverbände in dem rechtlichen
619 Kampf solidarisch zu unterstützen, damit es endlich zur Gerechtigkeit durch die Institutionen kommt.

620 In Zukunft möchten wir uns insbesondere auch mit der Situation der europäischen indigenen Bevölkerungen
621 auseinandersetzen. Hier sind insbesondere die Sami im Norden Norwegens, Schwedens, Finnlands sowie
622 Russlands zu nennen. Das Gebiet Sápmi ist auf vier Staaten mit unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedin-
623 gungen aufgeteilt. Gemein haben alle die fehlende wirksame politische Repräsentation sowie die Bedrohung
624 der für die Rentierjagd wichtigen Ökosysteme durch die Ausweitung des Abbaus von Eisen und ggf. bald sel-
625 tener Erden sowie durch Tourismus.

626 **Kolonialgeschichte aufarbeiten – Europa dekolonialisieren – Reparationen leisten**

627 Bis heute ist es kaum im öffentlichen Bewusstsein etabliert, dass das Deutsche Kaiserreich zwischen 1873 und
628 1918 eine Kolonialmacht war. Bereits in den frühen Anfängen der Kolonialzeit im 14. Jahrhundert waren es
629 oft Akteur*innen aus den deutschsprachigen Ländern, die von Kolonialisierung, Sklaverei und der Etablieren
630 von Überseegebieten profitierten. Deutsche siedelten auf indigenem Land, Händler*innen machten Geschäfte
631 mit Ausbeutung lange vor der Gründung eines deutschen Zentralstaates. Kleinere deutsche Staaten versuch-
632 ten öfter, wenn auch oft erfolglos, eigene Territorien für sich zu beanspruchen. Nachfolgestaaten des deut-
633 schen Kolonialreiches sind heute in großen Teilen Togo, Kamerun, Namibia, Tansania, Ruanda, Benin, Papua-
634 Neuguinea, Westsamoa, Mikronesien sowie zu kleineren Teilen die VR China (Qingdao) und Ghana.

635 Deutschland und Europa müssen ihre Kolonialverbrechen aufarbeiten. Der Völkermord an den Herero und
636 Nama im heutigen Namibia sind immer häufiger in der Öffentlichkeit Diskussionsthema, doch das kann nur
637 der erste Schritt sein. Erinnerungskultur, das muss auch heißen, diesen Teil der deutschen Geschichte zu be-
638 trachten: Von den Anfängen bis zu den noch heute bestehenden Netzwerken und Profiteur*innen. Die Dekolo-
639 nialisierung findet in den Schulen, Verbänden und Vereinen, in den Medien sowie in Politik und Zivilgesellschaft
640 statt. Die Leben und Geschichten deutscher BIPOC [Black and Indigenous People of Color] müssen sichtbar ge-
641 macht werden, der alltägliche Rassismus in Kultur und Öffentlichkeit muss offensiv adressiert werden. Es muss
642 ein Ruck durch den ganzen Kontinent gehen, dieses Erbe imperialistischen Schaffens abzuwerfen.

643 Doch das alles wird nicht reichen, die globale Ungerechtigkeit tatsächlich aufzubrechen. Wir fordern Repara-
644 tionszahlungen, die diejenigen möglichst direkt erreichen müssen, die noch heute von den negativen Folgen
645 von Kolonialisierung betroffen sind. Wir wissen heute nicht, wie diese Reparationen aussehen können, wer die
646 Entscheidungsmacht über die Verwendung der materiellen Ressourcen innehaben wird oder wie der Prozess
647 ausgestaltet werden kann. Doch wir bekennen uns klar zur Bereitschaft, den globalen Wohlstand fair aufzutei-
648 len auf Grundlage der Überzeugung, dass die wahren Grenzen dieser Welt zwischen Arm und Reich verlaufen
649 und genug für das gute Leben für alle da ist!

650 III. Eine Welt ohne Waffen schaffen

651 Jede Politik muss zur Abrüstung führen

652 Wir wollen in einer Welt leben, in der Abrüstung durch gewaltfreie Konfliktlösung ermöglicht wird. Eine Welt,
653 in der bilaterale Verträge wie der Atomwaffensperrvertrag, das New Start Abkommen oder der Vertrag über
654 konventionelle Streitkräfte in Europa gemeinsam Sicherheit schaffen. Russlands Austritt aus letzteren beiden
655 zeigt uns, dass bis dahin noch ein weiter Weg vor uns liegt. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Waffen, Arme-
656 en und Militärbündnisse mit einer globalen Friedensarchitektur. Gerade in Zeiten eines weiteren, brutalen
657 Angriffskrieges bleibt unsere Forderung nach Abrüstung Kern unserer internationalen Politik.

658 Wir verurteilen, dass Deutschland einer der weltweit größten Waffenexporteure ist. Waffenlieferungen an
659 Staaten, die Angriffskriege führen oder unterstützen, lehnen wir kategorisch ab. Staaten, die Menschenrechte
660 mit Füßen treten und missachten, sind inakzeptabel. Das gilt insbesondere für die anhaltenden Waffenlie-
661 ferungen an die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien und Ägypten mit ihrer Beteiligung am Krieg
662 gegen den Jemen.

663 Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist ein weiterer Einschnitt im Versuch, auf dem ganzen euro-
664 päischen Kontinent Frieden zu bewahren. Für uns ist klar: Diejenigen, die sich gegen Angriffskriege wehren
665 und drohen, das Ziel von Kriegsverbrechen zu werden, haben ein Recht auf Selbstverteidigung. Dieses kann

666 nicht immer unbewaffnet durchgesetzt werden. Wir können pauschale Ablehnungen jeder Art der Lieferung
667 von Waffen zu Verteidigungszwecken nicht nachvollziehen und halten es für falsch, in der momentanen Welt
668 ein kategorisches Nein dieser Art auszusprechen. Konflikte sind komplex und verdienen jeweils eine eigene
669 Abwägung, insbesondere unter Berücksichtigung der progressiven und sozialistischen Stimmen unter den Be-
670 troffenen. Unsere Ablehnung kapitalistischer Staaten und unsere Opposition zu Waffenexporten steht nicht
671 im Widerspruch zu dieser Haltung, denn unser Ziel bleibt erhalten. Doch es sind nicht diejenigen, die angegrif-
672 fen und verfolgt werden, die für dieses Ziel entwaffnet werden dürfen, sondern diejenigen, die Angriffskriege
673 anzetteln.

674 Wir bekennen uns daher sowohl zum obersten Politikziel, Abrüstung herbeizuführen, wie auch zur Ausstattung
675 der Menschen, die sich heute in der Ukraine gegen die russische Invasion verteidigen, mit Waffen, Munition
676 und Rüstung zu Verteidigungszwecken. Wir evaluieren die Situation regelmäßig und bestehen darauf, dass
677 der Dienst an der Waffe abgelehnt werden kann und Fluchtwege offengehalten werden. Niemand darf zum
678 Kriegsdienst gezwungen werden, auch nicht in Kriegssituationen.

679 Die Unterscheidung von Waffenexporten und Waffenlieferungen beziehen wir auf monetäre Gegenleistun-
680 gen bzw. deren Ausbleiben. Waffenlieferungen erfolgen als Unterstützung gegen Angriffe oder Bedrohungs-
681 situationen, Waffenexporte erwarten finanzielle Gegenleistungen und werden in der heutigen Zeit auch an
682 kriegführende Staaten und Diktaturen geleistet, davon profitieren Einzelpersonen und Unternehmen. Diese
683 Waffenexporte lehnen wir entschieden ab. Rüstungsindustrien müssen verstaatlicht und unter strenger Kon-
684 trolle gestellt werden. Kein Mensch darf finanziell von der Herstellung und der Verteilung von Waffen, Munition
685 oder Rüstung profitieren, niemals und nirgendwo.

686 Wir Jusos stellen uns hinter die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, die Frieden sichern,
687 Konflikte entschärfen und zur Abrüstung beitragen. Besonders hervorzuheben ist hierbei die NPT Konvention,
688 welche die Proliferation von Nuklearwaffen unterbindet, sowie das Programme of Action to Prevent, Combat
689 and Eradicate the Illicit Trade in Small Arms and Light Weapons in All Its Aspects (PoA), welche den Verkauf
690 von Waffen an terroristische und verbrecherische Gruppierungen erschweren soll. Wir sprechen uns entschie-
691 den für die Einhaltung der Genfer Konvention aus, und fordern alle Staaten auf, diese einzuhalten. Dies gilt
692 vor allem für den Schutz der Zivilbevölkerung in aktiven Kriegsgebieten, welche für uns allerdings nicht mit
693 der Einstellung der Kampfhandlung enden. So zeigt die Gefahr durch Landminen, dass die Bevölkerung noch
694 Jahre nach den Kriegen durch diese bedroht ist. Wir fordern daher alle Staaten auf, der Ottawa-Konvention
695 beizutreten, sehen dies aber nur als ersten Schritt in der Sicherstellung lebenswerter und menschengerechter
696 Zustände in ehemaligen Kriegsgebieten.

697 Waffenlieferungen

698 Wir sehen Waffenlieferungen immer als letztes Mittel an und setzen uns für eine friedliche Lösung von Kon-
699 flikten ein. Waffenlieferungen sind wie schon beschrieben nicht kommerziell und werden meist an Bündnis-
700 partner*innen oder nahestehenden Nationen geleistet, wie im Beispiel des Angriffskriegs Russlands auf die
701 Ukraine.

702 Befinden sich Bündnispartner*innen in einer bedrohlichen Lage, dann ist es die Aufgabe von Deutschland
703 Waffenlieferungen für einen Kriegszustand zuzusichern, sollte ein Krieg ausbrechen und unsere Partner*innen
704 auf diese Waffen angewiesen sein. Mit einer Zusicherung ist noch keine Lieferung verbunden. Diese erfolgt
705 erst nach dem Kriegsausbruch. Hierbei müssen Wege geschaffen werden, zugesicherte Waffen schnell an die
706 Partner*innen liefern zu können.

707 Werden Staaten angegriffen, die nicht im direkten Bündnisbeziehungen stehen, müssen ebenfalls unterstüt-
708 zende Lieferungen möglich sein, allerdings ebenfalls strenge Kriterien angewandt werden.

709 Wir fordern, dass nur Staaten Waffenlieferungen erhalten, die sich einem unrechtmäßigen Angriffskrieg eines
710 anderen Staates ausgesetzt sehen. Durch die gelieferten Waffen darf nur die Landesverteidigung unterstützt
711 werden, keine Gegenangriffe auf gegensätzliche oder dritte Staatsgebiete. Des Weiteren sollen nur Staaten
712 beliefert werden, die stabile demokratische Strukturen und Rechtsstaatlichkeit aufweisen. Die Bewertung soll
713 anhand transparenter Richtlinien und einer konkreten Einzelfallbewertung erstellt werden. Darüber hinaus
714 muss sichergestellt werden, dass die Waffen nicht unkontrolliert an Dritte weitergegeben werden, sondern
715 stattdessen durch Verträge sichergestellt werden, dass die Waffen im Anschluss an die Beilegung des Konflikts
716 zurückgegeben werden.

717 Präventive Waffenlieferungen bevor der Krieg ausbricht, lehnen wir ab. Würde Deutschland Waffen in alle
718 Länder liefern, in denen ein Krieg droht, würde man so nur militärische Bestrebungen zur Lösung des Konflikts
719 unterstützen. Außerdem kann nicht gesichert werden, dass die Waffen nicht in die falschen Hände geraten,
720 sollte der Krieg nicht wie erwartet ausbrechen. Durch präventive Waffenlieferungen kann das oberste Ziel, die
721 friedliche Lösung der Konflikte und die Vermeidung von Waffenlieferungen nicht erreicht werden.

722 Non-state actors sind in diese Kriterien explizit miteinbezogen. Verfasste Gruppen, die sich klar definieren
723 lassen, aber keine anerkannten staatlichen Merkmale aufweisen, können Unterstützung gegen Angriffe und
724 Repressionen erhalten. Auch müssen demokratische und rechtsstaatliche Kriterien angelegt werden und von
725 Fall zu Fall unterschieden werden.

726 Wir beobachten weiterhin die Lage in Taiwan und erkennen an, dass wir uns unter Umständen im Kriegsfall
727 einer Diskussion über Waffenlieferungen stellen müssen.

728 Waffenexporte

729 Innerhalb von Bündnissen sollen Waffenexporte an verbündete Staaten möglich sein, um eine Bündnisver-
730 teidigung zu ermöglichen. Auch wenn künftige Bündnisse an Kriterien wie Demokratie und Rechtsstaat aus-
731 gerichtet werden sollen, fordern wir, dass bei künftigen Exporten von Waffen die einzelnen Situationen be-
732 trachtet werden, um zu verhindern, dass verbündete Staaten bei völkerrechtswidrigen bewaffneten Aktionen
733 unterstützt werden.

734 Zukünftig wollen wir Bündnisstrukturen, innerhalb derer nicht einzelne Staaten Waffen, Panzer und Flugzeuge
735 herstellen und am Verkauf an andere Staaten, die selbst nicht herstellen, monetär profitieren. Stattdessen sol-
736 len gemeinsame Strukturen aufgebaut werden, die eine gemeinsame Finanzierung, Herstellung und Verteilung
737 von Rüstungsgütern innerhalb des Bündnisses koordinieren. Diese Strukturen sollen Waffenexporte innerhalb
738 des Bündnisses obsolet machen. Exporte an Staaten außerhalb des Bündnisses lehnen wir ab, sofern keine
739 Assoziierung an das künftige Verteidigungsbündnis besteht. In diesem Fall muss eine Bedrohungslage vorlie-
740 gen und es sollen dieselben Kriterien wie bei Waffenlieferungen gelten, diese aber noch strenger ausgelegt
741 werden. Exporte in Kriegsgebiete lehnen wir ab.

742 Wir setzen uns dennoch dafür ein, dass langfristig eine globale Abrüstung stattfindet, um Konflikte auf fried-
743 liche Art und Weise lösen zu können. Wir glauben, dass die Welt sicherer und stabiler wird, wenn weniger
744 Waffen vorhanden sind und stattdessen auf Verhandlungen, Diplomatie und internationale Zusammenarbeit
745 gesetzt wird. Daher ist es unser Ziel, Waffenlieferungen und Exporte auf ein Minimum zu beschränken und
746 langfristig eine friedliche Welt ohne militärische Konflikte zu erreichen.

747 Leider ist Deutschland ein großer Waffenexporteur in instabile Regionen und stützt damit autoritäre Regime
748 zum Leid anderer und für den Profit der eigenen Rüstungsindustrie. Für uns bleibt aber klar, dass mit Waffen,
749 militärischem Equipment und der Ausstattung für Sicherheitsbehörden keine Profite gemacht werden dürfen.
750 Dazu muss die Rüstungsindustrie verstaatlicht und klare Regeln für ausländische Unternehmen mit Fertigung
751 in Deutschland geschaffen werden. Diese müssen unter parlamentarische Kontrolle gestellt werden und für
752 sie müssen dieselben Kriterien wie für die deutsche Industrie gelten.

753 Wir kritisieren, dass besonders sensible Entscheidungen über Rüstungsexporte nur der Bundessicherheitsrat,
754 dessen Sitzungen geheim stattfinden, trifft. Der Export sowie die Lieferung von Waffen muss vielmehr von
755 dem Willen der Bürger*innen legitimiert sein und bedarf somit der Genehmigung des Parlaments.

756 **Unsere Forderungen für eine Welt ohne Waffen:**

- 757 • langfristiges Ziel: eine Welt ohne Waffen, Armeen und Militärbündnisse mit einer globalen Friedensar-
758 chitektur
- 759 • Es soll nur Staaten Waffenlieferungen erhalten, die sich einem unrechtmäßigen Angriffskrieg eines an-
760 deren Staates ausgesetzt sehen
- 761 • Waffenlieferungen und Exporte nur als letztes Mittel
- 762 • Keine Profite mit Waffen! Rüstungsindustrie verstaatlichen
- 763 • Keine präventiven Waffenlieferungen
- 764 • Lieferung von Waffen bedarf Legitimierung durch das Parlament

765 IV. Europa & Militärallianzen

766 Die NATO auflösen – niemals auf Kosten Ost- & Mitteleuropas!

767 Aktuell stehen wir vor einer Welt, in der einzelne Staaten ihre Interessen mit Waffengewalt durchsetzen wollen
768 und Autokraten durch imperiales Großmachtstreben andere Staaten von der Landkarte tilgen wollen. Damit
769 einher gehen massive Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, Mord und Verschleppung und nukleare Bedro-
770 hung.

771 Der globale Kapitalismus ergibt in seiner Natur eine Gefahr für den Frieden und großes Potential, wenn nicht
772 Zwang zum bewaffneten Krieg und militärische Auseinandersetzungen. Der sich immer weiter radikalisierende
773 Markt jagt um den Globus, immer auf der Suche nach neuen Märkten, auf der Suche nach neuem "Potential"
774 und auf der Suche nach Systemen, die er zerstören kann, die er von sich abhängig machen kann. Dieser Drang
775 des Kapitalismus wird immer Leid und Elend, immer Ungleichheit und immer Perspektivlosigkeit erzeugen und
776 somit immer zu bewaffneten Konflikten führen.

777 Imperiales Großmachtstreben ist zudem in weit mehr Köpfen verhaftet, als wir uns das eingestehen wollen.
778 Nationalismus ist der letzte Schlupfwinkel, in den die politische Rechte immer flüchten werden und ihre größte
779 Motivation für Hass auf andere Nationen und Völker. Im 21. Jahrhundert berufen sich Staatschefs in Russland,
780 Ungarn, China und weitere Autokratien auf ihrer Meinung nach unberechtigte Teilungen aus den Anfängen des
781 letzten Jahrhunderts und vermeintlichen Berechtigungen aus noch weiter vergangen Tagen. Der Imperialismus
782 feiert in Zeiten der erstarkenden extremen Rechten ein Comeback.

783 Ausufernder Kapitalismus und erstarkender Imperialismus üben immense Gefahren für Staaten aus, die sich
784 den kapitalistischen Zwängen des weltweiten Kapitals oder imperialen Bestrebungen ihrer Nachbarn nicht
785 beugen wollen. Russlands brutaler Krieg gegen die Zivilbevölkerung der Ukraine zeigt das einmal mehr.

786 In solchen Zeiten müssen souveräne Staaten sich und ihre freiheitliche Grundordnung verteidigen können. Ei-
787 ne demilitarisierte Welt, die immer unsere Vision war und auch bleiben muss, ist damit ein Stück weiter in die
788 Ferne gerückt. Verteidigungsfähigkeit ist wichtig und im Sinne einer antimilitaristischen Sichtweise ist es es-
789 sentiell, militärischer Gewalt nicht schutzlos entgegenzutreten, sondern immens wichtig sich und freiheitliche
790 Werte zu verteidigen.

791 Damit dabei das Recht des Stärkeren nicht siegt, sind Militärbündnisse leider notwendig. Auch wenn es pa-
792 radox anmutet: Antimilitarismus bedingt in Zeiten eines erstarkenden Imperialismus die Notwendigkeit für
793 Militärbündnisse.

794 Es bleibt allerdings dabei: Die NATO in ihrer heutigen Form lehnen wir ab. Wir lehnen die aktuellen Struk-
795 turen, die undurchsichtig und wenig demokratisch sind, ab. Sie wurde als kollektives Verteidigungsbündnis
796 begründet und sollte eine Vereinigung demokratischer, marktwirtschaftlich organisierter Systeme sein. Die
797 Scheinheiligkeit hinter dieser Aussage vor allem im Bezug auf die türkische NATO-Politik ergibt für uns eine
798 klare Ablehnung der Nato in ihrer jetzigen Form.

799 Autokratisch geführte Staaten sollten nicht Teil eines Bündnisses sein, das für die freiheitliche Grundordnung
800 und Demokratie eintreten soll. Die Türkei befindet sich seit 2005 im freien Fall in Bezug auf Menschenrechte,
801 Pressefreiheit und Frauenrechte, zusätzlich schränkt die Erdoğan Regierung die politische Opposition massiv
802 ein. Trotzdem ist die Türkei immer noch Teil der NATO und blockiert den Beitritt Schwedens und Finnlands, die
803 Sicherheit vor Russland suchen. Er erpresst die westliche Welt, um Unterstützung für ihren völkerrechtswidri-
804 gen Kampf gegen Kurdinnen in der Türkei und der Autonomieregion Rojava in Nordsyrien und dem Nordirak
805 zu erhalten. Dabei wurde in den syrischen Bürgerkrieg eingegriffen und kurdische Truppen angegriffen, die als
806 Verbündete der NATO gegen den sogenannten Islamischen Staat kämpften. Kurdinnen werden in der Türkei
807 beständig unterdrückt und ihre Gebiete brutal bombardiert. Die Türkei versucht auch, politisch geflüchtete
808 Kurd*innen aus NATO-Staaten auszuliefern. Zudem versucht Erdoğan beständig, geopolitische Vorteile durch
809 Waffengewalt durchzusetzen. Gerade durch die massiven Drohungen gegen Griechenland und die De-facto
810 Besetzung Nordzyperns versucht die Türkei beständig geopolitische Vorteile durch Waffengewalt durchzuset-
811 zen. Dies ist als illegitim anzusehen und könnte einen Bündnisfall auslösen. Solch aggressives Verhalten, wie
812 das des türkischen Diktators Erdogan ist nachweislich deutlich öfter von autokratischen Regimen zu beobach-
813 ten. Demokratien führen deutlich seltener Kriege und noch seltener lösen sie Kriege durch eigenes Handeln
814 aus. Kein Staat, der bewaffneten Kampf als legitimes Mittel ansieht, darf ein vollwertiges Nato-Mitglied sein.

815 Deswegen muss klar gelten: Autokratien dürfen nicht Teil von freiheitlichen Verteidigungsbündnissen wer-
816 den.

817 Doch nicht nur im Umgang mit Autokratien handelt die NATO entgegen ihrer eigenen Werte, in der 2022 be-
818 schlossenen Madrid Summit Declaration werden weitere Punkte deutlich, bei der die Beschlüsse weit weg
819 von der Realität des Militärbündnisses liegen. Hier gilt vor allem der eigene Anspruch an den Umgang mit
820 der Klimakrise. Es wird festgehalten, dass zwar die CO2-Emissionen gesenkt und die Energieeffizienz gesteigert
821 werden soll, jedoch mit Beibehaltung der Abschreckungspolitik. In Zusammenhang mit Armeen als gro-
822 ßen Emittenten und ohne Erfassung der CO2-Emissionen scheint dieses Ziel aber nichts weiter als Greenwa-
823 shing.

824 Ein weiterer Punkt, den wir in der momentanen Sicherheitsstruktur ablehnen, ist die Polarisierung und Viktimi-
825 sierung von Geflüchteten als Sicherheitsrisiko für die alliierten Staaten. Militäreinsätze allein zum Schutz von
826 Grenzlinien lehnen wir mit aller Härte ab. Vor allem dann, wenn Menschenleben vorsätzlich gefährdet werden,
827 um die eigenen Interessen der Abschottungspolitik zu verfestigen, stellen wir uns klar gegen die Doppelmoral
828 hinter diesen NATO Beschlüssen.

829 Die generelle Struktur der NATO, die auf undemokratischen Beschlüssen hinter verschlossenen Türen statt-
830 findet, lehnen wir ab. Wenn es um das elementarste Bedürfnis nach Sicherheit geht, dürfen Einzelstaaten die
831 Bühne des Militärbündnisses nicht für ihre eigenen machtpolitischen Interessen nutzen, wie es momentan der
832 Fall ist. In diesem Zusammenhang lehnen wir vor allem das Vetorecht einzelner Mitglieder und die Entschei-
833 dungsfindung in nicht-gewählten, rein von Regierungsvertreter*innen besetzten Gremien ab.

834 Aus dieser Analyse leiten wir Forderungen ab, die wir im folgenden Teil in kurzfristige, mittelfristige und lang-
835 fristige Ziele einordnen und dementsprechend zunehmend weniger realpolitisch formuliert sind.

836 **Unsere kurzfristige Bündnispolitik hier & jetzt**

837 Kurzfristig fordern wir, dass die Machtpolitik innerhalb der NATO keine übergeordnete Rolle spielen darf. Uns
838 sind die Zusammenhänge der momentanen Weltordnung und realpolitischen Zwängen bekannt, fordern aber
839 dennoch, dass die Sicherheit der vielen über strategische und machtpolitische Spiele von einzelnen Akteur*in-
840 nen gestellt wird.

841 Zudem fordern wir eine Demokratisierung der NATO-Strukturen auf allen Ebenen. Ein solcher Demokratisie-
842 rungsprozess muss umgehend eingesetzt werden und kann nur im Einklang mit einer breiten Sicherheitsde-
843 finition und entgegen nationalen oder eurozentristischen Sicherheitsinteressen erfolgen.

844 In diesem Zusammenhang fordern wir auch einen konsequenten Umgang mit Autokratien innerhalb des Bünd-
845 nisses ein. Konsequenzen können hier unter anderem eine Übergangsregelung mit Ansprüchen lediglich Min-
846 destmaß an Schutz und Kooperation bedeuten, hin zu einem permanenten Ausschluss aus der NATO. Im Fall
847 der Türkei fordern wir deshalb: Die Bundesregierung und die Nato-Partner müssen alle militärischen Unter-
848 stützungen an die Türkei einfrieren, mittels Sanktionen erreichen, dass die türkischen Angriffe auf Kurdistan
849 gestoppt werden und die Türkei muss bis zu einem Einlenken und einer Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit und
850 friedlicher Außenpolitik in einen Schwebezustand versetzt werden, der sie von Abstimmungen ausschließt und
851 ihnen nicht die Unterstützung-Zusicherungen einer vollwertigen Mitgliedschaft ermöglicht.

852 Kurzfristig, das heißt während des aktiven Kriegs Russlands gegen die Ukraine, wollen wir die Aufnahme von
853 weiteren Staaten nicht ausschließen. Die Ausnahmesituation hat reelle Folgen für das Sicherheitsbedürfnis
854 der Menschen vor allem in den Nachbarländern Russlands. Ihnen den Schutz zu verwehren, sehen wir als
855 nicht gerechtfertigt an, betonen aber weiterhin, dass dies lediglich eine kurzfristige Maßnahme im Sinne der
856 dramatischen Umstände ist und darüber hinaus nicht angewandt werden darf.

857 Wir streben zudem umgehend eine Reform des UN-Sicherheitsrates an. Wie auch innerhalb der NATO spre-
858 chen wir uns gegen ein Vetorecht aus und fordern eine Abkehr von der momentanen, zwei-klassen Mitglieder-
859 struktur, da diese die Effektivität des Rates einschränkt und damit auch einen negativen Effekt auf die Seriosität
860 der UN hat.

861 Mittelfristig zu einer echten, demokratischen Verteidigungsallianz

862 Wir fordern daher, dass die Nato mittelfristig durch ein Verteidigungsbündnis abgelöst wird, innerhalb des-
863 sen sich liberale und rechtsstaatlich organisierte Demokratien zusammenschließen, abgelöst werden soll. Das
864 Bündnis soll die Verteidigung der Mitgliedstaaten sicherstellen und sich für die Herstellung einer globalen
865 Friedens-Architektur und (atomare) Abrüstung einsetzen.

866 Das Bündnis soll demokratisch organisiert werden und demokratische Beschlüsse nicht durch Vetorechte ein-
867 geschränkt werden. Die demokratische Verfasstheit und Zustände der Mitgliedstaaten sollen durch die Orga-
868 nisation gemonitort werden. Staaten, die Autokratisierungstendenzen zeigen, sollen in einen Schwebestand
869 versetzt und bei anhaltender Entwicklung auch ausgeschlossen werden.

870 Das Bündnis soll Verteidigungsfähigkeit sicherstellen und gemeinsam die angemessene Versorgung von Rüs-
871 tungsgütern organisieren. Dazu braucht es gemeinsame Herstellung und Konzeptionierung der Rüstungsgüter
872 statt Waffenexporte verschiedener Systeme untereinander. Zahlreiche unzureichend ausgestattete nationale
873 Armeen sind nicht nur wenig sinnvoll – sie sind auch zu teuer. Es sollte auf redundante Waffen- und Aus-
874 rüstungssysteme verzichtet, Technik besser aufeinander abgestimmt und Ressourcen und Fähigkeiten besser
875 koordiniert und gebündelt werden.

876 Staaten, die Mitglieder werden wollen, müssen demokratische und rechtsstaatliche Kriterien erfüllen. Dazu
877 zählen freie Wahlen, umfassende Rechte für LGBTIQ+ Personen, keine systematische Unterdrückung von Frau-
878 en, Möglichkeit zum demokratischen Machtwechsel, freie Presse- und Meinungsfreiheit und Korruptionsbe-
879 kämpfung.

880 Staaten können bei unzureichender Erfüllung der Kriterien Assoziierungsmitglieder werden, müssen damit
881 einhergehend Fortschritte in den verletzten Kriterien vorweisen und können eingeschränkten Schutz erhalten.
882 Dieser kann beinhalten, dass das Bündnis sich entscheidet, im Angriffsfall unterstützend einzugreifen oder
883 Waffen zur Unterstützung zu liefern, jedoch keinen pauschalen Bündnisfall auslöst.

884 Das Bündnis muss klare und enge Grenzen ihrer Befugnisse haben. Entsprechend lehnen wir jegliche Art der
885 Angriffskriege oder sonstigen Aggressionen gegenüber Drittstaaten ab. Eine territoriale Ausweitung der Mit-
886 gliedstaaten lehnen wir ebenso ab.

887 Im Fall einer Bedrohungslage sollen betroffene Staaten durch Waffenlieferungen und Truppenstationierungen
888 gestärkt werden und im Falle eines Angriffs soll ein verpflichtender Bündnisfall greifen, um die Staaten best-
889 möglich zu verteidigen. In Folge von Angriffen sollen humanitäre Hilfen für die Zivilbevölkerung organisiert
890 werden und im Hinblick auf eine feministische Außenpolitik ein besonderer Fokus auf den Schutz von Frauen
891 und Inter-Personen gelegt werden. Gerade in der aktuellen Zeit, in der, wie u.a. durch den russischen Angriffs-
892 krieg sichtbar, sexuelle Gewalt zur Demoralisierung der Gegner eingesetzt wird, bedürfen Frauen und Inter-
893 Personen besonderen Schutz. Die Verteidigungspolitik des Bündnis muss deshalb feministisch gedacht wer-
894 den. Nach einer bewaffneten Auseinandersetzung muss das Bündnis den Wiederaufbau unterstützen.

895 Friedensmissionen, humanitäre Missionen sollen nur im engen Rahmen und nach strengen Kriterien bei Ge-
896 nozid, ethnischer Säuberung, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschheit, erfolgen. Da die hu-
897 manitäre Intervention aus den Gräueltaten des Holocaust hervorging, sehen wir die Legitimität im momenta-
898 nen Staatensystem zum Schutz der Bevölkerung gegen die Interessen der Herrschenden zumindest teilweise
899 begründet, sehen aber auch die ständige Gefahr der eurozentristischen und hypokritischen Anwendung ge-
900 geben. Die bisherige Anwendung von humanitären Interventionen, die immer auch im Zusammenspiel mit
901 westlichen ökonomischen oder machtpolitischen Interessen einhergingen, lehnen wir ab.

902 Non-state-actors können keine vollwertigen Mitglieder werden, aber als Assoziierungsmitglieder Schutz und
903 Garantien erhalten. Dazu müssen sie ebenso Kriterien wie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie erfüllen. Non-
904 state-actors, die Staatlichkeit anstreben, befinden sich in den meisten Fällen in Konflikten mit den Staaten,
905 die Ansprüche auf ihr Gebiet erheben. Eine direkte Einbeziehung der Akteure nach strengen Kriterien, wie
906 an Staaten, ist deshalb kaum möglich und würde Konfliktlinien öffnen. Allerdings sollen non-state-actors als
907 assoziierte Partner an das Bündnis gebunden werden, um ihre Bestrebungen zu unterstützen und ihrer Be-
908 völkerung Schutz zu gewähren. Beispiel für eine solche Mitgliedschaft wäre die kurdische Autonomieregion
909 Rojava, die beispielsweise zu Recht auch schon bei noch nicht ausreichender Erfüllung der Kriterien der Staat-
910 lichkeit gegen den IS und den syrischen Diktator Assad unterstützt wurde, auch ohne Teil der Nato zu sein. Das

911 Bündnis sollte künftig in solchen Fällen allerdings zügiger autonomiestrebenden Regionen, die eigene Staat-
 912 lichkeit schaffen, anerkennen und sie als vollwertige Mitglieder behandeln. Mittlerweile erfüllt beispielsweise
 913 Rojava einige Kriterien der Staatlichkeit und sollte durch Deutschland als Staat anerkannt werden.

914 Innerhalb des Bündnisses fordern wir die Schaffung eines appellativen Gerichtshofs. Dieser soll Konflikte zwi-
 915 schen den Staaten lösen, Verstöße gegen die Grundsätze innerhalb von Bündnisstaaten verurteilen und glo-
 916 bale Verstöße anprangern.

917 **Trotz allem: Wir kämpfen für die globale Friedensarchitektur**

918 Unserer langfristiger Entwurf einer globalen Friedensarchitektur steht im Widerspruch zur momentan allge-
 919 genwärtigen Abschreckungspolitik. Eine solche Weltordnung kann nur von der globalen arbeitenden Klasse
 920 erfolgen, muss feministischen Grundsätzen folgen und darf nicht von Staaten diktiert werden oder von Gren-
 921 zen und nationalistischen Ressentiments eingeschränkt werden. Eine Abkehr vom Kapitalismus und dem da-
 922 mit einhergehenden Imperialismus betrachten wir hierfür genauso notwendig, als das Ziel einer weltweiten
 923 totalen (atomaren) Abrüstung. Dazu braucht es eine globale Organisation für Frieden und Verständigung, die
 924 demokratisch organisiert bei Konflikten einschreitet und den Frieden sicherstellen kann. Auch ein kurzfristig
 925 notwendiges und optimiertes oder mittelfristig notwendiges und neu aufgebautes Bündnis müssen dann in
 926 einer globalen Ordnung aufgehen und von einer nachhaltigen Friedens-Architektur abgelöst werden. Wie ge-
 927 nau wir uns dies vorstellen, soll im nächsten Schritt erarbeitet werden. Fest steht: unsere Utopie bleibt eine
 928 Welt ohne Waffen, Armeen und Militärbündnisse!

929 Keine EU-Integration über eine Armee

930 Grundsätzlich setzen wir uns für eine stärkere EU Integration ein, sehen aber in einer europäischen Armee, die
 931 zu dieser beitragen soll, einen klaren Widerspruch zu unserer antimilitaristischen Grundhaltung. Denn eine eu-
 932 ropäische Integration mit einer gemeinsamen Armee zu fordern würde eine Naturalisierung und Legitimation
 933 auch auf dieser Ebene bedeuten. Die EU als sog. Friedensprojekt durch die Forderung einer europäischen Ar-
 934 mee einen militärischen Unterbau zu verleihen, ist konträr zu unserem Verständnis von Friedenspolitik. Wenn
 935 eine europäische Integration gelingen soll, muss diese über verbindende und inklusive Werte erfolgen und
 936 darf nicht auf Waffengewalt begründet sein. Wir setzen uns weiterhin für ein Europa der Regionen und den
 937 Aufbau föderaler Strukturen innerhalb der EU ein.

938 Auch im Hinblick auf eine feministische Außenpolitik müssen wir statt einer weiteren militärischen Ebene,
 939 egal wie diese ausgestaltet werden würde, eine grundsätzliche Neuorientierung der Außenpolitik schaffen.
 940 Armeen und dahingehend auch militärische Konflikte sind die höchste Stufe der imperialistischen Auseinan-
 941 dersetzen in einer kapitalistischen Welt. Sehen wir also den Kapitalismus als Folge des Patriarchats, können
 942 wir unsere feministische Außenpolitik nicht mit Waffengewalt begründen. Die EU – besonders im Hinblick auf
 943 ihre unrühmliche und menschenverachtende Politik an ihren Außengrenzen durch Frontex und die Billigung
 944 tausender Toter durch unterlassene Hilfeleistung auf dem Mittelmeer – muss sich zuallererst auf gemeinsa-
 945 me liberale Werte einigen und verpflichten, bevor sie überhaupt glaubwürdig sicherheitspolitisch tätig werden
 946 kann, geschweige denn militärisch koordiniert agieren sollte.

947 Darüber hinaus ist die Bildung einer europäischen Armee nicht in einem notwendigen Zeitrahmen, der ein
 948 solches Vorhaben rechtfertigen würde, umsetzbar und langfristig läuft sie der Zielsetzung "EU als Friedens-
 949 projekt" entgegen.

950 Kurzfristig ist die Umsetzung nicht stemmbar. Zu viele verschiedene Standards, Organisationsweisen und na-
 951 tionale Interessen würden eine Zusammenarbeit und einen Zusammenschluss auf Jahre verzögern. Die EU ist
 952 aktuell gespalten wie nie, Großbritannien ausgetreten, Polen und Ungarn verstoßen gegen Rechtsstaatlichkeit
 953 und Demokratie, der Verwaltungsapparat in Brüssel arbeitet ineffizient und die politischen Entscheidungsträ-
 954 ger*innen werden weniger durch Europawahlen als durch Machtspiele zwischen Paris und Berlin geregelt. Der
 955 EU fehlt jede Legitimität, um ein Verteidigungsbündnis zu bilden, schon gar nicht um eine gemeinsame Armee
 956 zu organisieren: Wir bekennen uns zur demokratischen Kontrolle der Bundeswehr durch den Bundestag. Ei-
 957 ne europäische Armee müsste diesem Verständnis nach auch durch ein europäisches Parlament kontrolliert
 958 werden. Wie aber kann das gelingen, wenn das Parlament in wichtigen Fragen unmündig ist, die Regierungs-
 959 strukturen undemokratisch und mit Polen und Ungarn zumindest zwei Staaten enthalten sind, die mindestens

960 starke Autokratisierung zeigen, wenn nicht schon in Teilen stabile Autokratien sind. Zuerst muss eine europäi-
961 sche Einheit hergestellt werden, bevor Überlegungen nach einer gemeinsamen Armee angestrengt werden
962 sollten. Diese Einigkeit ist aktuell noch weit entfernt!

963 Den russischen Aggressionen kann darüber hinaus nur ein Bündnis unter Beteiligung der USA und in Verstän-
964 digung mit außereuropäischen Partner*innen etwas entgegengesetzt werden. Die NATO ist dabei allerdings wie
965 gezeigt reformbedürftig – darauf müssen die Anstrengungen verwendet werden, um europäische Sicherheit
966 zu erreichen.

967 Mittelfristig, in einer Zeit, in der Bündnisse notwendig bleiben, gibt es keine Rechtfertigung, warum sich die eu-
968 ropäischen Staaten nur eurozentristisch untereinander schützen sollten und mit Autokraten vor der eigenen
969 Haustüre lieber zusammenarbeiten sollten, als mit weiter entfernt liegenden, aber dafür politisch deutlich nä-
970 her stehenden liberalen Demokratien. Mittelfristig streben wir ein Bündnis der Demokratien an, das nationale
971 Armeen weniger bedeutend werden lassen soll. Innerhalb dieser Strukturen kann sich die EU stark beteiligen,
972 sollte aber in keinem Fall eine Konkurrenz dazu aufbauen.

973 Langfristig streben wir eine globale Architektur des Friedens an, die Verteidigungsbündnisse obsolet machen
974 soll. So auch eine potentielle europäische Armee, wie auch die nationalen Armeen.

O Organisationspolitik

O Organisationspolitik

O-2 Awarenesskonzept Jusos Bayern – Stand 2023

64

O-2

Titel	Awarenesskonzept Jusos Bayern – Stand 2023
Antragsteller*innen	
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Awarenesskonzept Jusos Bayern – Stand 2023

- 1 Einleitung
- 2 Als Jungsozialist*innen ist der emanzipative Anspruch nicht nur in der politischen Arbeit, sondern auch im
- 3 persönlichen Handeln und im Zusammenspiel der Gruppe unsere Aufgabe. Eine befreite Gesellschaft oder
- 4 im kleineren Rahmen, einen möglichst diskriminierungsfreien Raum zu schaffen, ist dabei für jedes Mitglied
- 5 unserer Gruppe ein konstantes und dauerhaftes Ziel.
- 6 Dabei ist unsere kapitalistische und patriarchale Gesellschaft eben keine befreite Gesellschaft, sondern von
- 7 vorherrschenden Diskriminierungs- und Herrschaftsverhältnissen geprägt und durchdrungen. Diese unter-
- 8 drückenden Verhältnisse setzen sich dabei auch in unseren Strukturen fort. Aus diesem Widerspruch zwischen
- 9 emanzipativem Anspruch und diskriminierendem Denken und Handeln erwächst die Notwendigkeit, sich in
- 10 unserer politischen Arbeit, in unseren Strukturen und in unserem persönlichen Handeln damit auseinander
- 11 zu setzen und die Diskriminierungs- und Herrschaftsverhältnisse durch respektvollen und aufmerksamen
- 12 Umgang auf- und abzufangen. Durch den bewussten Umgang mit den eigenen Privilegien und bestehenden
- 13 Machtstrukturen und das konstante Reflektieren über die eigenen Stereotypen und Vorurteile soll ein Safer
- 14 Space für alle Mitglieder und Interessierte geschaffen werden.
- 15 Unsere Gesellschaft ist vielfältig. Dabei bleibt kein Platz für Diskriminierung und Ausgrenzung! Wir setzen uns
- 16 dafür ein, dass auch BIPOC (Black & Indigenous People of Colour) frei von Ausgrenzung, Bevormundung und
- 17 Verfolgung leben können. Wir möchten diese Menschen empowern und ihnen die Möglichkeit geben, sich
- 18 selbst zu entfalten und selbstbestimmt nach vorne zu gehen und Verantwortung zu übernehmen.
- 19 Die Awarenessarbeit soll dieses Ziel unterstützen und umfasst Prävention – die Schaffung von Bedingungen,
- 20 die die Möglichkeit von Diskriminierung und Gewalt minimieren – und konkrete Unterstützungsangebote für
- 21 Personen, denen Diskriminierung oder Gewalt widerfahren ist bzw. widerfährt.
- 22 In diesem Awarenesskonzept sollen dabei sowohl die Organisation, die Arbeitsweise und das zentrale Auf-
- 23 gabenspektrum des Awarenessteams umrissen werden, als auch ein grundlegender Konsens aller Mitglieder
- 24 im Umgang miteinander festgehalten werden. Trotzdem befreit die Existenz eines Awarenessteams andere
- 25 Teilnehmende nicht von rücksichtsvollem Verhalten, Awareness bleibt Aufgabe und Ziel für alle innerhalb und
- 26 außerhalb unseres Verbands.
- 27 Das Awarenesskonzept zeigt eine Momentaufnahme in einem andauernden Prozess, im Verband ein reflekt-
- 28iertes und möglichst sicheres Umfeld für alle Menschen, die sich unseren Werten und Zielen verpflichtet füh-
- 29len, zu schaffen.
- 30 Unsere Verbandsstrukturen sind auf verschiedenen Ebenen sehr unterschiedlich. Die Untergliederungen der
- 31 Jusos Bayern können dieses Awarenesskonzept als Anregung verstehen, eigene Konzepte zu entwickeln, die
- 32 jeweils vor Ort funktionieren.
- 33 Das Awarenessteam
- 34 Organisation
- 35 Das mit mindestens 50% FLINTA*s besetzte Awarenessteam besteht aus mindestens drei Personen, je nach
- 36 Größe der Struktur sollte auch das Awarenessteam entsprechend vergrößert werden. Ein Platz ist dabei vor-

37 rangig an tin*-Personen zu vergeben. Langfristig ist das Ziel, dass, nach Möglichkeit, gewählte Mitglieder einer
38 Ebene nicht auf dieser Ebene auch im Awarenesssteam Mitglied sind.

39 Das Awarenesssteam wird auf einer Konferenz der jeweiligen Ebene mit Neuwahlen für ein Jahr gewählt, nach
40 Bedarf auch früher. Das Awarenesssteam stellt einen festen Tagesordnungspunkt einer jeden Vorstandssitzung
41 dar, bei dem dann auch Nicht-Vorstandsmitglieder aus dem Awarenesssteam anwesend sein dürfen, allerdings
42 ausschließlich bei diesem Tagesordnungspunkt.

43 Alle Mitglieder des Vorstands sind verpflichtet, bei Fragen des Awarenessteams, welche die Arbeit des Vor-
44 stands betreffen, welche Awarenesssthemen betreffen, Auskunft zu geben.

45 Arbeitsweise

46 **Erreichbarkeit**

47 Das Awarenesssteam kann jederzeit über direktes Ansprechen oder Anschreiben erreicht werden. Die Wahl,
48 welches Mitglied des Awarenessteams mit einem Fall betraut oder kontaktiert wird, obliegt alleine den Betrof-
49 fenen. Zu Beginn einer Veranstaltung werden die Kontaktdaten der Mitglieder des Awarenessteams zugänglich
50 gemacht, ausgehängt werden und im Idealfall das Team selbst kurz vorgestellt. Pro Jahr führt das Awareness-
51 team eine anonyme Umfrage durch, bei der das allgemeine Wohlbefinden der Mitglieder abgefragt wird und im
52 Rahmen eines Rechenschaftsberichts des Awarenessteams auf der Wahlkonferenz der entsprechenden Ebene
53 vorgestellt werden. Die Umfrage soll vor dem Ende der Amtszeit des jeweiligen Teams stattfinden.

54 **Vertraulichkeitsprinzip**

55 Das Arbeit des Awarenesssteam hat zwei Ebenen: Solange sich die betroffene Person nur eine individuelle
56 Betreuung und Empowerment bzw. Beistand wünscht, ist die Vertraulichkeit absolut zu gewährleisten.

57 Sofern die Person möchte, dass eine konkrete Intervention stattfindet, wird sie darauf hingewiesen, dass eine
58 absolute Vertraulichkeit dann nicht mehr gewährleistet werden kann. Sanktionierung durch die verschiedenen
59 Akteur*innen erfordert eine mindestens teilweise Kenntnis der Fälle, um eine Bewertung vornehmen zu kön-
60 nen und über die Konsequenzen zu entscheiden. Dabei kann es sein, dass aus einer Situationsbeschreibung
61 Rückschlüsse auf konkrete Personen möglich sind. Außerdem kann es bei der Verhängung von Sanktionen
62 passieren, dass die Täter*innen (öffentlich) über die Situation sprechen. Dies setzt die jeweiligen Gremien, die
63 eine Sanktion verhängen unter Druck, es kann also notwendig sein, durch eine Gegendarstellung die Entschei-
64 dung zu rechtfertigen.

65 Diese Hintergründe und Gegebenheiten werden der betroffenen Person durch das Awarenesssteam darge-
66 stellt. Nur mit der expliziten Einverständnis der betroffenen Person werden Schritte in Richtung einer Inter-
67 vention unternommen.

68 **Definitionsmachtprinzip**

69 Die Definitionsmacht der betroffenen Person wird respektiert, das bedeutet, dass die erlebte Grenzüberschrei-
70 tung nicht in Frage gestellt wird. Dazu gehört auch, dass die geteilten Informationen vertraulich behandelt und
71 nicht gewertet werden.

72 **Konsensprinzip**

73 Das Awarenesssteam arbeitet nach dem Konsensprinzip, also es handelt nur auf Wunsch und nach Abspra-
74 che mit der betroffenen Person, denn die betroffene Person weiß am besten, was ihr hilft und sollte dabei
75 keinesfalls durch das Team bevormundet werden.

76 Gleichzeitig gibt es die Problematik, dass auch das Konsensprinzip Grenzen hat. Hierbei kann das Awareness-
77 steam auch ohne Konsens aktiv werden, falls durch Nichthandeln die Sicherheit der Gruppe und einzelner

78 Menschen in der Gruppe gefährdet ist. Die betroffene Person wird auch unterstützt, wenn sie sich entschei-
 79 det, strafrechtliche Konsequenzen zu ziehen. In unklaren Situationen hält das Awarenesssteam mit dem Juso-
 80 Landesbüro und dem Geschäftsführenden Vorstand Rücksprache über das weitere Vorgehen und greift gege-
 81 benenfalls auf parteiinternen juristischen Rat zurück. Es muss auch klar sein, dass bei unserem Handeln das
 82 Wohl der Betroffenen immer oberste Priorität hat. Gerade bei Minderjährigen sind wir in der Aufsichtspflicht
 83 und haben deshalb besondere Verantwortung.

84 **Parteilichkeitsprinzip**

85 Parteilich zu sein, ist eine politische und bewusst getroffene Entscheidung mit dem Ziel, Betroffene in einer
 86 Gesellschaft, die von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, also u.a. rassistischen, ableistischen, patriar-
 87 chalen, hetero- und cis-normativen, altersbasierenden und sexistischen Machtverhältnissen, geprägt ist, soli-
 88 darisch zu unterstützen. In seiner Arbeit ist das Awarenesssteam immer auf der Seite der betroffenen Person.
 89 Es ist keine Form der Mediation, sondern es geht lediglich darum solidarisch nach Lösungen zu suchen, wie
 90 es der betroffenen Person wieder besser gehen kann. Dabei geht es zentral darum, das Empowerment der
 91 betroffenen Person zu unterstützen und Machtverhältnisse zu Gunsten der betroffenen Person zu verschie-
 92 ben.

93 **Übergriffiges Verhalten**

94 Übergriffiges Verhalten ist jedes Verhalten, das Grenzen nicht respektiert und/oder bewusst überschreitet. Das
 95 kann von einer Körperhaltung, einem Spruch oder einem Kommentar bis hin zu Berührungen und gezielter
 96 Einschüchterung alles sein.

97 **Grenzüberschreitungen**

98 Grenzüberschreitungen sind individuell und nicht verhandelbar. Jede Grenzüberschreitung ist als solche an-
 99 zuerkennen und zu reflektieren.

100 Grenzüberschreitungen können sein:

- 101 • Körperliche, sexualisierte und verbale Gewalt
- 102 • Rassistisches und diskriminierendes Verhalten
- 103 • Ableismus
- 104 • Bevormundungen
- 105 • Missachtung der besprochenen Grenzen
- 106 • Misgendering, Verwendung falscher Pronomen, Deadnaming
- 107 • Heteronormativität und LGBTIAQ-feindliche Aussagen sowie Verhalten
- 108 • Handlung ohne Rückversicherung
- 109 • Gutgemeinte Komplimente und benevolenter Sexismus
- 110 • Aufgenötigte Interaktion / Dominantes Verhalten
- 111 • Stereotypisches Verhalten (FLINTA*s sind für Feminismus zuständig)
- 112 • Lookism
- 113 • Männlich dominantes Redeverhalten
- 114 • Mann als Norm (FLINTA*s sind außerhalb der Norm)
- 115 • vermeintliche Witze
- 116 • Altersdiskriminierendes Verhaltens, beispielsweise die unbegründete Benachteiligung, Diffamierung
 117 oder Exklusion jüngerer oder minderjähriger Menschen

118 Unser Ziel ist es, Grenzüberschreitungen zu vermeiden. Es soll ein respektvoller und sensibler Umgang im
119 Miteinander herrschen.

120 **Grenzen des Awarenessteams**

121 Das Awarenesssteam fungiert ausdrücklich nicht als Security, Türsteher*innen, Therapeut*innen oder Psycho-
122 log*innen. Das Awarenesssteam muss die Grenzen der eigenen Arbeit kennen und auch diese anerkennen,
123 insbesondere in Bedrohungsszenarien. Diese Grenzen können dabei auf der Ebene des Teams gerade auch
124 sein, dass es zu einem schwerwiegenden Fall an Gewalt kam, welcher die Fähigkeiten, Möglichkeiten oder
125 Grenzen eines Awarenessteams überschreitet und erfordert Hilfe von anderen Organisationsebenen oder au-
126 ßenstehenden Expert*innen zu suchen.

127 Das Awarenesssteam fungiert gegenüber den jeweiligen Vorständen und Organisationsgruppen als Beratungs-
128 gremium. Das Awarenesssteam hat im Zweifel keine Entscheidungsbefugnisse für organisatorische, politische
129 oder verfahrenstechnische Belange.

130 Auf der individuellen Ebene ist zudem wichtig, dass die Mitglieder des Awarenessteams ihre eigenen Gren-
131 zen kennen und anerkennen müssen, insbesondere in Bedrohungsszenarien und im Rahmen eines Rechen-
132 schäftsberichts des Awarenessteams auf der Wahlkonferenz der entsprechenden Ebene vorgestellt werden.
133 Die gemeinsame Absprache und Koordination sind daher im Vorfeld wichtig, um gerade für eskalierende, un-
134 übersichtliche oder verwirrende Konflikte gewappnet zu sein.

135 Grenzen von Personen des Awarenesssteam können dabei speziell bei Szenarien in denen körperlicher Ge-
136 walt, Bedrohung (physische Gewalt, Waffen, etc.), Verletzungen, sowie medizinische Notfälle oder auch die
137 eigene Überforderung (z.B. durch Überschreitung der eigenen körperlichen und psychischen Grenzen) vor-
138 kommen.

139 Sollte eine Person aus dem Awarenesssteam in einem Awarenessfall betroffen sein, ist es Aufgabe des rest-
140 lichen Teams die Person zu unterstützen, die betroffene Person kann dabei nicht als Mitglied des Awaren-
141 essteams fungieren. Sofern besondere persönliche Verhältnisse zwischen dem Awareness-Team und einer
142 betroffenen Person bestehen, sollte das Awareness-Team dies bei der Auswahl der Person, die den Vorfall
143 bearbeitet, berücksichtigen. Sollte ein Mitglied des Awarenessteams einen Fall auslösen, oder beteiligt sein,
144 wenden sich die anderen Mitglieder des Teams, wenn möglich, an das Awarenesssteam der nächsthöheren
145 Ebene. Es ist zu prüfen, ob das Mitglied weiterhin Teil des Awarenessteams sein darf. Das Amt erlischt, wenn
146 die Person gegen Gesetze, Grundsätze unserer Arbeit oder das Awarenesskonzept verstößt, die nicht mit dem
147 Amt vereinbar sind. Vor der endgültigen Entscheidung durch das Awarenesssteam hat die Person in diesem
148 Kreis auch das Anhörungsrecht. Während der Aufarbeitung des Awarenessfalls soll die Person keine neuen
149 Fälle annehmen, das Amt ruht solange. Ist der Fall entlastend abgeschlossen, kann das Amt wieder aufgenom-
150 men werden.

151 **Aufgaben**

152 Die jeweiligen Vorstände stellen im Rahmen der Möglichkeiten sicher, dass das Awarenesssteam die finanziellen
153 Mittel, den Raum und die Ressourcen bekommt, um seine Aufgaben zu erfüllen. Die Aufgaben des Awareness-
154 teams umfassen dabei:

- 155 • Die Prävention und Sensibilisierung im Vorfeld von Veranstaltungen und innerhalb der Gruppe durch
156 Workshops, Schulungen oder Weiterbildungsangebote, um das Thema "Awareness" fest zu verankern.
157 Das bedeutet, dass sich das Team bei Seminaren weiterbildet, aber auch Seminare vom Team für
158 die Gruppe gegeben werden. Gewünscht wird auch der Austausch mit anderen Awarenessteams für
159 bessere Arbeit. Schulungen sollen in einem Maximalintervall von sechs Monaten stattfinden. Hierbei
160 fordern wir vor allem den Bundesverband auf, entsprechende Schulungen und Vernetzungsangebote
161 zu schaffen. Bei Neuwahlen muss eine Schulung innerhalb von zwei Monaten stattfinden.
- 162 • Awarenessteams haben bei Bedarf im Rahmen der Möglichkeiten ein Recht auf Supervision.
- 163 • Die Institutionalisierung der Awarenessarbeit bei Klausurtagungen, Seminaren und weiteren Veranstal-
164 tungen, durch Reflektion und Aufarbeitung in der Gruppe.

- 165 • Das Awarenesssteam trifft und berät sich vor und während einer Veranstaltung regelmäßig. Am Ende
166 eines jeden Veranstaltungstages sollte es einen Bericht des Awarenesssteams an die Gruppe geben.
167 Feedback ist wichtig. Jedoch dürfen in diesem Bericht keine Namen oder Anspielungen fallen.
- 168 • Die Präsenz und Aktivität des Teams bei Sitzungen und Veranstaltungen, um bei Grenzüberschreitun-
169 gen für betroffene Personen als Ansprech- und Vertrauenspersonen unterstützend da zu sein und ei-
170 nen geschützten Rückzugsraum von Konflikten zu stellen.
- 171 • Das Awarenesssteam kann auch selbst aktiv werden, wenn es merkt, dass Menschen sich vielleicht nicht
172 wohlfühlen. Das kann beinhalten, die betroffene Person anzusprechen und nach Zustimmung einzu-
173 greifen, aber auch Rücksprache mit dem Rest des Teams zu halten.
- 174 • Die anonymisierte Dokumentation von Fällen grenzüberschreitenden Verhaltens.
- 175 • Die Koordination von Reflektion und Auswertung nach Veranstaltungen und Sitzungen, um sich ge-
176 meinsam mit den Verantwortlichen über Probleme, Schwierigkeiten, Konflikte und Erfolge auszutau-
177 schen und Verbesserungsvorschläge zu sammeln. Bereits vergangene Awarenessfälle sollen zudem
178 aufgearbeitet werden.
- 179 • Das Erstellen und Auswerten der allgemeinen Umfrage erfolgt durch die Jusos Bayern. Die Umfrage
180 soll anonymisiert die Möglichkeit bieten, zurückzumelden, wie das Wohlbefinden einzelner Personen
181 im Kreis der Jusos ist und bildet dabei das Gegenstück zu den persönlichen Gesprächen mit einem
182 Mitglied des Awarenesssteams.
- 183 • Auf Neumitgliederseminaren stellt sich das jeweilige Awarenesssteam persönlich vor und der Awaren-
184 essleitfaden wird an die Mitglieder und Interessent*innen verteilt.
- 185 Das Awarenesssteam auf Freizeit- und Abendveranstaltungen, insbesondere auf Partys:
- 186 • Die Mitglieder des Awarenesssteams, die sich für den entsprechenden Teil der Veranstaltung als zu-
187 ständig gemeldet haben, müssen währenddessen nüchtern sein, um ihrer Verantwortung gerecht zu
188 werden.
- 189 • Wir haben auf unseren Veranstaltungen das Hausrecht und dürfen im Ernstfall jemanden der Veran-
190 staltung verweisen. Wird vom Hausrecht Gebrauch gemacht, muss dies umgehend an den*die Juso-
191 Landesgeschäftsführer*in und den entsprechenden Vorstand weitergegeben werden.
- 192 • Sollte sich die Gruppe (beispielsweise während der Abendgestaltung) aufteilen, versucht das Awaren-
193 essteam an allen Orten präsent zu sein.
- 194 • Stark alkoholisierte bzw. unter Drogeneinfluss stehende Personen sollten, sofern sie selbst das Bedürf-
195 nis geäußert haben, oder sich durch awarenessspezifisches Falschverhalten als Teil der Abendgestal-
196 tung disqualifiziert haben, nach Hause begleitet werden.
- 197 • Im Eingangsbereich auf Awarenesssteam aufmerksam machen.
- 198 • Zu Beginn einer jeden Party wird jeder Person ein gesonderter Awarenessleitfaden für Partys in ausge-
199 druckter Form gegeben (Din A5-Format). Insbesondere für cis-Männer ist es essentiell, dass das Kon-
200 zept gelesen, verinnerlicht und gelebt wird. Das Awarenesssteam fragt eine Zustimmung zum Konzept
201 zu Beginn der entsprechenden Veranstaltung ab.
- 202 • Rückzugs-Beratungsraum bieten!
- 203 • Ähnlich wie bei "Luisa ist hier" wird auf Präsenzveranstaltungen in der FLINTA*-Vernetzung ein entspre-
204 chendes Kennwort ausgegeben. Zusätzlich wird ein weiteres, allen bekanntes Kennwort ausgegeben.
- 205 Prävention
- 206 Zuallererst muss klar sein, dass Prävention nicht nur Aufgaben des Awarenesssteams ist, sondern Aufgaben
207 des gesamten Verbands. Das Awarenessskonzept muss allen Mitgliedern zugänglich sein (Ausdruck, per Mail
208 verschicken, ...) und auf Präsenzveranstaltung in gedruckter Form vorliegen.

209 **FLINTA*-Vernetzung und Männerreflexion**

210 FLINTA*-Vernetzungen und Männerreflexionen werden auf allen partizipativen Veranstaltungen durch die Ta-
 211 gesordnung fest verankert und festgelegt. Bei mehrtägigen Veranstaltungen ist an jedem Tag ein solcher Ta-
 212 gesordnungspunkt dafür einzuräumen. Für beide Gruppen muss im Voraus ein Konzept vorliegen und zustän-
 213 dige Personen benannt werden, die Verantwortlichkeit hierfür liegt nicht automatisch in der Zuständigkeit des
 214 Awarenesssteams, sondern bei der veranstaltenden Ebene. Die Männerreflexion findet in Kleingruppen statt
 215 und wird durch ein Tandem aus einem Mann und einer FLINTA*-Person moderiert.

216 **Rhetorikseminar**

217 Um sich in Debatten und auf Veranstaltungen sicher fühlen zu können, wollen wir weiterhin
 218 Rhetorikseminare, wie beispielsweise das jährliche FLINTA*-Rhetorikseminar, aber auch in
 219 Zukunft Workshops zu „FLINTA*s in Debatten und welche Rhetorik wende ich an“, anbieten.

220 **BIPOC-Empowerment:**

221 Wir setzen uns dafür ein, dass sich intensiv mit dem Thema „Critical Whiteness“ auseinandergesetzt wird und
 222 vermeintlich weiße Machtstrukturen aufgebrochen werden. Gerade weiße cis-Männer sind diejenigen, die pri-
 223 vilegiert durchs Leben gehen und sich gegen die Gleichberechtigung der Geschlechter, aber auch bevormun-
 224 dend vor BIPOC stellen.

225 Die Jusos stehen als Allys allen marginalisierten Gruppen zur Seite und unterstützen den anti-rassistischen &
 226 anti-sexistischen Kampf in unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir auch bei uns BIPOC-Vernetzungen und
 227 Workshops und Veranstaltungen zur Aufklärung und Sensibilisierung unserer eigenen Mitglieder implemen-
 228 tieren.

229 **Alkoholkonsumverhalten**

230 Nichtalkoholische Getränke müssen stets günstiger als alkoholische Getränke sein.“ Der Alkoholkonsum und
 231 seine Normalisierung in unserer Gesellschaft können aus unterschiedlicher Perspektive kritisch gesehen wer-
 232 den. Als Jugendverband ist es unsere Aufgabe, dass sich alle wohl fühlen. Da Alkohol eine bedeutende Rolle
 233 in unserer Gesellschaft spielt, ist es daher unsere Pflicht, jungen Menschen einen möglichst bewussten und
 234 verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol nahezubringen. Denn die durch Alkohol verursachte Enthemmung
 235 erhöht die Wahrscheinlichkeit für grenzüberschreitendes Verhalten. Grenzüberschreitendes Verhalten kann
 236 durch Alkoholkonsum erklärt werden, das löst aber nicht die Frage der Verantwortung. Deshalb wollen wir
 237 gerade vor Party-Situationen verstärkt für einen rücksichtsvollen Umgang auch unter Einfluss von Alkohol
 238 sensibilisieren. Dazu wollen wir als Verband insgesamt beitragen.

239 Als Abendveranstaltung soll eine Option in der Nähe der Übernachtungsmöglichkeit angeboten, bei der keine
 240 Rauschmittel konsumiert werden und zu der bereits betrunkenen Menschen keinen Zugang haben.

241 **Mitgliederbildung**

242 Der Vorstand prüft Möglichkeiten zur Bildung der eigenen Mitglieder, um feministische Ziele und Handlungs-
 243 grundsätze zu etablieren. Vordergründig gehören hierzu Seminare und Empowerment-Möglichkeiten.

244 Beispiele hierfür sind:

- 245 • Grundlagenseminare Feminismus
- 246 • Feministisches Viertel (thematischer Input zu feministischen Themen) zu Beginn jeder Sitzung
- 247 • Mentor*innenprogramme

- 248 Umgang mit wiederholten Grenzüberschreitungen oder schwerwiegendem übergreifigen Verhalten
- 249 Unsere Partei ist eine wehrhafte Partei, wenn unsere Grundwerte von einzelnen Mitgliedern nicht respektiert
250 werden. Die unterschiedlichen Gliederungen der Partei haben unterschiedliche Rechte und Instrumente, um
251 bei wiederholtem grenzüberschreitenden Verhalten aktiv zu werden.
- 252 Grundsätzlich wollen wir im Sinne einer fehlertoleranten Verbandskultur erstmal das Gespräch mit denjenigen
253 suchen, die Grenzen überschreiten. Dabei wird klar und unmissverständlich deutlich gemacht, dass wir mit
254 Respekt und frei von Diskriminierung zusammenarbeiten wollen. Wenn keine Reflektion oder keine Einsicht
255 und keine Verhaltensänderung sichtbar wird, kommen verschiedene Instrumente in Frage.
- 256 Das Awarenesssteam kann dabei Betroffene und die entsprechenden Gremien bei Bedarf unterstützen, um
257 einzelne konkrete Schritte einzuleiten. Eine eigenständige Sanktionsmöglichkeit durch das Awarenesssteam
258 schließen wir aus, da dies unserem satzungsgemäßen Grundverständnis widerspricht.
- 259 Je nach Ebene unterscheiden sich die Satzungen und Statuten. Folglich müssen die folgenden Maßnahmen
260 jeweils auf die konkrete Ebene runtergebrochen werden. Grundsätzlich können die folgenden Sanktionen je
261 nach Schwere der Vorfälle durch die unterschiedlichen Stellen verhängt werden:
- 262 • Das Awarenesssteam führt ein oder mehrere Gespräche mit der auslösenden Person, beim zweiten
263 Gespräch mit Aufzeigen der möglichen weiteren Sanktionen.
 - 264 • Das Awarenesssteam in Abstimmung mit der jeweils zuständigen Orgagruppe kann eine offene Aus-
265 sprache auf der Versammlung oder Veranstaltung – auf Wunsch der Betroffenen anonym – ansetzen.
 - 266 • Das Tagungspräsidium kann auf Konferenzen einzelnen Teilnehmer*innen das Rederecht entziehen.
 - 267 • Die jeweils veranstaltende Ebene kann das Hausrecht durchsetzen. Auf unterschiedlichen Ebenen ist
268 das von unterschiedlichen Stellen möglich. Einmalig ist dies durch die Teamenden oder das Tagungs-
269 präsidium möglich. Wird dies mehrfach ausgeführt, ist die Landesgeschäftsführung dafür verantwort-
270 lich.
 - 271 • Der Vorstand der jeweiligen Ebene kann auch auf Vorschlag des Awarenesssteams oder anderen Mitglie-
272 dern einen befristete Ausladung (Sitzungsausschluss, Ausschluss von allen Juso-Aktivitäten) beschlie-
273 ßen. Dabei sind bei Bedarf alle Juso- und SPD-Strukturen der anderen Gliederungen (Vorstände) zu
274 informieren.
 - 275 • Der Vorstand bzw. die Landesgeschäftsführung bzw. die Schiedskommission kann auf der jeweiligen Ebe-
276 ne einen dauerhaften Sitzungsausschluss oder einen Ausschluss von allen Juso-Aktivitäten beschließen.
277 Dabei sind bei Bedarf alle Juso- und SPD-Strukturen der anderen Gliederungen (Vorstände) zu informie-
278 ren.
 - 279 • Die Schiedskommission kann bei schwerwiegenden Taten einzelnen Personen ihre Ämter entziehen.
- 280 Da das Awarenesssteam parteilich handelt, kann es außer den Gesprächen mit den in einer Situation betroffe-
281 nen hinaus keine konkreten Sanktionen eigenständig verhängen. Während die Wahrnehmung der Grenzüber-
282 schreitung unbestritten ist, ist die Frage, was daraus an Konsequenzen folgt, eine Frage, die nicht nur einseitig
283 betrachtet werden kann. Ausschlüsse von Veranstaltungen oder Aktivitäten greifen in die grundgesetzlich ver-
284 brieften Rechte der demokratischen Beteiligung einzelner ein. Für derartige schwerwiegende Eingriffe ist es
285 nicht nur notwendig, beide Seiten anzuhören, sondern auch zwingend, alle Perspektiven in die Entscheidungs-
286 findung einzubeziehen. Weil das Awarenesssteam parteilich arbeitet, kann es für diese Entscheidungen nicht
287 in Frage kommen sondern lediglich für eine Seite eintreten.
- 288 Gemeinsamer Konsens der Jusos Bayern
- 289 Damit sich in unserer Gruppe alle Menschen, welche unsere Grundsätze und Prinzipien umgesetzt sehen wol-
290 len, wohl fühlen und sich ohne Diskriminierung oder Angst politisch engagieren können, reicht ein Awareness-
291 steam allein nicht aus. Jedes noch so gute Awarenesskonzept ist unnütz, wenn aggressives, diskriminierendes
292 und übergreifiges Verhalten, Klüngeleien oder Täter*innenschutz die Gruppe dominieren.
- 293 Von Feminismus, Solidarität und Emanzipation zu reden, ohne sie sowohl persönlich als auch innerhalb
294 der Gruppe umzusetzen, ist Heuchelei und wird durch noch so viele Konzepte und Teams nicht aufgewo-
295 gen.

296 Eine offene, solidarische und feministisch-emanzipative Gruppenkultur ist aber nicht Aufgabe von ein paar
 297 gewählten Personen, sondern ständige Aufgabe für jede*n Einzelne*n. Das bedeutet, dass wir grundsätz-
 298 lich rücksichtsvoll miteinander umgehen und Verständnis füreinander aufbringen, was nicht mit Toleranz von
 299 übergriffigen Verhalten zu verwechseln ist. Wir müssen anerkennen, dass viele Mitglieder nicht als glühende
 300 Feminist*innen beitreten: Niemand von uns kann sich einer Sozialisation durch patriarchale Strukturen ent-
 301 ziehen. Gerade neuere Mitglieder wollen wir vom Feminismus begeistern und überzeugen.

302 Um eine entsprechende Gruppenkultur zu schaffen und zu erhalten, ist es unerlässlich, dass innerhalb der
 303 Gruppe einen Grundkonsens besteht, was Verhalten und Handeln angeht.

304 Wir erwarten von Mitgliedern der Jusos Bayern, dass sie anerkennen, ...

- 305 • dass anti-emanzipatorisches und grenzüberschreitendes Verhalten in einer Runde nicht toleriert, dar-
 306 über geschwiegen oder verteidigt wird;
- 307 • dass die Solidarität nicht der übergriffigen Person, sondern der betroffenen Person bzw. der Person
 308 gilt, welche das Verhalten kritisiert;
- 309 • dass Täter*innen aus Strukturen fern zu halten ist feministische Praxis, wobei die Eskalationsstufen in
 310 diesem Papier als Grundlage der Konsequenzen zu sehen sind;
- 311 • dass wir selbstständig auf unser eigenes Handeln und Verhalten achten und dieses reflektieren, gerade
 312 im Hinblick auf unser Redeverhalten und Sprachgebrauch sowie unser Verhalten gegenüber anderen
 313 Personen;
- 314 • dass wir zum Ziel haben, eine bessere Awareness gegenüber uns selbst und anderen zu haben und wir
 315 bestmöglich versuchen feministisch-emanzipatorisches Denken und Handeln bei uns zu erreichen;
- 316 • dass wir versuchen, unsere Veranstaltungen barrierearm zu gestalten;
- 317 • dass wir uns unserer nicht-diversen Gruppenzusammensetzung bewusst sind und diese auflösen
 318 möchten;
- 319 • dass unsere Mandatsträger*innen dazu verpflichtet sind, Seminare zu dem Thema Awarenessarbeit zu
 320 besuchen;
- 321 • dass wir auf allen Ebenen der Partei die Awarenessarbeit einfordern;
- 322 • dass in unserem gesamten Verbandsleben ein vernünftiger, verhältnismäßiger und rücksichtsvoller
 323 Drogenkonsum stattfindet. Falls Drogenkonsum für Teile der Gruppe als unangenehm empfunden
 324 wird, handeln wir gemeinsam als Gruppe einen Rahmen aus, der für alle funktioniert.

325 Über die Einhaltung des Konzepts wird bei Wahl-Landeskonferenzen in einem eigenen Bericht Rechenschaft
 326 abgelegt.

327 Der Vorstand verpflichtet sich durch Unterschrift zur Einhaltung des hier vereinbarten Konsenses.

328 Neue Erkenntnisse und Erfahrungen wollen wir laufend in das Konzept einbauen.

329 Anhang

330 Weiterführende Informationen

- 331 • Der Respect-Guide (i-Päd Berlin): <https://i-paed-berlin.de/project/der-respect-guide>
- 332 • "Antisexistische Awareness – Ein Handbuch" Ann Wiesental (2021): <https://www.unrast-verlag.de/neu-erscheinungen/antisexistische-awareness-detail>
- 334 • Awarenesskonzepte von anderen Gruppen, Beispiel "Autonomes Feministisches Referat Universität
 335 Bremen": <https://femrefbremen.wordpress.com/Awarenesskonzept/>
- 336 • Leitfaden der Interventionistischen Linken zum Umgang mit sexualisierter Gewalt:
 337 <https://interventionistische-linke.org/leitfaden>

- 338 • LAG Broschüre Prävention und Intervention von und bei Sexismus und sexualisierter Gewalt
- 339 • IUSY, 2019, „A Toolkit for the Feminist Fight“: [http://iusy.org/category/home/a-toolkit-for-the-feminist-](http://iusy.org/category/home/a-toolkit-for-the-feminist-fight/)
- 340 [fight/](http://iusy.org/category/home/a-toolkit-for-the-feminist-fight/)

341 **Ansprechstellen/Notrufnummern**

- 342 • profamilia Passau: <https://www.profamilia.de/angebote-vor-ort/bayern/passau>
- 343 • Igel e.V. Passau: <http://www.igel-ev-passau.de/>
- 344 • Telefonseelsorge: 0800-111 0 111 oder 0800-111 0 222

345 **Glossar**

- 346 • Allies: Eine nicht-queere Person, die sich für die Rechte von LSBTIQ* einsetzt, kann als „Ally“ bezeichnet
- 347 werden, was sich aus dem Englischen als „Verbündete*r“ übersetzen lässt.
- 348 • „aware sein“: sich bewusst sein, sich informieren und für gewisse Problematiken sensibilisiert sein
- 349 • „Awareness“: gegen jede Form von Grenzverletzung, Gewalt und Diskriminierung; als ein machtkriti-
- 350 sches Bewusstsein
- 351 • Betroffene: Betroffene sind in diesem Kontext Menschen, die Gewalt und/oder Diskriminierung erleben
- 352 oder erlebt haben. Das kann unabhängig von deren Geschlecht oder anderen Merkmalen sein. Wir ver-
- 353 zichten absichtlich auf den Begriff des „Opfers“, weil ihn viele als entmündigend und passiv-machend
- 354 erleben. Und gerade zu handeln und sich als aktiv und Entscheidungen treffend erleben, kann ein wichti-
- 355 ges Gefühl sein, um mit Situationen der Ohnmacht umzugehen.
- 356 • Cis: Der Begriff wird benutzt, um Menschen zu bezeichnen, deren Geschlechtsidentität der Kategorie
- 357 entspricht, die ihnen bei der Geburt zugeordnet wurde (männlich/weiblich).
- 358 • Deadnaming: Deadname bezeichnet bei einer Person, die einen neuen Vornamen angenommen hat,
- 359 den alten, von der betreffenden Person nicht mehr verwendeten Vornamen. Dies ist üblicherweise bei
- 360 trans und nicht-binären Personen der Fall. Deadnaming bezeichnet die Verwendung des Deadnames
- 361 einer Person.
- 362 • Community Accountability: Community Accountability (kollektive Verantwortungsübernahme) ist eine
- 363 auf das soziale Umfeld abzielende Strategie, um Formen von Gewalt innerhalb von Communities zu
- 364 begegnen, die sich bewusst nicht auf die Polizei oder das Justizsystem bezieht.
- 365 • FLINTA*s und warum wir das L drinnen lassen: Das Akronym FLINTA* steht für **F**rauen, **L**esben, **i**nter-
- 366 **x**uelle, **n**icht-binäre, **t**rans und **a**gender Personen. Also all jene, die aufgrund ihrer Geschlechtsidentität
- 367 patriarchal diskriminiert werden. Weiterhin zu den einzelnen Buchstaben:
- 368 – Obwohl Lesbischsein gemeinhin als sexuelle Orientierung und nicht als Geschlechtsidentität gilt,
- 369 wurde der Begriff in die Abkürzung aufgenommen, um feministische Errungenschaften sichtbar
- 370 zu machen, die zum großen Teil der (Schwarzen) Lesbenbewegung zu verdanken sind. Außerdem
- 371 soll kritisiert werden, dass in der heteronormativen Gesellschaft häufig davon ausgegangen wird,
- 372 Sex und Liebesbeziehungen mit cis Männern sei ein fester Bestandteil von Weiblichkeit.
- 373 – Intersexuelle Menschen haben angeborene Geschlechtsmerkmale, die von der herrschenden ge-
- 374 sellschaftlichen und medizinischen Norm nicht als eindeutig akzeptiert werden, die also nicht in
- 375 die Kategorien männlich oder weiblich passen, sei es genetisch, hormonell und oder anatomisch.
- 376 – Als nicht-binär bezeichnen sich Menschen, die sich nicht (nur) mit einem der beiden vermeintlich
- 377 biologischen Geschlechtern identifizieren. Sie können sich zum Beispiel zwischen diesen beiden
- 378 Geschlechtern verorten, außerhalb davon, oder fluid in ihrer Geschlechtsidentität sein.

- 379 – Trans-Menschen sind Personen, deren Geschlechtsidentität nicht oder nicht vollständig mit dem
380 bei Geburt anhand der äußeren Merkmale im Geburtenregister eingetragenen Geschlecht über-
381 einstimmt oder die eine binäre Geschlechtszuordnung ablehnen.
- 382 – Agender Personen wiederum, manche nutzen auch die Selbstbezeichnung genderless, fühlen
383 sich keinem Geschlecht zugehörig und lehnen das Konzept von Geschlecht teilweise komplett
384 ab. Agendersein ist eine spezifische Ausprägung von Nicht-Binärität, weshalb manchmal auch
385 die Abkürzung FLINT* verwendet wird, wobei agender Personen sich entweder dem N oder dem
386 Sternchen zuordnen können.
- 387 – Das Gendersternchen soll jene Personen inkludieren, die sich in keinem der Buchstaben wie-
388 derfinden, aber ebenfalls aufgrund ihrer Geschlechtsidentität in einer patriarchalen heteronor-
389 mativen Mehrheitsgesellschaft marginalisiert werden. Sprich alle, die kein cis Mann sind – auch
390 schwule oder bisexuelle cis Männer gehören daher nicht zu dieser Gruppe.
- 391 – Näheres zu unterschiedlichen Geschlechtsidentitäten findest du hier: [https://blogs.scientifi-
392 c-american.com/sa-visual/visualizing-sex-as-a-spectrum/](https://blogs.scientificamerican.com/sa-visual/visualizing-sex-as-a-spectrum/)
- 393 • Misgendern: Im Sprachgebrauch verwenden Menschen in den meisten Fällen geschlechtsspezifische
394 Pronomen, wenn sie über jemanden in der dritten Person sprechen, z.B. „er“ oder „sie“. Dabei weisen
395 sie diese Pronomen meistens unbewusst einer Person zu, so wie sie gelernt haben, wofür „er“ und „sie“
396 steht. Wenn sich Menschen mit der äußeren Zuordnung durch anderen Menschen als „er“ oder „sie“
397 wohlfühlen, kann dies unproblematisch sein. Es gibt aber auch Menschen, die sich entweder durch die
398 beiden Wörter nicht repräsentiert fühlen, oder die von anderen als „sie“ bezeichnet werden, obwohl
399 diese Menschen „er“ bevorzugen würden und umgekehrt. Wenn jemand jemand anderes mit einem
400 Pronomen bezeichnet, mit dem sich die betroffene Person nicht identifiziert, wird das „misgendern“
401 genannt. Das passiert oft nicht absichtlich, kann die betroffenen Personen aber sehr verletzen.
- 402 Um das zu verhindern, gibt es verschiedene Möglichkeiten: mensch kann den Menschen in seinem*ihrem
403 Umfeld sagen, welches Pronomen mensch bevorzugt oder wenn mensch sich unsicher ist, welches Prono-
404 men jemand anderes bevorzugt, kann mensch einfach freundlich nachfragen. Wichtig dabei: Die Präferenz
405 einer Person gilt es zu respektieren, selbst wenn mensch diese Präferenz (noch) nicht versteht. Geschlechter-
406 diversität ist keine Modeerscheinung, sondern ein ganz normaler Aspekt menschlichen Lebens. Siehe auch:
407 <https://de.wikipedia.org/wiki/Geschlechtsidentit%C3%A4t>
- 408 • Rassismus: Einerseits bezeichnet Rassismus die unwissenschaftliche Theorie, dass es angeblich ver-
409 schiedene menschliche „Rassen“ gibt, die sich durch biologische Merkmale unterscheiden und als bio-
410 logische Kategorien voneinander abgrenzbar seien. Andererseits bezeichnet Rassismus die Ideologie,
411 dass Menschen aufgrund angeborener Merkmale, wie zum Beispiel ihrer Hautfarbe, verschieden viel
412 Wert seien bzw. unterschiedlich behandelt werden müssten.
 - 413 • Sexismus: Sexismus bezeichnet jede Form der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres zuge-
414 schriebenen Geschlechts. Da Männer in der patriarchalen Gesellschaftsordnung eine privilegierte Po-
415 sition haben, gelten primär FLINTA*-Personen als von Sexismus betroffen. Die Grundlage für Sexis-
416 mus sind historisch gewachsene und durch Sozialisierung (d.h. beim Aufwachsen in die Gesellschaft
417 hinein) erlernte Vorstellungen über geschlechtsspezifische Verhaltensmuster (Geschlechterstereotype)
418 und unterschiedliche Rollenzuweisungen für Frauen und Männer.
 - 419 • tin*-Personen: Trans-, Inter-, Non-Binäre*Personen
 - 420 • Transformative Justice: Transformative Justice (transformative Gerechtigkeit) ist ein emanzipatorischer
421 Ansatz gegenüber Gewalt, der darauf abzielt, Sicherheit und Verantwortungsübernahme zu gewähr-
422 leisten, ohne dabei auf Entfremdung, Bestrafung und staatlicher oder systemischer Gewalt (u.a. Inhaf-
423 tierung und Überwachung) zu beruhen.
 - 424 • Übergriffige Person: Der Begriff bezeichnet in diesem Kontext Ausübende von Gewalt und/oder Men-
425 schen, die die Grenzen anderer verletzen.
 - 426 • weiß: weiß bezeichnet keine biologische Eigenschaft und keine reelle Hautfarbe, sondern eine politi-
427 sche und soziale Konstruktion. Mit Weißsein ist die dominante und privilegierte Position innerhalb des
428 Machtverhältnisses Rassismus gemeint, die oft unausgesprochen und ungenannt bleibt.

- 429 • Victim Blaming: Wenn die Verantwortung für eine Straftat beim Opfer gesucht wird, nennt man das
430 „Victim Blaming“ oder „Täter*innen-Opfer-Umkehr“
- 431 • Objektifizierung: Wörtlich bedeutet objektivieren: zum unbelebten Objekt machen, „vergegenständli-
432 chen“. Bsp. Ein Sexualobjekt ist die Summe der attraktiven Teile eines Körpers und nicht der vollwertige
433 Mensch mit eigenem Charakter, Interessen und Träumen
- 434 • Safer Space: Der Begriff Safe Space bezieht sich auf Orte, an denen marginalisierte Personen zusam-
435 menkommen, um über ihre Erfahrungen mit Marginalisierung zu kommunizieren. Diese Räume versu-
436 chen sicherer zu sein. Sicherer, weil Diskriminierungen so tief in unserer Gesellschaft und systemisch
437 angelegt sind, dass nichts absolut sicher sein kann. Diese Räume garantieren aber Bemühungen, Diskri-
438 minierungen bewusst abzubauen. Dies geschieht vor allem durch diese Räume von und für Personen,
439 welche von Diskriminierungen betroffen sind, es gibt z.B. Safer Spaces für FLINTA*s, queere Personen,
440 Schwarze Menschen oder Menschen mit Behinderung(en).
- 441 • Geschlechtergerechte Sprache: Geschlechtergerechte Sprache bezeichnet einen Sprachgebrauch, der
442 in Bezug auf Personenbezeichnungen die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und darüber
443 hinaus aller Geschlechter zum Ziel hat und die Gleichstellung der Geschlechter in gesprochener und
444 geschriebener Sprache zum Ausdruck bringen will.
- 445 • **Schwarz** wird großgeschrieben, um zu verdeutlichen, dass es sich um ein konstruiertes Zuordnungs-
446 muster handelt und keine reelle Eigenschaft, die auf die Farbe der Haut zurückzuführen ist. So be-
447 deutet **Schwarz-Sein** in diesem Kontext nicht, einer tatsächlichen oder angenommenen ‚ethnischen
448 Gruppe‘ zugeordnet zu werden, sondern ist auch mit der gemeinsamen Rassismuserfahrung verbun-
449 den, auf eine bestimmte Art und Weise wahrgenommen zu werden.“
- 450 • Lookism meint die Stereotypisierung bzw. Diskriminierung auf Grund des Aussehens

P Partei

P Partei

P-2	Juso- Landesvorstand	Keine Bühne für rechte Hetze – keine Teilnahme an Podiumsdiskussionen mit der AfD	76
-----	-------------------------	---	----

P-2

Titel	Keine Bühne für rechte Hetze – keine Teilnahme an Podiumsdiskussionen mit der AfD
Antragsteller*innen	Juso-Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Keine Bühne für rechte Hetze – keine Teilnahme an Podiumsdiskussionen mit der AfD

- 1 Wir bekräftigen unsere Position und fordern alle Kandidat*innen für den Land- und Bezirkstag der Jusos und
- 2 SPD sowie den Spitzenkandidaten der SPD auf, nicht an Podiumsdiskussionen teilzunehmen, zu denen die
- 3 AfD eingeladen ist. Gemeinsam mit den Vertreter*innen der anderen demokratischen Parteien sollen unsere
- 4 Kandidat*innen darauf hinwirken, dass die AfD eingeladen wird oder selbst der Diskussion fernbleiben.

W Wirtschafts- und Finanzpolitik

W Wirtschafts- und Finanzpolitik

W-2	Jusos Oberbayern	Gründerbe – weil alle erben sollten, was heute wenigen gehört	78
W-5	Jusos Unterfranken	Wochenendarbeit besser entlohnen – Steuerfreiheit von Sonntagszuschlägen auf Samstag ausweiten, gesetzlicher Anspruch auf Zuschläge für Wochenend-, Nachts- und Feiertagsarbeit	84
W-7	Thesen unserer Generation	– Ein Impulspapier für den Sozialismus	85

W-2

Titel	Grunderbe – weil alle erben sollten, was heute wenigen gehört	
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern	
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, BayernSPD-Landesparteitag	Juso-Landeskonferenz,

Grunderbe – weil alle erben sollten, was heute wenigen gehört

- 1 Deutschland ist ein Ungleichland
- 2 In Deutschland ist das Vermögen sehr ungleich verteilt. Wenige besitzen sehr viel und große Teile der Bevöl-
- 3 kerung leben an der Armutsgrenze. Wir wollen diese Schere zwischen arm und reich aufbrechen. Dabei muss
- 4 ganz klar eine Umverteilung von den oberen 10% zu den unteren 90% erfolgen. Wir erkennen auch an, dass
- 5 ostdeutsche Bundesländer von dieser Ungleichheit noch stärker betroffen sind und auch in dieser Richtung
- 6 eine Umverteilung von West nach Ost stattfinden muss.
- 7 Das Ziel muss es sein, gerechtere Startbedingungen für alle Menschen zu schaffen und nicht nur wenigen die
- 8 besten Chancen auf Bildung, Teilhabe, Mobilität und Mitbestimmung zu gönnen.
- 9 Das Grunderbe sehen wir als eine Maßnahme an, um der Ungleichverteilung entgegenzuwirken. Trotzdem
- 10 möchten wir langfristig den demokratischen Sozialismus erreichen und kämpfen auch weiter für eine wirklich
- 11 kostenlose Bildung, gerechtere Löhne, den kostenlosen ÖPNV, eine faire Rente und das Ende des Kapitalis-
- 12 mus.
- 13 Dieser Antrag adressiert nicht die Frage, welche Rolle Vermögen in einer sozialistischen Gesellschaft spielt. Er
- 14 bezieht sich aus einer reformistischen Sicht auf die konkrete Situation im Hier und Jetzt, in der gesellschaftliche
- 15 Teilhabe sehr eng mit Vermögen zusammenhängt. Die Förderung von Vermögen für diejenigen, die aktuell ver-
- 16 mögenslos sind, trägt dabei jedoch zu einer Egalisierung von Vermögen bei, dieser Effekt ist explizit erwünscht
- 17 und beabsichtigt.
- 18 Vermögensungleichheit- warum sich etwas ändern muss
- 19 Vermögen ist in Deutschland enorm ungleich verteilt. Einige wenige kontrollieren den Großteil des Nettover-
- 20 mögens, sei es monetäres Vermögen, Immobilien oder Unternehmensanteile. Das reichste Prozent der Bevöl-
- 21 kerung vereint rund 35% des gesamten gesellschaftlichen Vermögens, lediglich 10% der Bevölkerung kontrol-
- 22 lieren über zwei Drittel des Vermögens.
- 23 73% der Millionär*innen sind Selbstständige, kaum abhängig Beschäftigte und nur wenige Angestellte, davon
- 24 fast alle aus leitenden Positionen. Beschäftigte haben kaum eine Möglichkeit, allein durch ihren Lohn Rückkla-
- 25 gen aufzubauen oder gar Immobilien zu erwerben.
- 26 Wohneigentum ist in Deutschland extrem ungleich verteilt: Unter den 10% der Haushalte mit dem höchsten
- 27 Nettovermögen verfügen 92% über vermietete Immobilien, die 20% mit dem niedrigsten Nettovermögen be-
- 28 sitzen nur 2%. Dabei sind mehr als 70% der vermieteten Immobilien in der Hand der 10% reichsten Haushalte.
- 29 Die Wohneigentumsquote ist in keinem anderen EU-Land so niedrig wie in Deutschland. Nur 42% der Perso-
- 30 nen besitzen die Immobilie, die sie bewohnen, in Ostdeutschland sogar nur 37%. 1,3% der Deutschen besitzen
- 31 hingegen Mietwohnungen, die sie in den meisten Fällen geerbt oder durch eine Erbschaft finanzieren konn-
- 32 ten.

33 Das Vermögen in Deutschland ist nicht nur ungleich verteilt, sondern auch den patriarchalen, rassistischen
34 und Ostdeutschland benachteiligten Strukturen folgend, die unsere Gesellschaft bis heute prägen. Die meis-
35 ten Personen, die über ein Nettovermögen mit Wert von durchschnittlich ca. 3 Millionen Euro verfügen, sind
36 männlich, haben keinen Migrationshintergrund und kommen aus Westdeutschland. Nur 6% der Millionär*in-
37 nen kommen aus Ostdeutschland, 14% haben einen Migrationshintergrund und 31% sind Frauen.

38 Die Ungleichheit in unserer Gesellschaft hat mitunter einen entscheidenden Grund: Vererbung ist der einfachs-
39 te Weg ein Vermögen anzuhäufen. 400 Milliarden Euro werden (nach Berechnungen) jährlich in Deutschland
40 vererbt oder verschenkt. Vererbung ist daher Ursache der Ungleichheit, zementiert diese und verschärft sie
41 immer weiter.

42 Wer das Glück hatte, in eine reiche Familie geboren worden zu sein, die das Glück hatte, über Dekaden von
43 keiner Krise betroffen gewesen zu sein, muss sich um die eigene wirtschaftliche Zukunft keine Gedanken ma-
44 chen.

45 Die Ungleichverteilung des Erbes hängt dabei immer mit wiederkehrenden gesellschaftlichen Problemen zu-
46 sammen. Unsere Gesellschaft ist geprägt von patriarchalen und rassistischen Strukturen, die sich über die
47 vergangenen Jahrzehnten bis heute konstant halten. Männer erben häufiger als Frauen, weil besonders große
48 Vermögen oder Unternehmen oft an Söhne statt Töchter vererbt werden. Nur Familien, die keinen historischen
49 Bruch, durch Flucht oder Vertreibung, und keine systemische und gesellschaftliche Benachteiligung erfahren
50 haben, können vererben. Und auch die Wiedervereinigung und der wirtschaftliche Profit einiger wenige, zu-
51 meist Westdeutscher, auf die Kosten vieler Ostdeutscher haben Ungleichheiten verursacht, die bis heute nicht
52 beseitigt werden konnten.

53 Einige Wenige kommen bereits abgesichert auf die Welt, müssen sich nie um ihren Lebensunterhalt sorgen,
54 sondern können mit einem Erbe über Immobilien, Vermögenswerte oder Unternehmensanteile rechnen. Da-
55 bei verdienen sie anschließend vom Grundbedürfnis Wohnen anderer Menschen und von deren Arbeitskraft,
56 um ihr Vermögen weiter auszubauen.

57 Anderen hingegen bleiben Aufstiegschancen verwehrt. Die soziale Mobilität der Gesellschaft wird durch die
58 Vermögensanhäufung einiger weniger massiv eingeschränkt. Sich durch Erwerbsarbeit über das Verdienst
59 des Lebensunterhalts hinaus Rücklagen aufzubauen wird immer schwieriger, für weite Teile der Gesellschaft
60 unmöglich.

61 Der Start in das selbstständige Leben ist der Punkt der größten Ungerechtigkeit. Die einen müssen sofort auf
62 eigenen Füßen stehen, die anderen schweben über den Dingen. Vermögensvorteile zu Beginn des Lebens sind
63 für die meisten nicht aufzuholen, erst recht nicht durch Lohnarbeit.

64 Für Berufsausbildung, Weiterbildung und selbstbestimmtes Leben bedeutet die Frage des Erbes einen großen
65 Unterschied: Die einen können studieren, was sie wollen, Bildungsabschlüsse anhäufen bzw. ausbauen und
66 sich dauerhaft weiterbilden. Die anderen müssen auf den schnellstmöglichen Abschluss setzen, möglichst
67 schnell Geld verdienen und haben dabei weniger Chancen auf gute und gut bezahlte Arbeit.

68 Auch im Bezug auf den Aufbau von persönlichen Sicherungssystemen ist das Erbe ein enormer Vorsprung:
69 Die einen besitzen seit ihrer Geburt Rücklagen und können problemlos weitere aufbauen, die anderen leben
70 von ihrer Arbeit und können keine Mechanismen schaffen, die sie in schwierigen Zeiten auffangen. Vermögen
71 reproduziert sich: Während die einen noch arbeiten und für die Miete bezahlen müssen, können andere, die
72 eine Wohnung geerbt haben, das Geld zur Seite legen und den Gewinn reinvestieren.

73 Oft wird großes Vermögen verteidigt mit der Argumentation, dass es ja auch irgendwann erarbeitet wurde
74 und den Menschen daher zusteht. Bei vielen Unternehmen – darunter beispielsweise BMW – ist das Vermögen
75 mitunter auch ein Ergebnis von Ausbeutung. Viele große Industrieunternehmen haben in der NS-Zeit Zwangs-
76 arbeiter*innen beschäftigt und damit unrechtmäßige Vermögenswerte angehäuft.

77 Die Ungleichheit, die Erbschaften in der heutigen Form auslöst, können wir als sozialistischer Verband nicht
78 tolerieren oder gar gutheißen. Eine Gesellschaft durch das Glück der vermögenden Geburt in vermögend und
79 weniger privilegiert zu unterteilen, widerstrebt jedem Gedanken der Chancengerechtigkeit und den Zielen des
80 demokratischen Sozialismus. Es gefährdet den sozialen Frieden und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft
81 und führt zu großen Spannungen in der Gesellschaft einerseits und zu großer Unzufriedenheit und Belastung
82 Einzelner andererseits.

83 Grunderbe – ein guter Start in das selbstbestimmte Leben

84 **Um den Start in das Erwachsenenleben für alle jungen Menschen möglichst chancengerecht zu gestalten,**
85 **fordern wir die Einführung eines Grunderbes.**

86 Jeder Person, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder eine gewisse Mindestzahl an Jahren in Deutsch-
87 land gelebt hat bekommt zu ihrem 18. Geburtstag den Fixbetrag von 60.000€ ausbezahlt. Der Betrag soll an
88 die Inflation angepasst werden. Das bedeutet: Sinkt der Geldwert, steigt auch der Betrag des Grunderbes
89 an.

90 Der Ostbeauftragte der Bundesregierung fordert ein Grunderbe in Höhe von 20.000€ und möchte auch die
91 Auszahlung an bestimmte Zwecke knüpfen. Doch Studien zeigen, dass man nur durch ein höheres Grund-
92 erbe merkbare Unterschiede in der Umverteilung wahrnimmt und erst ab diesem Betrag auch langfristige
93 wirtschaftliche Reaktionen erkennbar sind.

94 **Wir fordern ein Grunderbe in Höhe von 60.000€, über das junge Erwachsene selbst entscheiden dürfen,**
95 **wann und für was sie es ausgeben wollen.**

96 Wir müssen jungen Menschen zutrauen, ihre eigenen Entscheidungen für ihre Zukunft zu treffen und dürfen
97 ihnen nicht ihre Entscheidungsfähigkeit absprechen. Der Umgang mit Geld sollte in der Schule und in der wei-
98 teren Ausbildung thematisiert werden, sodass schon Kinder und Jugendliche sich dessen bewusst sind.

99 Mit dem Grunderbe sollen junge Menschen die Möglichkeit haben, mit gleicheren Chancen in das Leben zu
100 starten und selbstbestimmt entscheiden zu können, welchen Weg sie in ihrem Leben gehen möchten. Viele jun-
101 ge Menschen müssen sich heute zwischen ihren Interessen in der Weiterbildung und einem Job, der ihnen die
102 Lebensgrundlage sichert, entscheiden. Aber auch Bedürfnisse nach Mobilität, Flexibilität und Freiheit werden
103 durch finanzielle Zwänge eingeschränkt. Mit einem Grunderbe können junge Menschen ihren Bildungsweg
104 freier gestalten und ihr Potenzial bestmöglich gestalten. So kommen wir einem gerecht verteilten Zugang zu
105 Bildung und Qualifikation näher.

106 Egal ob das gewünschte Studium mit höheren Beiträgen einhergeht oder man beispielsweise ein Auslandsse-
107 mester zur Stärkung der eigenen Persönlichkeit und zum Ausbau von interkultureller Kompetenz wahrnehmen
108 möchte, all das wird dank einem Grunderbe möglich genauso wie die Finanzierung einer Ausbildung oder des
109 Meisters.

110 Neben Bildung und Weiterbildung kann das Grunderbe auch zur Bildung von Rücklagen und damit für die
111 Schaffung von privater Absicherung genutzt werden. Wir lehnen eine Vermögenanhäufung durch Privatper-
112 sonen ab, sehen aber die Bildung von Rücklagen als legitimes Ziel an, um Abhängigkeiten von staatlichen Sozi-
113 alstrukturen zu verhindern, um mehr Selbstbestimmung zu bewahren. Für Lebensphasen, in denen Personen
114 weniger arbeiten wollen oder können, bieten Rücklagen Flexibilität und Planbarkeit. Zudem können Investitio-
115 nen besser geplant und getätigt werden, wenn Rücklagen absichern können. Soziale Mobilität, selbstbestimm-
116 tes Leben und Abfedern von unplanbaren Umständen können so erleichtert werden.

117 Außerdem hilft das Grunderbe dabei, das Vermögen innerhalb unserer Gesellschaft umzuverteilen. Wie im
118 ersten Teil gezeigt, besitzen wenige Menschen viel und viele besitzen wenig. Diese Kluft kann durch das Grun-
119 derbe verkleinert werden.

120 Hebt man die Erbschaftssteuer auf die größten Erbsummen an und besteuert auch den Übertrag von Immo-
121 bilien und Unternehmen konsequent, so kann diese Umverteilung konsequent beschränkt werden und die
122 benötigte Summe für die Auszahlung eines Grunderbes von 60.000€ problemlos abgebildet werden.

123 Reform der Erbschaftssteuer – Wie wir das finanzieren wollen

124 Eine konsequente Erbschaftssteuer ist ein gutes Mittel um Umverteilung zu erreichen. Vermögen, die von einer
125 Generation in die nächste übergehen, müssen progressiv versteuert werden. Durch das Geld, das durch eine
126 reformierte Erbschaftssteuer eingenommen werden kann, wollen wir das Grunderbe finanzieren.

127 Gegen (hohe) Erbschaftssteuern werden immer wieder Argumente von verschiedenen Seiten ins Feld geführt.
128 Die Erbschaftssteuer ist aber tatsächlich ein faires Instrument und die Besteuerung von Erbmasse aus Motiven
129 der Gerechtigkeit und Solidarität unabdingbar.

130 **Mittel der Umverteilung**

131 Niemand, der Nettovermögen erbt, hat etwas dafür getan, außer Kind bzw. Enkelkind zu sein. Erbe basiert
132 nur auf dem Glück der wohlhabenden Geburt, wovon man schon in seiner Kindheit durch (häufig) bessere
133 Unterstützung im Bildungsweg, mehr Möglichkeiten in der Freizeitgestaltung und höheren Lebensstil profitiert
134 hat.

135 Es sollte nicht einigen wenigen Person ein Vermögen in den Schoß fallen, das sie für den Rest ihres Lebens ab-
136 sichert und Lohnarbeit zur Nebensache macht, wohingegen diese für andere, die das Glück des Erbens nicht
137 hatten, existentiell ist und eine Selbstabsicherung in den meisten Fällen trotz Anstrengungen nicht ermög-
138 licht.

139 Erbe ist erwirtschaftet durch die Eltern, Großeltern, andere Verwandte oder Bekannte. Auch wenn sie dieses
140 erwirtschaftete Nettovermögen bereits versteuert haben, die Empfänger*in hat für diese Zuwendung nichts
141 getan, profitiert aber ebenso von den infrastrukturellen und staatlichen/gesellschaftlichen Voraussetzungen,
142 die den Aufbau und die Weitergabe des Vermögens ermöglicht haben. Es ist deshalb nur gerecht, dass sie dem
143 Staat und damit der Gesellschaft etwas zurückgibt und damit die Schaffung und den Erhalt von Infrastruktur
144 und staatlichen Systemen unterstützt.

145 Dabei stehen nicht die Familien im besonderen Blickpunkt, die seit Generationen eine Immobilie vererben oder
146 die, bei denen die Erblasser eine Immobilie erworben haben, auch im Gedanken daran, die eigenen Nachkom-
147 men zu unterstützen. Vielmehr sollen die Erbschaften in den Fokus genommen werden, die sich über massive
148 Vermögenswerte, Immobilien und Unternehmensanteile erstrecken und die Erbenden für ihr gesamtes Leben
149 versorgen. Besonders solche Erben werden aktuell kaum bzw. viel zu wenig von der Erbschaftssteuer tangiert.
150 Denn gerade die, die ansonsten den radikalen Leistungsgedanken predigen, haben das System, das für mehr
151 Chancengerechtigkeit und weniger Zufallsvermögen steht, korrumpiert und bremsen Maßnahmen aus.

152 **Erbschaftssteuer ein zahnlöser Tiger**

153 Die aktuelle Erbschaftssteuer ist ein zahnlöser Tiger, d.h. sie erzielt nicht die notwendigen Umverteilungsmaß-
154 nahmen und ist stattdessen höchst ungerecht, denn gerade die, die viel erben, zahlen wenig Steuern.

155 Die Erbschaftssteuer ist im Schnitt weitaus geringer als die auf geleistete Lohnarbeit. Berechnet man aus der
156 Erbmasse an Nettovermögen aus 2021 (400 Milliarden Euro) und der tatsächlich eingenommenen Summe an
157 Erbschaftssteuer (11 Milliarden Euro), so ergibt das, dass 2021 im Schnitt nur 2,7% Erbschaftssteuer gezahlt
158 wurde. Das liegt zum einen daran, dass nur ein Bruchteil des tatsächlich vererbten Nettovermögens auch vom
159 Finanzamt veranlagt wurde (118 Milliarden) und zum anderen daran, dass auch hier nur 9,4% Steuer im Schnitt
160 bezahlt wurden.

161 Die Steuer ist also insgesamt zu niedrig und zu viele Freibeträge werden erst gar nicht besteuert. Dabei sind
162 es Betriebsvermögen und großer Immobilienbesitz, die nicht adäquat besteuert werden. Das Szenario, dass
163 Betriebe vererbt werden und im Anschluss die halbe Belegschaft entlassen müssen, ist nicht realistisch, statt-
164 dessen werden große Vermögen an der Steuer vorbei vererbt. Durch die Steuer auf Immobilien-Erbe ist aktuell
165 mehr das Familienhaus als der Großgrundbesitz oder der vermietete Wohnblock betroffen.

166 **neu denken – konsequent und gerecht**

167 Die Erbschaftssteuer muss neu gedacht werden, um die höchsten Erbschaften, sowie die Erbschaften auf Un-
168 ternehmensvermögen und Immobilien endlich konsequent zu besteuern.

169 ***Wir fordern als Hauptziel, die vererbten Betriebsvermögen endlich in den Blick zu nehmen.***

170 Besonders Anteilseigner*innen bei Holdings oder an Aktiengesellschaften müssen im Falle eines Erbes deut-
171 lich stärker zur Kasse gebeten werden.

172 Aber auch mittelständische Unternehmen müssen ihren Beitrag leisten. Die Erbschaftssteuer muss erhöht
173 werden. Freibeträge sollen auch weiterhin gewährt werden, allerdings gemessen an der Größe der Unterneh-

174 men, insgesamt geringer als bisher und nur an Betriebe, die im Gegenzug ihre Betriebsstrukturen demokra-
175 tisieren. So erhalten die Mitarbeiter*innen mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Teilhabe.

176 Erbschaftssteuer muss nicht auf einmal gezahlt werden. Wir fordern, dass die Erbschaftssteuer auf Betriebe
177 über mindestens 10 Jahre bezahlt werden muss und dabei der Erfolg/Misserfolg der Unternehmen zu einer
178 Erhöhung/Reduzierung der Steuersumme führt.

179 **Als weitere wichtige Maßnahme fordern wir konsequente Besteuerung von Immobilieneigentum.**

180 Die Besteuerung soll dabei an die Anzahl der Immobilien gekoppelt werden, sodass eine Immobilie, die selbst
181 bewohnt wird, bis zu einer gewissen Größe zu verminderter Erbschaftssteuer und großzügigen Freibeträgen
182 vererbt werden kann.

183 In besonderen Fällen wollen wir nachhaltige und langfristige Kreditmöglichkeiten (z. B. KfW-Kredite) ermögli-
184 chen. Im Gegenzug sollen diese günstigen staatlichen Kredite im Grundbuch gesichert werden. So soll der Staat
185 oder die Kommune eine Möglichkeit zum preisgünstigen Erwerb erhalten, sollte der Kredit nicht zurückgezahlt
186 werden können. Zusätzlich soll ein kommunales oder staatliches, preislimitiertes Vorkaufsrecht eingetragen
187 werden, um Freibeträge und öffentliche Mittel abzusichern und auszugleichen, die zugunsten von Privateigen-
188 tum gewährt werden.

189 Durch ausreichende Freibeträge beim selbstgenutzten Immobilieneigentum und einem Fokus auf die Gesamt-
190 anzahl der vererbten Wohneinheiten kann sichergestellt werden, dass nicht die Familien, die eine Immobilie
191 weitergeben möchten, diese verkaufen müssen, sondern tatsächlich große Immobilienerbschaften vermehrt
192 in den Blick genommen werden. Wir wollen mit diesen Regelungen eben nicht den Erhalt von Omas Einfami-
193 lienhäuschen erschweren, das einfach nur in der Familie bleiben soll. Dieses Argument wird in der aktuellen
194 Debatte lediglich vorgeschoben um Reformen zu verhindern, die auf Multimillionär*innen abzielen.

195 Freibeträge bei der Erbschaftssteuer sollen künftig im Gegenzug an bezahlbare Mieten gekoppelt sein. Aller-
196 dings sollen Begünstigungen wie Freibeträge nur für den Erstwohnsitz gelten, wodurch die Erbschaftssteuer
197 bei allen weiteren, nicht als Erstwohnsitz selbstgenutzten Immobilien-Erbschaften erhöht wird. Bei vermiete-
198 ten Wohnungen ist ein Freibetrag nur dann denkbar, wenn im Gegenzug die Miete bezahlbar ist und bleibt
199 und dies grundbuchlich gesichert wird.

200 Eine Regionalisierung der Freibeträge und Steuersätze widerspricht dem im Grundgesetz enthaltenen Grund-
201 satz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Wir erteilen diesen Vorschlag daher eine klare Absage. Eine
202 Regionalisierung der Freibeträge und Steuersätze wie von der CSU gefordert würde dazu führen, dass in rei-
203 chen Ländern wie Bayern ein niedrigerer Steuersatz gilt. Dies widerspricht jedoch dem Ansatz eines progres-
204 siven Steuermodells und dem Ziel, Reiche stärker in Anspruch zu nehmen.

205 Außerdem würde eine Regionalisierung Tür und Tor für weitere Steuervergünstigungen auch in den "ärmeren"
206 Bundesländern öffnen und die geforderte bundesweite Regelung aushöhlen.

207 **Wir fordern, dass die monetären Vermögen stärker von der Erbschaftssteuer erfasst werden und diese Be-
208 steuerung progressiv erfolgen muss.**

209 **Zudem müssen Freibeträge auf die insgesamte Höhe des geerbten Nettovermögens im Leben der Person be-
210 schränkt werden.** Dadurch sind Freibeträge bei Mehrfach-Erbschaften nur bis zu einer gewissen kumulierten
211 Gesamtsumme möglich.

212 Vermögensumverteilung – weil der Start nicht der ganze Lauf ist

213 Im Laufe des Lebens kommt jede*r immer wieder in Situationen, in denen die Ungleichheit die Person di-
214 rekt betrifft und einschränkt. Gegen viele Probleme, die das Grunderbe wirken kann, gibt es auch andere
215 Lösungsansätze, die in Teilen schon bestehen und ausgebaut werden müssen oder die wir seit Jahren for-
216 dern. Das Grunderbe ersetzt weder BAFÖG noch Rente, weder staatlichen Wohnungsbau, noch Kindergeld. Es
217 dient nicht als Ausrede, um andere Forderungen fallen zu lassen, sondern muss eingepflegt werden in einen
218 Katalog an Maßnahmen, mit Hilfe derer die massive Ungleichheit in Deutschland beendet werden kann. Nur
219 mit einem engmaschigen Netz an Maßnahmen, die in vielen verschiedenen Lebensbereichen wirken, können
220 wir Umverteilung erreichen und verhindern, dass die erwünschten Effekte des Grunderbes verpuffen.

221 Das Grunderbe allein ist nicht genug und reicht nicht aus, kann aber ein wichtiger Baustein sein. Wir bekräf-
222 tigen deshalb bestehende Forderungen und Positionen der Jusos zu kostenloser Bildung, einer armutsfesten

223 Grundsicherung insbesondere für junge Menschen und gute, existenzsichernde Löhne, die sozialen Aufstieg
224 ermöglichen. Außerdem braucht es eine Sicherung von Einkommen im Alter durch gute Rente und einen re-
225 spektvollen Staat, der bei Verlust der Arbeitsstelle fördert und respektvoll mit Erwerbslosen umgeht.

226 Bevor das Grunderbe zum 18. Geburtstag ausbezahlt wird, braucht es während der Kindheit Maßnahmen zur
227 Chancengerechtigkeit. Bildung muss kostenlos sein, egal ob die Busfahrt zur Schule, das digitale Endgerät oder
228 die Nachhilfestunde. Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Es braucht zudem
229 grundsichernde Maßnahmen, um zu Verhindern, dass Kinder in Armut aufwachsen. Dazu benötigt es eine
230 echte Reform von Hartz 4 und mehr Unterstützung für Kinder aus Haushalten, die sie weniger unterstützen
231 können.

232 Das Grunderbe ist eine Erleichterung zum Studien- oder Ausbildungsstart und kann auch zur finanziellen Be-
233 gleitung genutzt werden. Es darf allerdings nicht zum Ersatz für BAFöG oder Mindestauszubildendenvergütung
234 werden. Das BAFöG muss angehoben und elternunabhängig ausbezahlt werden. Auszubildende müssen fair
235 bezahlt werden und durch die Mindestauszubildendenvergütung einen guten Lebensstandard während der Be-
236 rufsausbildung, während der sie bereits wertvolle Arbeit leisten, erreichen können.

237 Im Arbeitsleben müssen für viele Arbeitnehmer*innen aus verschiedenen Branchen die Löhne erhöht werden.
238 Es braucht einen Mindestlohn, der wirklich zum Leben ausreicht und mit der Inflation auch anwächst. Bran-
239 chenmindestlöhne müssen angehoben werden, Grundversorgung muss in öffentliche Hand und der Staat als
240 Arbeitgeber für z. B. Pflegekräfte bessere Löhne auszahlen.

241 Menschen, die ihren Job verlieren, müssen gefördert und nicht bestraft werden. Sie müssen bei der Bewälti-
242 gung von Problemen und bei der Suche nach einer neuen Anstellung unterstützt und die Unterdrücksetzung
243 beendet werden. Dazu braucht es ein echtes Bürger*innengeld, keine Umbenennung von Hartz IV.

244 Mit einer Vermögens- und Grundsteuerreform müssen diejenigen einen Anteil an die Allgemeinheit abgeben,
245 die mehr als genug besitzen. In den meisten Fällen begründet sich ihr Vermögen aus Erbmassen oder der
246 Ausnutzung der Arbeitskraft anderer Personen. Das Vermögen in Deutschland muss umverteilt werden, bzw.
247 diejenigen, die unverhältnismäßiges Vermögen besitzen, müssen Teile davon abgeben, um öffentliche Infra-
248 struktur und Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten. Die Verteilung von Grund und Boden muss grundlegend
249 verändert werden. Große Immobilienkonzerne und Besitzer*innen zahlreicher Mietobjekte müssen enteignet
250 werden, der Vermieter der allermeisten Wohnungen sollte der Staat sein. Grundstücke in kommunalem oder
251 staatlichem Besitz werden nicht mehr veräußert. Die Nutzung kommunaler oder staatlicher Grundstücke z. B.
252 für eigengenutzten Wohnraum soll nur noch im Rahmen von Erbbaurechtsverträgen erfolgen. Als Zukunftsvi-
253 sion sollte niemand mehr Wohneigentum besitzen.

254 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, sich in seinem Arbeitsleben für die Rente abzusichern. Dafür
255 braucht es ein stabiles Rentensystem, eine Grundrente, die zum Leben ausreicht und keine Anhebung des
256 Renteneintrittsalters.

257 Es braucht in Deutschland eine massive Umverteilung und dafür weitreichende und umfangreiche Maßnah-
258 men. Das Grunderbe muss eine davon sein, auf dem Weg zu einem gerechten Start in das Leben für alle
259 Menschen, egal wer sie sind und aus welchen Verhältnissen sie kommen.

W-5

Titel	Wochenendarbeit besser entlohnen – Steuerfreiheit von Sonntagszuschlägen auf Samstag ausweiten, gesetzlicher Anspruch auf Zuschläge für Wochenend-, Nachts- und Feiertagsarbeit
Antragsteller*innen	Jusos Unterfranken
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Wochenendarbeit besser entlohnen – Steuerfreiheit von Sonntagszuschlägen auf Samstag ausweiten, gesetzlicher Anspruch auf Zuschläge für Wochenend-, Nachts- und Feiertagsarbeit

- 1 Wir fordern:
- 2 1. Die Ausweitung der Steuerfreiheit für Zuschläge für Sonntagsarbeit in Höhe von 50% auch auf den
- 3 Samstag als sog. Wochendarbeit;
- 4 2. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestanspruchs auf Wochend-, Feiertags- und Nachtarbeitszu-
- 5 schläge in Höhe der aktuellen Höchstgrenzen für Steuerfreiheit nach §3b Einkommensteuergesetz.

W-7

Titel Thesen unserer Generation – Ein Impulspapier für den Sozialismus

Antragsteller*innen

Adressat*innen Juso-Landeskonferenz

Thesen unserer Generation – Ein Impulspapier für den Sozialismus

- 1 Nur, wenn wir wissen, wo wir stehen und wohin wir wollen, können wir unserem Ziel näherkommen.
- 2 Unsere Generation wächst in einer Zeit multipler Krisen auf. Wir müssen uns deshalb als progressive und
3 sozialistische Bewegungen wieder grundsätzliche Fragen stellen. Die folgenden Beobachtungen, Thesen und
4 aufgeworfenen Fragen sollen die Grundlage für eine Positionsbestimmung der Jusos in den frühen 20er Jahren
5 des 21. Jahrhunderts bieten.
- 6 Wir nehmen dabei unser Verhältnis zum Staat, zur Partei, zu Gewerkschaften und zu linken Bewegungen in
7 den Blick. Weiter beschäftigen wir uns kritisch mit dem Verhältnis von materiellen und individuellen Fragen in
8 der politischen Debatte.
- 9 Wir wollen eine möglichst breite Debatte anregen. Deshalb haben wir explizit Thesen formuliert und daraus
10 Fragen abgeleitet. Erste Antworten aus unseren Diskussionen haben wir als Diskussionsimpulse festgehalten.
11 Um einen guten Diskurs zu ermöglichen, werden wir die Thesen, die im Sozialismusprojekt der Jusos Bayern
12 erarbeitet wurden, nicht beschließen, sondern als Impulse in die Begründung einbringen. Damit wollen wir
13 einen langfristigen Diskurs anregen, der nicht mit der Beschlussfassung auf der Landeskonferenz endet. Um
14 den Diskurs weiterzuführen, werden wir als Jusos Bayern eine Bezirks- und Unterbezirkstour mit den Betei-
15 ligten des Sozialismusprojektes anbieten. Jeder Unterbezirk, der die "Thesen unserer Generation" diskutieren
16 und mehr über den Entstehungsprozess erfahren möchte, kann sich melden und bekommt die Möglichkeit mit
17 den Beteiligten in den Diskurs zu treten. Darüber hinaus wollen wir auf unseren Veranstaltungen Workshops
18 anbieten und die Untergliederungen ermutigen, dies auch bei sich zu tun. Ziel ist es nicht, fertige Ergebnisse
19 im Verband zu verbreiten, sondern gemeinsam die Fragen für uns als Jungsozialist*innen und unsere Vorstel-
20 lungen von Sozialismus in den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts zu diskutieren.
- 21 Darüber hinaus setzen wir uns als Jusos Bayern dafür ein, dass auf Bundesebene ein Sozialismusprojekt ge-
22 startet wird. Unsere Thesen wollen wir auch im gesamten Bundesverband diskutieren.

INI Initiativanträge

INI Initiativanträge

INI-1	Jusos Oberpfalz	Ini Antrag – Volker W. tut versagen nicht weh	87
INI-2	Jusos Oberpfalz	Der Klimakrise sind eure Bauchschmerzen egal – Vorhaben zu neuen Ölförderprojekten stoppen	88
INI-3	Jusos Oberbayern	Ausbildungsgarantie: da geht garantiert noch mehr!	91
INI-4	Jusos Unterfranken	Initiativantrag Selbstbestimmungsgesetz	94
INI-5	Jusos Oberfranken	Die Türkei kann mehr! – Resolution zur Türkeiwahl am 15.05.2023	95

INI-1

Titel	Ini Antrag – Volker W. tut versagen nicht weh		
Antragsteller*innen	Jusos Oberpfalz		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, BayernSPD-Landesgruppe Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag	Juso-Landeskonferenz, in der	SPD-

Ini Antrag – Volker W. tut versagen nicht weh

- 1 Forderungen:
- 2 • Jährliche sektorale Ziele und Sofortmaßnahmen sollen im Bereich Klimaschutz bestehen bleiben
 - 3 • Sofortiger Stopp der Ausweitung und langfristige Abkehr vom Emissionshandel
 - 4 • Beibehaltung der Realkompensation
 - 5 • Keine Förderung von E-Fuels
- 6 Die selbsternannte Fortschrittskoalition vollzieht mit der im Koalitionsausschuss geplanten Aufweichung des
7 Klimaschutzgesetzes einen gewaltigen Rückschritt und gefährdet somit das ohnehin schon wackelige Ziel der
8 Klimaneutralität bis 2045. Mit dem Wegfall der jährlichen sektoralen Zielbetrachtung hin zu einer mehrjährigen
9 Gesamtrechnung wird nicht nur Verantwortung zur Umsetzung klimafreundlicher Maßnahmen aus den ein-
10 zeln Ministerien gezogen, es fördert unsolidarische Denkweisen innerhalb der Regierung und den Ressorts.
11 So muss der Rückgang der CO₂-Emissionen in der Industrie deren Anstieg im Bereich Verkehr kompensieren.
12 Die klimafeindliche Politik eine*r Verkehrsminister*in wird somit in Zukunft nicht geahndet und das Versagen
13 in diesem Bereich intransparent. Bisher mussten die Ministerien bei nicht-Erreichung der Klimaziele innerhalb
14 von drei Monaten Sofortmaßnahmen zur Korrektur vorlegen und einleiten. Mit Wegfall der sektoralen jährli-
15 chen Ziele entfällt auch die Pflicht zur Festsetzung der Sofortmaßnahmen, wodurch sich die verantwortlichen
16 Ministerien nicht mehr für das Versagen beim Einhalten ihrer Ziele rechtfertigen müssen. Für einen zielgerich-
17 teten und effektiven Klimaschutz müssen die Zieldefinitionen auf sektoraler Ebene und die Sofortmaßnahmen
18 bei nicht-Erreichung erhalten bleiben!
- 19 Regierungen und Unternehmen wird durch den Emissionshandel mit CO₂-Zertifikaten ein marktorientiertes
20 Instrument an die Hand gegeben, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu präsentieren, ohne große struktu-
21 relle Veränderung in den Bereichen Energieerzeugung und -nutzung vorzunehmen. Somit stellt der den Regeln
22 des Marktes unterworfenen Emissionshandel einen Teil des Problems dar, anstatt zu dessen Überwindung bei-
23 zutragen. Daher fordern wir die Ausweitung des Emissionshandels auf weitere Sektoren zu verhindern!
- 24 Nach dem Naturschutzrecht müssen für die Realisierung von naturzerstörenden Infrastrukturprojekten Aus-
25 gleichsflächen geschaffen werden. Die Aufweichung dieser Realkompensation zur Möglichkeit der Kompensa-
26 tion mit monetären Leistungen befeuert den neoliberalen Gedanken alles mit Geld regeln zu können und die
27 Verantwortung für Natur- und Klimaschutz somit abzugeben. Dies kann nicht das Ziel einer sozialökologischen
28 Klimaschutzpolitik sein!
- 29 E-Fuels werden als klimaneutrale Alternative zur E-Mobilität angepriesen. Ihre Herstellungsprozesse sind je-
30 doch sehr energieintensiv, womit ihre Energiebilanz bedeutend schlechter gegenüber der E-Mobilität ausfällt.
31 Die Förderung von E-Fuels dient lediglich der Aufrechterhaltung der veralteten und nicht mehr tragbaren Tech-
32 nologie der Verbrennungsmotoren im privaten Mobilitätssektor. Die Subventionierung dieser ineffizienten
33 und teuren Technologie soll daher vermieden werden!

INI-2

Titel	Der Klimakrise sind eure Bauchschmerzen egal – Vorhaben zu neuen Ölförderprojekten stoppen
Antragsteller*innen	Jusos Oberpfalz
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Der Klimakrise sind eure Bauchschmerzen egal – Vorhaben zu neuen Ölförderprojekten stoppen

- 1 Die US-Regierung hat dem Ölkonzern Conocophillips drei neue Bohrplattformen in Alaska genehmigt. Nach
 2 Angaben von Conocophillips können mit dem Willow Project täglich bis zu 180.000 Barrel Öl gefördert wer-
 3 den. Insgesamt könne man über die neu entstehenden Plattformen in den kommenden 30 Jahren etwa 600
 4 Millionen Barrel Öl fördern.
- 5 Ähnlich steht es mit dem britischen Rosebank oilfield. Dabei handelt es sich um das größte noch unerschlos-
 6 sene Ölfeld in der Nordsee. Hier könnten über die Lebensspanne des Projekts bis zu 500 Millionen Barrel
 7 Öl gefördert werden.
- 8 Über die gesamte Laufzeit wird das Willow Project nach Schätzungen der US-Regierung gut 260 Millionen Ton-
 9 nen Kohlenstoffdioxid in die Atmosphäre freisetzen.
- 10 Das freigesetzte CO₂ beim Rosebank Ölfeld entspricht den Emissionen der 28 Länder mit dem niedrigsten
 11 Einkommen in der Welt. Dennoch werden die Projekte von den Regierungen der Länder gepusht und als „not-
 12 wendig“ betitelt.
- 13
- 14 Der Kapitalismus nimmt in seiner Grundverfasstheit die Natur als Ressource hin, sowohl als Quelle für Inputs
 15 in die Produktion, als auch als Senke für die Abfallprodukte. Ihr Wert wird dabei gleichzeitig vorausgesetzt, als
 16 auch verleugnet. Damit beschreibt man die neusten Ölexplorations Großbritanniens und der USA eigentlich
 17 auch schon hinreichend.
- 18 Hinzu kommt ein gesteigertes Interesse an Energieunabhängigkeit. Formal, um die eigene Freiheit zu sichern
 19 und von der Abhängigkeit von autokratischen Regimen los zu kommen.. Wahrscheinlich aber auch, um heimi-
 20 sche Kapitalinteressen langfristig abzusichern und vor externen Schocks zu bewahren.
- 21
- 22 Dabei gibt es bereits technische Lösungen, um die Abhängigkeit von fossilen Ressourcen zu beenden. Durch
 23 Investitionen in die Wind- und Solarenergie kann regionaler Strom kostengünstig erzeugt werden. Der Aus-
 24 bau von erneuerbaren Energien wird jedoch schon seit Jahrzehnten blockiert und strategisch verzögert. Der
 25 Ölkonzern Exxon Mobil hat seit den 1970er Jahren eigene Studien zur Klimafolgenforschung betrieben. Laut
 26 einer Forschungsgruppe waren die Ergebnisse eindeutig, wurden vom Management aber verschwiegen. Der
 27 Konzern steht natürlich seinen eigenen Interessen nicht im Wege. Aber genau dank der Forschung, die an die
 28 Gruppen von Exxon Mobil anknüpft, wissen wir, dass sich die Welt weder das Willow Project noch das Rose-
 29 bank Oilfield leisten kann. Vorausgesetzt, man will weite Teile des Planeten als menschliche Lebensgrundlage
 30 erhalten.
- 31
- 32 Der Kapitalismus beruht zudem auf zwei Momenten der Aneignung. Das erste ist das uns meist bekannte Mo-
 33 ment der Ausbeutung, bei der sich der Mehrwert angeeignet und geleistete Arbeit mit dem gesellschaftlich

34 durchschnittlich, zur Reproduktion notwendigen Preis entlohnt wird. Das zweite Moment ist das der Enteignung. Diese ist sowohl Ausgangsvoraussetzung für die Ausbeutung, als auch fortwährend im Kapitalismus
35 nötig. Besonders stark von diesen Enteignungen sind diejenigen betroffen, die nicht im Laufe der Industrialisierung ihre Staatsbürgerrechte dem Kapital abringen konnten. Auch wenn der Peak der klassischen kolonialen bzw. postkolonialen Aneignung bereits überschritten ist, so betrifft es ganz besonders immer noch und
36
37
38
39 immer wieder die indigenen Bevölkerung Nordamerikas und Alaskas. Sie sind es, auf deren Kosten bereits
40 seit Beginn der Industrialisierung in Nordamerika expandiert wird. Und sie sind es, auf deren Kosten nun der
41 letzte Sargnagel für jedes humane Klimaziel geschmiedet werden soll.

42

43

44 Die Ausbeutung zeigt sich im Finanzkapitalismus nicht mehr nur durch stumpfe Landnahme durch Konzerne und die Vertreibung indigener Bevölkerungen. Die meisten Länder des globalen Südens und zumindest
45 ein guter Teil ihrer Wirtschaftsleistung befindet sich in einer, durch Schulden realisierten, Abhängigkeit von
46 den ökonomischen Zentren des globalen Norden. Die Arbeitsleistung der arbeitenden Klasse und die natürlichen Ressourcen in diesen Ländern wurde sich historisch nicht nur von der eigenen Bourgeoisie angeeignet,
47 sondern auch fortwährend durch den Globalen Norden. Diese Abhängigkeit verhindert in ihrer Konsequenz
48 eine ernsthafte nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in den Ländern des Globalen Südens. So bleibt die Konsequenz aus kompliziert zu erschließenden Ölfeldern wie dem Willow Project und dem Rosebank Oilfields, dass
49 der Norden seiner historischen Verantwortung für den Klimawandel weiter ausweicht. Zwar greift er dafür
50 nicht mehr auf die Ressourcenausbeutung des Globalen Südens zurück, wälzt aber die Verantwortung für die
51 Emissionsreduktion hin zu ebendiesen.
52
53
54

55

56 Das extraktivisch-kapitalistische System wird durch die Kooperation der staatlichen Institutionen, vor allem
57 der Polizei, aufrechterhalten. Seit Jahren zeigt sich, wie die Staatsmacht die Kapitalinteressen der Großkonzerne über die Rechte der Protestierenden stellt und so brutale Polizeigewalt anwendet, um legitime Proteste
58 und Besetzungen zu durchbrechen. Auch hier zeigt sich, dass diese Repressionen System haben und nicht nur
59 ein lokales Phänomen sind. Von der Räumung des Protestcamps in Lützerath über Festnahmen bei Protesten in Schottland bis hin zu unaufgeklärte Morde an Klimaaktivist*innen in ölreichen Ländern wie Kolumbien
60 oder Ecuador. Demokratische Staaten werden zum Spielball globaler Kapitalinteressen und unterstützen die
61 Umsetzung von Großprojekten durch die zunehmende Erhöhung der Repressionen sowohl gegen Klimaaktivist*innen als auch durch die angewendete Rhetorik. Wir stellen uns entschlossen gegen Polizeigewalt und
62 zeigen uns solidarisch mit allen Betroffenen. Die Kriminalisierung von Klimaprotesten lehnen wir vehement
63 ab.
64
65
66

67

68 Ölkonzerne stehen mit im Zentrum eines auf Aneignung natürlicher Ressourcen aufbauenden fossilen Kapitalismus, sie sind das tiefschwarze Herz des fossilen Kapitals. Ihr politischer Einfluss zeigt sich nicht nur im
69 immensen Lobbyismus dieser Branche, sondern vor allem auch in der Abhängigkeit ganzer Produktionszweige von ihnen. Dadurch erscheinen sie unvermeidbar und die Demokratie als zunehmend erpressbare Hülle
70 ihrer selbst. Aus dieser systemischen Abhängigkeit entstehen globale Repressionen gegen das Ausbrechen
71 aus diesem selbstzerstörerischen Kreislauf. Auch deshalb muss unsere Antwort darauf ebenso international
72 lauten: Wir stehen gemeinsam an der Seite derer, die sich gegen den Extraktivismus einsetzen und fordern
73 den sofortigen Stopp der Förderprojekte Willow und Rosebank.
74
75

76

77 Es bringt uns zudem nichts, wenn Regierungsvertreter*innen von Bauchschmerzen klagen, wenn sie klimaschädlichen Projekte beschließen oder das Mittel der „offenen Kommunikation“ suchen, um ihre Vorhaben zu
78 legitimieren. Es ist davon auszugehen, dass der Klimakrise und damit der fortschreitenden Zerstörung unserer
79 Lebensgrundlage ein paar Bauchschmerzen herzlich wenig interessieren und diese somit nichts mehr als eine
80 Farce sind, die zur Befriedung der Gesellschaft dienen sollen.
81

82

83 Unsere Forderungen sind daher:

- 84 • Solidarität mit den Protestbewegungen #stoprosebank und #stopwillow und "just stop oil"
- 85 • Sofortiger Stopp von Räumungen von Besetzungen
- 86 • Sofortiger Stopp von neuen Ölförderprojekten
- 87 • Eine Hand in Hand gehende Kollektivierung und Demokratisierung der Energieressourcen, global wie
88 national
- 89 • Eine globale Entwicklungsstrategie hin zu nachhaltiger Energieversorgung

INI-3

Titel	Ausbildungsgarantie: da geht garantiert noch mehr!
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landesvorstand

Ausbildungsgarantie: da geht garantiert noch mehr!

1 Die Ausbildungsgarantie soll kommen. Damit wird ein langjähriges Juso-Projekt endlich Realität. Es ist richtig
 2 und wichtig, dass wir als Jusos uns für die Verbesserung der Arbeitssituation junger Menschen und Menschen
 3 in Ausbildung einsetzen. Gute Arbeit und Ausbildung sind das Kernanliegen unserer Politik. Arbeit nimmt einen
 4 großen Teil des Lebens der Menschen und ihrer Identität ein, es ist unser Alleinstellungsmerkmal als Teil einer
 5 großen politischen Bewegung, dieses Thema ganz oben auf unsere Prioritätenliste zu setzen. Deshalb freuen
 6 wir uns auch besonders über alle Erfolge, die wir in diesem Themenfeld erringen können.

7

8 Die Ausbildungsgarantie, wie sie nun durch die Regierung vorgeschlagen werden soll, ist ein solcher Erfolg. Es
 9 ist aber nur ein Zwischenschritt in unserem Kampf für einen Ausbildungsplatz für alle Menschen in unserem
 10 Land und ist bei weitem nicht ausreichend!

11

12 So sollen Personen, welche keinen Ausbildungsplatz in einem Betrieb finden, dennoch ihre Wunschausbildung
 13 absolvieren können. Dazu werden außerbetriebliche Institutionen geschaffen, um eine geregelte Ausbildung
 14 mit entsprechendem Praxisteil für alle gewährleisten zu können. Dabei ist es möglich, die Ausbildung vollstän-
 15 dig in außerbetrieblichen Einrichtungen zu absolvieren, jedoch wird angestrebt, die Azubis schnellstmöglich
 16 in eine betriebliche Ausbildung zu vermitteln. Ein Wechsel von der außerbetrieblichen in die betriebliche Aus-
 17 bildung soll dabei ohne Verluste von Lernerfolgen pragmatisch ermöglicht werden.

18 Die Garantie in Form eines Rechtsanspruchs hat jedoch Einschränkungen und wird lediglich unter Erfüllung
 19 von Konditionen gewährt, weshalb es diese noch auszuweiten gilt.

20

21

22 Zum einen wird der Rechtsanspruch auf einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz als letztes Mittel auf dieje-
 23 nigen Regionen begrenzt sein, in denen eine Unterversorgung an Ausbildungsplätzen festgestellt wird – es ist
 24 jedoch unklar, wie in den Regionen, die nicht dazu zählen, sichergestellt werden kann, dass niemand durch das
 25 Auffangnetz fällt – zumal nicht jede*r Jugendliche für jeden Ausbildungsplatz qualifiziert ist und Ausbildungs-
 26 zufriedenheit und -erfolg wesentlich von einer zu den eigenen Interessen passenden Berufswahl abhängen.
 27 Auch soll der Rechtsanspruch nur für Personen gelten, die nachweisen können, dass sie sich um eine entspre-
 28 chende Ausbildung bemüht haben. Diese Kondition zusammen mit der geforderten Berufsberatung für den
 29 Anspruch auf die Garantie gilt es pragmatisch und unkompliziert im Interesse der Ausbildungsplatzsuchenden
 30 zu gestalten.

31

32 Zum anderen gibt der Gesetzentwurf keine Antworten zur Stärkung der betrieblichen Ausbildung – in einer
 33 Zeit, in der nur noch 20% der Unternehmen überhaupt ausbilden, wäre dies mehr als notwendig. Eine au-
 34 ßerbetriebliche Ausbildung kann eine betriebliche Ausbildung nicht ersetzen, sondern darf immer nur letztes
 35 Mittel sein. Notwendig wären insbesondere die folgenden Maßnahmen:

36

37 – Die Stärkung der Verbundausbildung

38 – Die Förderung tarifvertraglich vereinbarter Ausgleichsfonds

39 – Ein bundesweiter “Zukunftsfonds”, über den auch nicht ausbildende Unternehmen an der Finanzierung der
40 betrieblichen Ausbildung beteiligt werden

41

42 Über den “Zukunftsfonds” soll eine leistungsfähige Bildungsinfrastruktur finanziert werden, die den Betrieben
43 Anreize und Hilfestellung bietet, betriebliche Ausbildung anzubieten und zu stärken. Dazu gehören vor allem
44 überbetriebliche Bildungszentren für die Verbundausbildung, die Förderung von Qualifizierung des Ausbil-
45 dungspersonals und weitere Maßnahmen mit dem Ziel, die Ausbildungsfähigkeit der Betriebe zu erhöhen.
46 Darüber hinaus sollen Betriebe vom Fonds profitieren, indem ihnen ein relevanter Teil der Ausbildungskosten
47 erstattet wird. Einzahlen sollen alle Betriebe ab fünf Beschäftigten. Der Beitragssatz wird auf die Bruttolohn-
48 summe erhoben und wird regelmäßig so angepasst, dass alle Maßnahmen und die notwendige Zahl außer-
49 betrieblicher Ausbildungsplätze finanziert werden können.

50

51 Nicht ausreichend sind weiterhin die Verbesserungen im Bereich des Übergangs zwischen Schule und Beruf.
52 Wir fordern einen flächendeckenden Ausbau der Jugendberufsagenturen als zentrale Anlauf- und Beratungs-
53 stellen für alle Ausbildungsinteressierten. Sie müssen dabei mehr als einen Kontaktkanal anbieten und als
54 physische Anlaufstelle in allen Kreisen und kreisfreien Städten präsent sein. Für eine aufsuchende Berufsbe-
55 ratung sind sie dabei auf einen ausgeweiteten Datenaustausch mit den Schulen angewiesen, damit kein*e
56 Jugendliche*r im Übergang von der Schule in die Ausbildung verloren geht. Alle Maßnahmen müssen darauf
57 gerichtet sein, den Ausbildungsinteressierten einen vollqualifizierenden Berufsabschluss zu ermöglichen. Die
58 Flexibilisierung der Einstiegsqualifizierung sehen wir daher kritisch, stattdessen müssen ausbildungsbeglei-
59 tende Unterstützungsinstrumente wie die »Assistierte Ausbildung flexibel (AsA flex)« stärker genutzt werden.
60 Praktika sind grundsätzlich ein sinnvolles Instrument der Berufsorientierung, jedoch nur, wenn diese gezielt
61 ausgewählt werden und mit einer qualifizierten pädagogischen Begleitung verbunden sind.

62

63 Darüber hinaus muss die Ausbildungsgarantie begleitet werden von massiven Investitionen in bezahlbaren
64 Wohnraum für junge Menschen sowie einem gut ausgebauten und perspektivisch kostenlosen ÖPNV.

65

66 Die Stärkung der betrieblichen Ausbildung ist kein reines Bundesthema – auch der Freistaat Bayern ist hier
67 in der Pflicht, damit die Ausbildungsgarantie auch bei denjenigen ankommt, die einen Ausbildungsplatz brau-
68 chen. Es muss gelten, dass die Qualifizierung nicht daran scheitern darf, dass Menschen sich in der Zeit ihren
69 Lebensunterhalt nicht leisten können. Wir fordern unter anderem:

70

71 – einen bayerischen Ausbildungsunterstützungsfonds nach dem Vorbild des Landes Bremen

72 – Ein kostenloses Landesticket für alle Schüler*innen, Azubis und Studierende in Bayern

73 – Die Förderung und finanzielle Unterstützung der Gründung von Azubiwerken nach Münchener Vorbild zur
74 Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Azubis

75

76 Wir halten fest, dass politische Projekte nicht einfach durch Beschlüsse entstehen. Die Ausbildungsgarantie
77 war Teil des Regierungsprogramms und daraufhin auf Druck der Jusos Teil des Koalitionsvertrages. Doch selbst
78 das hat nicht ausgereicht: Ohne unsere massive Intervention und ohne unseren Druck, den wir gemeinsam
79 mit Gewerkschaften und mit der Grünen Jugend sowohl innerhalb der Partei als auch auf der Straße erzeugt
80 haben, wäre die Ausbildungsgarantie zur Mogelpackung geworden. Politische Erfolge brauchen mehr als gut
81 formulierte Anträge und die Zustimmung von Delegierten auf Konferenzen oder die Unterschrift von Parteivor-
82 sitzenden unter Koalitionsverträgen: Wir erneuern mit diesem Erfolg auch unser Verständnis davon, dass wir

- 83 als Jusos immer gleichzeitig programmatisch arbeiten und politisch kampagnisieren und lobbyieren müssen,
84 um Verbesserungen für junge Menschen in Arbeit zu erzielen.“

INI-4

Titel	Initiativantrag Selbstbestimmungsgesetz		
Antragsteller*innen	Jusos Unterfranken		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress,	Juso-Landeskonferenz,	SPD- Parteivorstand

Initiativantrag Selbstbestimmungsgesetz

- 1 Wir Jusos Bayern werden uns dem offenen Brief der Jusos Würzburg und Jusos
- 2 Unterfranken anschließen, der eine Einbringung des Selbstbestimmungsgesetzes in den Bundestag durch das
- 3 Justizministerium fordert. Ebenfalls fordert wir den Jusos-Bundesvorstand dazu auf und den SPD Landesvor-
- 4 stand.
- 5 Zum Ende der letzten Legislaturperiode legten die Bündnis 90 / Die Grünen und die FDP jeweils einen Entwurf
- 6 für ein Selbstbestimmungsgesetz vor. Zu diesem Zeitpunkt gab es jedoch keine Mehrheit dafür im Parlament.
- 7 Das hat sich mit der letzten Bundestagswahl und der Bildung der Ampel-Koalition geändert.
- 8 Im Juni letzten Jahres wurden die Eckpunkte vorgestellt, das Gesetz sollte eigentlich zum Jahreswechsel be-
- 9 schlossen werden.
- 10 Diese Ziel wurde deutlich verfehlt, denn bisher liegt noch nicht einmal ein Referentenentwurf vor. Und das
- 11 obwohl die Gewalt gegenüber trans Personen massiv zugenommen hat. Es heißt deshalb für uns: Solidarisch
- 12 an der Seite unserer trans Geschwister für das Selbstbestimmungsgesetz eintreten und Druck durch Öffent-
- 13 lichkeit aufbauen.
- 14 **Zusätzliche Informationen**
- 15 Wie können wir uns zusätzlich als einzelne Mitglieder einbringen?
- 16 Im Anhang zu diesem Initiativantrag erhaltet ihr einen Offenen Brief sowie ein SharePic.
- 17 Bitte gebt den Offenen Brief in eure Gremien und unterzeichnet ihn. Sendet uns für die Erstunterzeichnung
- 18 bis zum 19.04.2023 eine Mail an selbstbestimmung.jetzt@jusos-wuerzburg.de
- 19 Danach könnt ihr ihn über eine Petition unterzeichnen.
- 20 Alle weiteren Infos und Updates gibt es hier:
- 21 Und was ist mit Social Media?
- 22 Das SharePic könnt ihr am 19.04.2023 um 18 Uhr in euren SocialMedia-Accounts veröffentlichen.
- 23 Zentral eingestellt wird es auf dem Accounts der Jusos Würzburg-Stadt (Instagram: @jusos_wuerzburg ; Face-
- 24 book: Jusos Würzburg ; Twitter: @jusoswuerzburg). Gerne könnt ihr es auch von dort teilen.

INI-5

Titel	Die Türkei kann mehr! – Resolution zur Türkeiwahl am 15.05.2023
Antragsteller*innen	Jusos Oberfranken
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Die Türkei kann mehr! – Resolution zur Türkeiwahl am 15.05.2023

- 1 Die Türkei ist schon lange kein demokratisch geführter Staat mehr. Seit dem Beginn der
- 2 Amtszeit von Recep Tayyip Erdoğan im Jahre 2014 ist die innenpolitische Lage der Türkei
- 3 von Zeit zu Zeit schlechter und schlechter geworden.
- 4 Wie auch uns hier in Deutschland bekannt ist, ist die türkische Wirtschaftslage ein starkes,
- 5 soziales Problem. Die aktuelle „Armutsgrenze“ liegt dort laut dem Gewerkschaftsverband
- 6 „Birleşik Kamu-İş Konfederasyonu“ bei 26.994 TL. Der Mindestlohn liegt dagegen bei 8.500
- 7 TL – gleichzeitig liegt die „Hungergrenze“ bei ca. 9.059 TL.
- 8 Menschen leben in Armut, können sich das Leben nicht leisten und rutschen mit jeder Krise
- 9 weiter in Not. Und die Regierung Erdoğan? Sie versagt mit jedem einzelnen, oberflächlichen
- 10 Konzept, das sie aufstellen. Während seine Bevölkerung immer mehr verarmt, sich soziale
- 11 Missstände häufen und Menschen auf der Straße landen, schürt Erdoğan Hetze und treibt
- 12 seinen Kampf gegen Minderheiten in der Türkei voran.
- 13 Von einem unterstützenden Sozialstaat kann hier nicht die Rede sein! Die Türkei braucht
- 14 gerade jetzt eine demokratische, sozial ausgerichtete Regierung, die sich das Ziel setzt, die
- 15 Realität der Menschen in ihrem Land zu verbessern!
- 16 Es ist nicht verwunderlich, dass die Türkei als Beitrittskandidat für die EU aktuell immer noch
- 17 nicht in Frage kommt. Die menschenrechtliche Lage in der Türkei ist mehr als nur inhuman,
- 18 asozial und abseits jeglicher demokratischen Prinzipien. Immer noch werden
- 19 Journalist*innen angefeindet, eingesperrt und isoliert, wenn sie eine regierungskritische
- 20 Meinung vertreten. Frauenrechte werden wörtlich mit Füßen getreten, Demonstrationen
- 21 für Rechte von Queeren – insbesondere weiblich gelesenen Personen – werden gewaltsam
- 22 von der Polizei unterdrückt und aufgelöst. Erdoğan vertritt ein konservativ-muslimisches
- 23 Rollenbild der Geschlechter und steht einer emanzipierten, gleichberechtigten Gesellschaft
- 24 aktiv im Weg.
- 25 Auch die politische Lage von Kurd*innen ist alles andere als menschlich. Das Feindbild
- 26 „Kurd*in“ wird seit Anfang der Geschichte der Türkei immer und immer wieder aufs Neue

27 gezeichnet und propagiert. Ein Volk, dem ein souveräner, eigener Staat versprochen wurde,
28 nun aber unter Diskriminierung, Vertreibung und gewaltsamen Angriffen. Kurd*innen leiden
29 unter Verfolgung, sie werden angegriffen und isoliert. Autonome kurdische Gebiete werden
30 immer häufiger Ziel von Gewalt aus der Türkei.

31 Doch auch andere religiöse Minderheiten leiden unter massiven Einschränkungen, Angst
32 und Ausgrenzung. Alevit*innen, Araber*innen, Jüd*innen und auch Christ*innen fallen der
33 Diskriminierung der türkischen Regierung immer öfter zum Opfer.

34 Nach den erschreckenden Erdbeben, die in der Woche vom 6. Februar Teile der Türkei und
35 Syrien erschüttert haben, ist die Handlungsunfähigkeit der Erdoğan-Regierung umso stärker
36 ersichtlich.

37 Die Erdbebenhilfe der türkischen Regierung war unorganisiert und schlecht. In den letzten
38 Jahren wurden von der Opposition 75 Anträge zur Erdbebensicherung gestellt, 70 davon
39 wurden abgelehnt. Der Verbleib der Erlöse durch die Erdbebensteuer ist unklar. Erdoğan hat
40 die Armee von seiner Verpflichtung zur Katastrophenbekämpfung entbunden; ein Protokoll
41 zur Ermöglichung dessen wurde abgeschafft.

42 Immer wieder meldeten sich ehrenamtliche Helfer*innen und kritisierten die späte, dünne
43 und unzureichende Unterstützung der türkischen Regierung. Immer wieder meldeten sich
44 bekannte türkische Persönlichkeiten, die ehrenamtliche Vereine und Organisationen
45 betreuen oder gegründet haben, dass die türkische Regierung ihnen Steine in den Weg legt,
46 sie blockiert oder gar verbietet. Alle Hilfe, die nicht von der türkischen Regierung ausging
47 oder genehmigt wurde, wurde abgewehrt und blockiert.

48 Auch auf Social Media wurde viel zensiert und interveniert. 37 Nutzer*innen, die online
49 Posts geteilt hatten, wurden festgenommen, weil sie angeblich das Ziel verfolgten Angst,
50 Panik und Falschwahrheiten unter der Bevölkerung zu verbreiten. Es wurden Webseiten
51 geschlossen, weil sie angeblich Spendengelder erschleichen wollten und die Gutmütigkeit
52 der Bevölkerung ausnutzen wollten. Twitter wurde am 8. Februar in der Türkei sogar ganz
53 gesperrt. Und da der Großteil der klassischen Medien sowieso unter Regierungskontrolle
54 stehen, ist ein objektiver Blick auf die Lage nicht möglich.

55 Die Liste der Verfehlungen der Erdoğan-Regierung ist noch viel länger.

56 Umso wichtiger werden nun die türkischen Wahlen des*der Präsident*in und des
57 Parlaments. Die Umfragen sehen ein Kopf an Kopf Rennen zwischen dem amtierenden
58 Präsidenten und dem Oppositionsführer Kemal Kılıçdaroğlu, Vorsitzender unserer
59 Schwesterpartei, der CHP. Dieser ist Spitzenkandidat eines 6-Parteien-Bündnisses, dass das
60 Ziel hat die Erdoğan-Regierung nun endlich abzulösen. In Anbetracht der innenpolitischen
61 Lage ist dieses Ziel auch zum Greifen nah!

62 Aufgrund der Tatsache, dass auch in Deutschland wahlberechtigte Türk*innen leben und
63 diese durchschnittlich eher für Erdoğan stehen, ist es ungemein wichtig, dass wir uns aus

64 unserem demokratischen, internationalistischen und sozialistischen Selbstverständnis
65 heraus Position beziehen und uns für eine sozialdemokratische Regierung in der Türkei
66 starkmachen.
67 Rechte und faschistische, internationale Netzwerke bestärken den Rechtsruck in der
68 Gesellschaft, den wir in Europa aber auch darüber hinaus, sehen können. Die Unterstützung
69 autoritärer Regime wie der Erdoğan-Regierung entsteht genau durch solche faschistischen
70 Netzwerke. Die brodelnde Hetze von Rechtsaußen ist Wind unter den Flügeln der
71 Anhänger*innen Erdoğan und Co.
72 Wir als Jusos verstehen unsere internationalistische Arbeit darin diesen rechten Strukturen
73 entgegenzutreten, offline auf der Straße und online in den Social Media Posts,
74 Kommentarspalten und sonstigen. Wir Jusos stehen für eine tiefe internationale Solidarität
75 und kämpfen für eine globale sozialistische Wende! Wir Jusos stehen gegen jegliche Art von
76 Diskriminierung, Verfolgung und Gewalt!
77 Für die Menschen, die unter Erdoğan litten und leiden. Für das Wohl der Türk*innen,
78 Kurd*innen, Alevit*innen, Araber*innen, Jüd*innen, Christ*innen, FLINTAS und Queeren
79 Menschen.
80 Für die Menschen in der Türkei – ihrer Würde und Rechte wegen!
81 Für eine Türkei ohne Erdoğan